UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00304135 7

Gabriel Riesser

Gabriel Riesser.

Ein deutscher Mann jüdischen Glaubens.

Ein Lebensbild

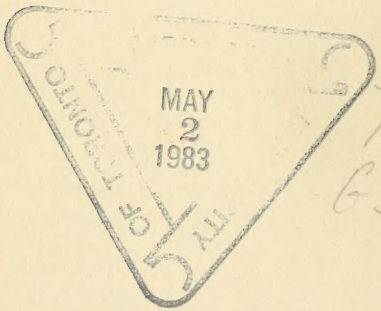
von

Jakob Seifensieder.

Frankfurt a. M. 1920.

Verlag von J. Kauffmann.

Copyright 1920 by J. Kauffmann, Verlag, Frankfurt a. M.



DS
135
G5R53

Inhaltsangabe.

Seite

Vorbemerkung.

Gabriel Rieſſer der Jude.

I. Jugend- und Studienjahre 3
II. Getäuſchte Lebenshoffnungen 12
III. Im Kampf ums Recht 18
IV. Weitere Kämpfe und kurheſſiſche Zukunftspläne . . 56
V. Notar und Gemeindevorſteher in Hamburg 78

Gabriel Rieſſer der Deutſche.

VI. Im Vorparlament 93
VII. In der Nationalverſammlung.
Stille Arbeit in den Kommiſſionen 99
Bekämpfung des Mohlſchen Antrags 105
Für Schleswig-Holſtein und gegen die Septemberereigniſſe 109
Im Streit zwiſchen Nationalverſammlung und Miniſterium in Preußen. Auf dem Präſidentenſtuhle der Nationalverſammlung 119
Berichterſtatter über die öſterreichiſche Frage und das Wahlgeſetz 124
Die Oberhauptsfrage und Rieſſers Kaiſerrede . . 135
Mitglied der Kaiſerdeputation 147
In der ſterbenden Nationalverſammlung 152
VIII. Im Erfurter Volkshaus 162
IX. Hamburger Bürger und Oberrichter. Ausklingen und Ende 167

Vorbemerkung.

Die nachstehende Schrift will Gabriel Riessers Leben und Schaffen in schlichter Weise erzählen und dabei ihn selbst unter Benützung seiner Werke und Briefe so viel als möglich zu Wort kommen lassen. Sie möchte dadurch aufs neue für ihn und sein Lebenswerk Teilnahme wecken und zur Verbreitung seiner Anschauungen auch in solchen Kreisen beitragen, in die bis jetzt nur der Klang seines Namens, aber kaum ein Hauch seines Geistes gedrungen ist, denn es geht dem verdienten Vorkämpfer für Recht und Freiheit, wie ein Sinngedicht Lessings von Klopstock sagt: er wird mehr gelobt als gelesen. Seine Schriften sind nicht Gemeingut der gebildeten Juden, viel weniger des Gesamtpublikums geworden, was freilich zum Teil in äußeren Verhältnissen begründet ist, denn die 1867 von der Riesser-Stiftung herausgegebene vierbändige Ausgabe seiner Werke ist im Buchhandel vergriffen und nicht einmal mehr in allen größeren öffentlichen Bibliotheken zu bekommen; die Hof- und Staatsbibliothek in München z. B. besitzt sie nicht. Die diesen Werken beigegebene treffliche Biographie von Dr. Isler ist aus demselben Grunde nur besonderen Verehrern Riessers bekannt geworden; zudem bringt sie in ausführlichster Weise eine Reihe von Tatsachen, die für die Gegenwart oder einen weiteren Leserkreis belanglos sind, weshalb sie in vorliegendem Werkchen nur flüchtig erwähnt oder ganz verschwiegen werden. Die sonstigen Veröffentlichungen über Riesser sind wenig ausführlich und würdigen ihn fast ausschließlich als Vorkämpfer der Emanzipation, während sie über seine andere bedeutungsvolle Tätigkeit als Mitstreiter für des deutschen Volkes Einheit und Freiheit mehr oder weniger flüchtig hinweggehen. Gabriel Riesser war aber nicht

nur ein guter Jude sondern auch ein großer Patriot, der als solcher einer unverdienten Vergessenheit anheimgefallen ist. Seine in den Jahren 1848, 1849 und 1850 gehaltenen politischen Reden zeigen so hohen patriotischen Schwung und so viel realpolitischen Sinn, daß sie heute noch mit Genuß und Nutzen gelesen werden, umso mehr als sie zu verschiedenen, auch das neueste Deutschland bewegenden Fragen eine Stellung einnehmen, die den politischen Anschauungen und Bedürfnissen der Gegenwart durchaus entspricht. Sollte es der vorliegenden Schrift gelingen, für diese Seite der öffentlichen Tätigkeit Gabriel Riessers wieder mehr Teilnahme und dankbare Anerkennung hervorzurufen, so wäre ihr Zweck vollständig erreicht.

Nürnberg, am Eröffnungstag der Nationalversammlung in Weimar 1919.

J. Seifensieder.

Gabriel Riesser der Jude.

Ich bin gewohnt, für denjenigen unter meinen deutschen Glaubensgenossen zu gelten, der die Emanzipation am lautesten gefordert hat.

G. Riesser,
Jüdische Briefe.

Ich habe nie einen Mann gesehen, der alle guten Eigenschaften des Juden und nur die guten Eigenschaften so besessen wie Riesser.

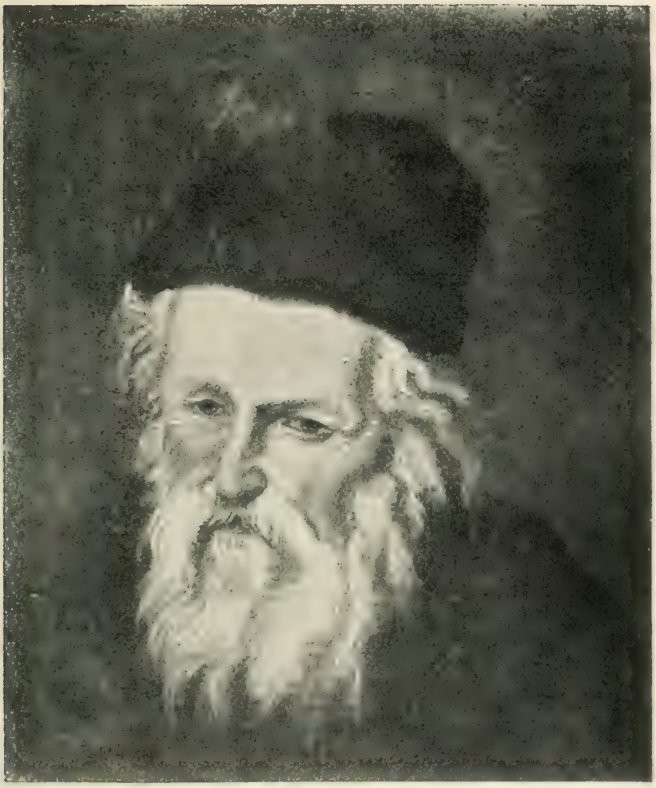
H. Laube,
Geschichte des 1. deutschen Parlaments.

Jugend- und Studienjahre.

Bedeutende Menschen wirken nicht nur durch ihre Taten sondern auch durch das erhabene Vorbild ihrer Persönlichkeit über den engen Kreis ihrer Zeitgenossen noch lange auf spätere Geschlechter, gleichwie das Licht mancher Himmelskörper noch unsren Planeten trifft, obgleich sie selbst schon längst in nichts zerfallen sind. Auch von Gabriel Riesser, der wegen der Vornehmheit seines Charakters, der Lauterkeit und Stärke seines Wollens und seiner jahrzehntelangen fruchtbaren Tätigkeit für seine Glaubensgemeinschaft und das deutsche Vaterland zu den anziehendsten Erscheinungen der jüdischen und neueren deutschen Geschichte gehört, kam uns ein solches Licht, das uns heute noch zu edler Tat erwärmen, zu hohem Ziele voranleuchten kann. Er war nicht nur ein gesinnungstreuer, stammesstolzer Jude, ein zweiter Moses, der seinen Glaubensbrüdern den Weg ins gelobte Land der bürgerlichen Gleichberechtigung wies, sondern auch ein begeisterter Deutscher, den des Vaterlands Schicksal in guten und schlimmen Tagen zu tätiger, leidenschaftlicher Anteilnahme zwang und der als einer der verdienstvollsten Werkleute bei der versuchten Neugestaltung des deutschen Kaisertums im Jahre 1848 in der Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen stets einen ehrenvollen Platz behaupten wird.

Gabriel Riesser wurde am 2. April 1806, am ersten Abend des Passahfestes, als jüngstes von fünf Kindern in Hamburg geboren. Seine Mutter Frommaid, genannt Fanny, war eine Tochter des durch seine Gelehrsamkeit und strenge Frömmigkeit weithin berühmten Rabbi Raphael Cohen, der nicht nur Rabbiner von Hamburg und Altona, sondern als letzterer auch Präsident des jüdischen Gerichts von Altona

war und als solcher einen Einfluß ausübte, der sich auf sämtliche jüdische Untertanen des Königs von Dänemark erstreckte. Unbeugsam an der starrsten Form des überlieferten Judentums festhaltend, sah er schon in der Deutschübersetzung der 5 Bücher Mosis durch Mendelssohn ein fluchwürdiges Vergehen, weshalb er „Mosche Dessau" mit dem Religionsbann belegte und die Verbreitung der Bibelübersetzung mit allen Mitteln zu verhüten suchte. Der umfassende Geist und die menschliche Größe des Mannes machten auf seinen Schwiegersohn Lazarus Jakob, Gabriels Vater, so tiefen Eindruck, daß dieser kein höheres Streben kannte, als in seinem Sohn „der Welt ein Ebenbild des großen Mannes aufzustellen". Und später sieht er in seinem Gabriel geradezu, wie er schreibt, „den würdigen Nachkommen eines Mannes, dessen Verehrung bei mir mit jedem Jahre zunehmen muß, weil ich mich immer mehr überzeuge, seinesgleichen nicht wieder zu finden". Im Schatten dieses großen Ahnen erwuchs Gabriel, geleitet von einem verständnisvollen Vater, der, selbst der Sohn eines weitberühmten Rabbiners zu Öttingen im bayerischen Ries, ein Muster rabbinischer Gelehrsamkeit und unerschütterlichen Gottvertrauens war. Lazarus Jakob, der später nach seiner Heimat den Familiennamen Riesser annahm, war kein weltflüchtiger Kopfhänger, sondern ein liebenswürdiger, jugendlichheiterer Familienvater von frauenhaft weicher Gemütsart und von mütterlicher Zärtlichkeit für seinen „herzlieben, herzgeliebten Gabriel". Als Sekretär des jüdischen Gerichts in Altona, als welcher er die Erlasse und Gutachten Raphael Cohens in hebräischer Sprache abzufassen hatte, lebte er an der Seite seines Schwiegervaters, seine amtsfreie Zeit juristischen Studien und schriftstellerischen Arbeiten widmend. Als später Raphael Cohen sein Amt niederlegte und nach Hamburg übersiedelte, folgte ihm Lazarus Jakob dahin und wandte sich nun der kauf-



Raphael Cohen

männischen Tätigkeit zu, indem er sich mit dem Vertrieb einer Lotterie beschäftigte. Aber seines Bleibens war hier nicht lange. Die 1810 von den Franzosen besetzte Stadt wurde 1813 von den Russen blockiert, worauf allen, die nicht im Besitz größerer Mittel waren, aufgegeben wurde, Hamburg zu verlassen. Wiederum mußte nun die bedauernswerte Familie zum Wanderstab greifen. Diesmal ließ sie sich in Lübeck nieder, wo es Riesser gelang, die Pacht der Staatslotterie zu bekommen. Nun schien für den unsteten Familienvater eine Zeit der Ruhe und Seßhaftigkeit gekommen zu sein. Seine geschäftsfreien Stunden widmete er dem eigenen Studium und dem Unterricht seiner Kinder, besonders Gabriels, den er frühzeitig mit der Bibel in der Ursprache und ihren verschiedenen Erklärungen bekannt machte. Trotzdem er ein begeisterter Verehrer seines Schwiegervaters war, dessen Leben er in vorbildlichem Hebräisch beschrieben, war er ihm gegenüber in Gesinnung und Tun so unabhängig geblieben, daß er nicht nur sich selbst eine vorzügliche moderne Bildung auf der Grundlage umfassendster Sprachkenntnisse angeeignet hatte, sondern nun auch seinen Sohn ganz im Sinne Moses Mendelssohns erzog. Aber er impfte ihm nicht, wie dies leider so mancher Jünger des Weisen von Dessau getan, Gleichgültigkeit oder gar Geringschätzung für die väterliche Religion ein, sondern erfüllte ihn mit Verständnis für ihren Ideengehalt und verpflichtendem Verantwortlichkeitsgefühl für ihre Sittenlehre. Ostern 1817 trat der junge Riesser in das Lübecker Gymnasium ein und wurde bereits im folgenden Herbst in die dritte, Ostern 1819 in die zweite Klasse versetzt. Aber auch das Lübecker Glück der Familie währte nicht lange. Durch eine willkürliche Abänderung der deutschen Bundesakte hatte schon 1815 der Wiener Kongreß den in den deutschen Bundesstaaten wohnenden Juden die bürgerliche Gleichstellung in schmählicher Weise wiedergenommen, was auch für die Lübecker

Juden Ausweisung und Auswanderung zur Folge hatte. Rieſſer war durch ſeinen Pachtvertrag mit Lübeck zum Ausharren bis 1819 gezwungen; dann aber verließ er die neue Heimat und ſiedelte wieder nach Hamburg über. Gabriel mußte noch bis 1820 in Lübeck bleiben, da man ihn nicht ſchon wieder aus der Schule nehmen wollte. So griff dem zärtlichen Knaben zum erſten Male die Trennung von den geliebten Eltern und Geſchwiſtern ans Herz und erfüllte ihn mit Trauer und Sehnſucht. Wie häßlich und verabſcheuungswürdig mußte ſeinem kindlich-unbefangenen Geiſt eine Weltordnung erſcheinen, in der ſchuldloſe Menſchen ihres Glaubens wegen bedrängt und gequält wurden, wie empörend für ſein damals gewiß ſchon ſcharf ausgeprägtes Rechtsempfinden das Verhalten der Bekenner „der Religion der Liebe" gegenüber einer rechtloſen, ſchwachen Minderheit! Wenn, wie der Dichter ſagt, das Kind des Mannes Vater iſt, ſo kann es nicht zweifelhaft erſcheinen, daß dieſe ſchmerzlichen Eindrücke des dreizehnjährigen Knaben nicht ſpurlos wieder aus ſeinem Bewußtſein ſchwanden, ſondern ſein Fühlen und Denken ſchon damals in eine Richtung lenkten, die der reife Mann unerſchütterlich bis an ſein Lebensende beibehielt. Nach dem Weggang ſeiner Eltern blieb Gabriel noch bis 1820 im Lübecker Gymnaſium und folgte hierauf ſeinen Angehörigen in die Alſterſtadt, wo er in die 2. Klaſſe des Johanneums eintrat. Um ſich ungeſtörter unter fachmänniſcher Leitung ſeinen Studien widmen zu können, wohnte er bei dem Privatlehrer Dr. Würtzer, einem gelehrten und charaktervollen Manne, der auf den jungen Studienbefliſſenen den günſtigſten Einfluß übte. Wie Rieſſers Biograph Dr. Isler von ihm ſagt, „führte er ihn zur Selbſterkenntnis und daher zur Beſcheidenheit und gab ſeinen Arbeiten die Richtung auf das Feſte und Gründliche." Im Würtzerſchen Hauſe ſuchte man den jungen Gymnaſiaſten auch in die Geheimniſſe der Tanzkunſt einzuweihen, indem man

ihn an der Tanzstunde teilnehmen ließ, die die Tochter einigen jungen Mädchen erteilte. Da er aber eines Tages die Chaine entweder durch Ungeschicklichkeit oder Übermut wiederholt in Unordnung brachte, gab ihm die erzürnte Lehrerin eine Ohrfeige und wies ihn zur Türe hinaus. Gleich darauf bedauerte sie jedoch ihre Heftigkeit und suchte sie wieder gut zu machen, indem sie den Schwerverbrecher hereinholte und freundlich fragte: „Du bist mir wohl recht böse wegen der Ohrfeige?" „Ach," versetzte er mit schalkhafter Ritterlichkeit, „was von Rosenhänden kommt, schmerzt nicht." Nach einiger Zeit kehrte er in den Schoß seiner Familie zurück. Je älter er wurde, desto mehr entwuchs sein Geist dem schulgemäßen Betrieb der Wissenschaften. So blieb er dem öffentlichen Unterricht oft wochen-, ja monatelang fern und arbeitete dafür seinen eigenen Weg sich bahnend zu Hause an seiner Ausbildung. Er las fleißig die alten Schriftsteller, beschäftigte sich eingehend mit Plato und machte sich auch mit den Dichtungen der neueren Völker, besonders mit der italienischen Literatur bekannt. Der Vater aber ließ ihn „nach Wahl walten", denn er hatte nicht nötig Aufsicht bei ihm auszuüben, doch war er aufs eifrigste bemüht, ihm Lehrer, Erzieher und mitfühlender Kamerad zu sein. „Mir fehlte," schrieb er später seinem Gabriel, „in meiner Jugendzeit nur ein Freund, der mich ganz verstand und gegen den ich mein Herz ausschütten konnte. Hätte zu der Zeit mein sel. Schwiegervater oder meine sel. Mutter noch gelebt, der innere Kampf würde gewiß so lange nicht gedauert haben. Sollte Dir je ein ähnlicher Umstand einen ähnlichen Kampf verursachen, so biete ich mich Dir zum Freunde an, wenn Du keinen bessern finden kannst." Mit großem Geschick führte Lazarus Jakob seinen Gabriel gemeinsam mit dem Sohne eines frühverstorbenen Freundes in das talmudische Recht ein, wobei er den trockenen Stoff so klar und fesselnd vorzutragen verstand, daß auch seine älteste

Tochter oft mit großer Teilnahme seinen Worten lauschte. So entwickelte sich Gabriel zu einem selbsttätigen, vielseitig gebildeten Jüngling, dessen lebhafter Geist stets Anregung und Nahrung brauchte und sie auf den verschiedensten Wissensgebieten suchte. Am meisten fühlte er sich zum Studium der Rechtswissenschaft hingezogen, weshalb er nach Beendigung seiner Gymnasialzeit Ostern 1824 die Universität Kiel mit dem Vorsatz bezog, sich dem Studium der Rechte zu widmen. Freilich waren die Aussichten, die erworbenen Kenntnisse für einen praktischen Lebensberuf verwerten zu können, sehr gering, denn die Richterlaufbahn war selbstverständlich ausgeschlossen und zur Advokatur war in Hamburg das Bürgerrecht nötig, das den Juden damals noch verweigert wurde. Aber Vater Riesser hoffte, daß sein Gabriel als akademisch gebildeter Rechtskundiger vielleicht doch am jüdischen Gericht zu Altona eine Stelle finden oder in dem damals noch unter dänischem Zepter stehenden Holstein seine Advokatenpraxis eröffnen könne, weshalb er auf jeden Fall seine Studien zunächst einmal in Kiel beginnen sollte. So machte er sich denn auf den Weg dahin, von der ganzen Familie schweren Herzens ein Stück Wegs im Wagen begleitet. Nach einem tränenreichen Abschied unterwegs bestieg die Familie zur Rückfahrt den Wagen, während der junge Weltreisende im Regen den Weg zu Fuß fortsetzen mußte, worüber die Mutter sehr bekümmert war. Der Vater aber sandte ihm als Wegsegen die Psalmverse nach:

„Denn er hat seinen Engeln befohlen, daß sie dich
behüten auf allen deinen Wegen, daß sie dich auf
den Händen tragen und dein Fuß an keinen Stein stößt."

In Kiel vertiefte sich Riesser mit großem Fleiß in das Studium des römischen Rechts, daneben beschäftigte er sich gerne mit den Literaturen verschiedener Völker und der hebräischen Bibel. Wie in Hamburg schloß er sich auch hier

einem größeren Kreis gleichgestimmter Freunde, meist Burschenschaftern, an und verkehrte gleichzeitig auch in verschiedenen gebildeten Familien als gerngesehener Gast. Von seinen Studien und Erlebnissen berichtete er aufs gewissenhafteste nach Hause, wo seine Briefe jedesmal am Sabbat ankommen mußten und stets große Freude auslösten. Mit welcher ängstlichen Sehnsucht an dem l. Sonnabend die ganze Familie Gabriels Briefe erwartete, schildert ihm der Vater einmal sehr nett in einem Briefe. „Da sitze ich," erzählt er, „an meinem warmen Ofen, habe meine Andacht in meinem stillen Kämmerlein in Erwartung solcher Briefe mit noch mehr Weihe als gewöhnlich verrichtet, zwischendurch schleicht die l. Mutter oder das l. Hannchen*) in Negligé leise vorüber und fragt fast mimisch: „Ist noch kein Brief da?" Und wenn die Glocke an der Tür sich bewegt, wird mit einigem Herzklopfen gelauscht und endlich kommt der Freudensbote, unser biederer, treuer Zumforde**) mit dem ersehnten Briefe in der Hand und mit der wärmsten teilnehmenden Freude im Gesicht und nun werden die l. Briefe mit erneuter Andacht gelesen und kommentiert." Ja, der zärtliche Vater, der in seinen Jüngsten verliebt ist, macht es auch mit seinen Briefen, wie rechtschaffene Liebesleute zu tun pflegen. „Die Briefe von meinem Geliebten", schreibt er ihm ein andres Mal, „die kann ich so fleißig lesen, bis ich sie auswendig weiß und wenn ich schlafen gehe, dann repetiere ich sie mir, wie ein Schulknabe seine Lektion und dann schlafe ich recht süß." Im Eifer seiner Zärtlichkeit überhäuft er seinen Gabriel auch mit einer Menge Komplimente und es beweist den damals schon gefestigten Charakter des Jünglings, daß ihn diese fast unpädagogische Fülle von Lob, die er bei jeder Gelegenheit auf ihn aus-

*) Die zweite Tochter.
**) Haus- und Geschäftsdiener.

schüttet, in seiner natürlichen Bescheidenheit und Schlichtheit nicht irre machte. Und selbst wo Lazarus Jakob seiner väterlichen Erzieherpflicht Genüge leistend, sich einmal gezwungen sieht einen Tadel auszusprechen, tut er es nicht ohne ihm vorher durch eine einschränkende Bemerkung den verletzenden Stachel zu nehmen. „Nun mache Dich aber auch auf den Tadel gefaßt," schreibt er dem Sohn, als ihm dieser seine erste juristische Arbeit zur Beurteilung eingeschickt hat, „der trifft wie bei Deinem ganzen Wesen nicht das Innere, sondern die äußeren Umstände . . . Bei reiferem Nachdenken wirst Du selber finden, daß mehr logische Ordnung zu wünschen wäre . . . Auf den Stil mußt Du durchaus mehr Fleiß verwenden, demselben mehr Rundung und mehr Feile geben und hierin wünsche ich Dir die Ambition, die ich in hohem Grade besitze, jeden Aufsatz mit solchem Fleiße auszuarbeiten, daß weder Freund noch Feind etwas daran zu korrigieren finden möge, und an diese Strenge hat mich Dein seliger Großvater gewöhnt." Die in Rede stehende Arbeit war wahrscheinlich für das von Prof. Mittermaier in Heidelberg herausgegebene „Praktikum" bestimmt. Nach einjährigem Aufenthalt in Kiel war nämlich Riesser zur Fortsetzung seiner Studien nach Heidelberg übergesiedelt, wo sich die glücklichsten Umstände vereinigten, ihm den Aufenthalt so nutzbringend und angenehm als denkbar zu gestalten. Er fand in den berühmten Professoren Mittermaier und Thibaut, mit denen ihn auch persönliche Beziehungen verbanden, die berufensten Führer und Förderer, seine zahlreichen früheren und neuen Freunde aber boten ihm außerhalb seiner Fachstudien mannigfache Anregung und gesellschaftliche Zerstreuung. Er liebte und suchte den Verkehr mit Menschen von Geist und Gemüt, die er an seinem reichen Innenleben teilnehmen ließ, denen sich sein großes Herz erschließen, sein stets arbeitender Geist offenbaren mußte. Rasch schloß er sich darum an andere an.

„Im Schließen von Freundschaften," schrieb er später einmal an eine Freundin, „bin ich leicht genug und übe darin nach dem ersten zusagenden Eindruck wenig Umsicht." Wenn aber auch einzelne Blätter von seinem Freundschaftsbaum mit der Zeit wieder abfielen, viele hielten bis ans Ende seines Lebens und verliehen ihm Schutz und Erquickung. Besonders eng schloß sich Riesser in Heidelberg seinem Landsmann Haller, dem späteren Senator und Bürgermeister von Hamburg, und den Familien Hanno und Hoffmeister an, mit denen ihn unverbrüchliche Freundschaft bis zum Tode verband. Ein jahrzehntelang fortgesetzter Briefwechsel mit Elise und Sophie Hoffmeister und dem Ehepaar Haller legt davon Zeugnis ab. Auch in studentischen Kreisen verkehrte Riesser gerne und da er vorkommenden Falles kein Bedenken kannte, mit der Waffe in der Hand seinen Mann zu stellen, so wurde er auch hier jederzeit für gleichwertig und gleichberechtigt genommen. Zuweilen besuchte er auch die von den Studenten veranstalteten Bälle, wo er als guter Gesellschafter ein stets willkommener Gast war. Er fand zwar am Tanzen selbst keinen Geschmack, unterhielt sich aber gerne mit Damen und gab sich dabei seiner natürlichen Heiterkeit ungezwungen hin. Als er einst bei einem solchen Gespräch ohne Absicht laut aufgelacht hatte, trat ein ihm unbekannter Student aus den Reihen der Tänzer auf ihn zu und herrschte ihn drohend an: „Warum lachten Sie soeben, als ich tanzte?" „Ei, warum tanzten Sie eben, als ich lachte?", erwiderte ihm Riesser schlagfertig und hatte damit die Lacher auf seiner Seite. Trotz aller dieser Ablenkungen, die ihm das gesellschaftliche Leben brachte, verlor er das Ziel, das ihn nach Heidelberg geführt, nicht aus den Augen, indem er in stillen Stunden über seinen geliebten Büchern saß und dabei mit Vorliebe auf die Quellen seiner Fachwissenschaft zurückging. So blieb er 2½ Jahre in der lieblichen Neckarstadt. Ende 1826

legte er daselbst seine Schluß- und Doktorprüfung mit Auszeichnung ab und verließ hierauf Heidelberg, das ihm zur zweiten Heimat geworden, sodaß er auch in späteren Jahren immer wieder gern dorthin zurückkehrte, als ob er dort wie in einem Jungbrunnen neue Lebenskraft und Lebensfreude schöpfte.

Getäuschte Lebenshoffnungen.

Nach Abschluß seiner Studien hätte Lazarus Jakob, wie Väter nun einmal sind, seinen Sohn gerne gleich in einer festen, ihren Mann ernährenden Lebensstellung gesehen und zwar, wie sich bei einem so liebevollen Vater denken läßt, am liebsten in Hamburg selbst. Zu diesem Zweck trug er sich mit einer Idee, die „vielleicht schwärmerisch," ihm doch wichtig und aussichtsvoll genug erschien, um sie dem Sohn in einem ausführlichen Brief zu entwickeln. Da in Hamburg in Testaments-, Ehe- und Erbschaftssachen noch nach jüdischem Recht geurteilt wurde, worin christliche Advokaten nur unvollkommene Kenntnisse hatten, hoffte er, es werde der jüdischen Gemeinde durch den Senat gestattet werden, Gabriel Riesser als juristisch gebildeten Advokaten für jüdische Rechtsfragen zu bestellen. Die hiezu nötige Einführung in das schwierige jüdische Erb- und Eherecht wollte er gerne übernehmen, worauf dann Gabriel durch eine Prüfung vor dem jüdischen Gericht seinen Befähigungsnachweis erbringen sollte. Aber sowohl dieser Plan wie der andere sich mit einem christlichen Advokaten zu verbinden, da ja beim schriftlichen Verfahren vor den Gerichten die Unterschrift eines immatrikulierten Advokaten nötig war, fand die Billigung des Sohnes nicht. Es widerstrebte seiner

geraden, unabhängigen Natur, auf Umwegen und durch verpflichtende Vermittlung dritter Personen ein Ziel zu erreichen, dem er sich geradewegs und durch eigene Kraft zu nähern die Hoffnung nicht aufgeben mochte. Zudem ging sein sehnlicher Wunsch dahin durch Fortsetzung seiner Studien an der Münchener Universität seine Kenntnisse zu vertiefen und über das Reinfachliche zu erweitern. Der Vater aber war selbstlos genug, auf die freie Entscheidung seines Sohnes keinen Einfluß ausüben zu wollen und ihn ganz nach seiner eigenen Wahl walten zu lassen. „Findest Du es für Deine Zukunft ratsamer," schrieb er ihm, „nach München zu gehen, laß Dich davon durch keinen Umstand abhalten; ja findest Du es alsdann für ratsam oder Deinen Kenntnissen und Kräften angemessen, dort länger noch als diesen Winter oder gar für immer zu bleiben, so darf weder meine noch Deine eigne Meinung Dich davon abhalten. So gern ich Dich in meiner Nähe haben möchte, so würde ich Dich dennoch nicht den kleinsten Grad Deines künftigen Glückes dafür opfern lassen — und bei unsrer gegenseitigen reinen Liebe bedarf es überhaupt der persönlichen Gegenwart nicht — wir sind uns dennoch immer nahe, nicht wahr, mein lieber, guter Gabriel?" So siedelte Riesser im Spätherbst 1827 nach der bayerischen Hauptstadt über, wo er in erster Linie Vorlesungen in der philosophischen Fakultät hörte, deren berühmtester Lehrer damals Schelling war. Mit großem Eifer widmete er sich dem Studium und literarischer Arbeit; am gesellschaftlichen Leben fand er jedoch wenig Geschmack. Er besuchte zwar gerne die Theater, aber er konnte den lauten Vergnügungen, wie sie besonders der Karneval mit sich brachte, keinen Geschmack abgewinnen, sodaß er froh war, als er sich aus dem Gedränge wieder nach Hause gerettet hatte. Unangenehm empfand er es aber, daß er nicht tanzen konnte. „Auf den Bällen," klagt er seiner Freundin Elise Hoffmeister in scherzhaft-ironischer

Übertreibung, „die ich hier besucht habe, wo keine mitleidige Dame so großmütig ist, mir außer dem Tanze ihre Unterhaltung zu schenken, fühle ich erst recht klar, was für eine traurige Rolle ein junger Mann gar oft spielen muß, der das Unglück hat, nicht tanzen zu können." Gewissenhaft berichtet er seinen Heidelberger Freunden alle seine Erlebnisse in ausführlichen Briefen und ist glücklich, wenn er recht oft und viel von ihnen und seinem geliebten Heidelberg hört, nach dem ihn wie nach dem verlorenen Paradies eine tiefe Sehnsucht erfüllt. In dieser Herzenseinsamkeit traf ihn wie ein vernichtender Schlag aus heiterem Himmel die Nachricht vom Tode seines über alles geliebten Vaters, der nach kurzer Krankheit, 53 Jahre alt, im März 1828 starb. Mit ihm verlor er den selbstlosesten Freund, den er besessen, das ideale Lebensvorbild, dem er in kindlich-heiliger Verehrung zeit seines Lebens nachgestrebt hatte. Der Tod des trefflichen Mannes riß eine tiefklaffende Lücke in sein Leben. Aber es ist ein Beweis für die männlich-tapfere Lebensauffassung Riessers, daß er trotz aller Liebe zu seinem Vater und trotz der Weichheit seines Gemütes sich nicht zwecklos übermäßigem Schmerz hingab, sondern sich in vernünftiger Selbstbezwingung mit der gegebenen Tatsache abfand. Bezeichnend hiefür ist der Brief, den er einige Wochen später an Professor Hanno in Heidelberg schrieb: „Daß ich diesen Schmerz ertrage, wie man ja jeden Seelenschmerz erträgt, d. h. daß ich nicht aufgehört habe zu leben, zu essen, zu trinken, zu schlafen und zu studieren, können Sie sich denken. Ob wir Ursache haben, uns dieser Zähigkeit des Seelenlebens zu erfreuen, ob es nicht besser wäre, daß wir an Seelenleiden sterben könnten wie an körperlichen, daß mit den zartesten Saiten unseres Gemüts auch die Nerven des Lebens durchschnitten würden oder daß wir dem verlorenen Inhalt unseres Lebens den schalen Überrest, wie die indische Witwe, in die Flammengruft nach-

Lazarus Jacob Riesser

würfen, das weiß ich nicht. Da dem aber nicht so ist, so muß ich bekennen, daß jener ordinäre mittlere Schmerz, der in einemfort ausruft, er könne dieses oder jenes Leiden nicht aushalten, und es doch aushält, der da meint, die Zeit könne seine Heftigkeit nicht lindern, während sie sie doch bestimmt lindert, mir beinahe verächtlich ist, und so kann ich Ihnen denn zu Ihrer Beruhigung sagen, daß meine Trauer wenige Stunden nach dem Empfang der Nachricht nicht heftiger war als sie jetzt ist und jetzt nicht heftiger, wie sie es nach vielen Jahren sein wird." In seinen äußeren Lebensumständen trat durch den erlittenen Verlust keine Änderung ein, da sich die Vermögensverhältnisse der Familie in den letzten Jahren durch die Tüchtigkeit und den Fleiß des Vaters und des zweiten Sohnes Raphael vorteilhaft verändert hatten, sodaß sie aller Nahrungssorgen enthoben auch weiterhin ihrem Gabriel die zu seinem Unterhalt erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen konnte. Sie ermöglichten ihm neben einem sorgenlosen, behaglichen Aufenthalt in den beiden süddeutschen Universitätsstädten auch wiederholte Reisen zu seinen Angehörigen nach Fürth, wo er eine Schwester, und nach Frankfurt a. M., wohin sich sein ältester Bruder Jakob verheiratet hatte. Aber er sehnte sich jetzt doch immermehr nach festen Lebensverhältnissen, nach einem Boden, wo er wurzelfest werden und in nutzbringender Tätigkeit sein Wissen und Können auch für andere verwerten konnte. Nun glaubte er die Zeit gekommen, seinen schon lange gehegten Plan zur Ausführung zu bringen, sich nämlich in Heidelberg als freier Gelehrter niederzulassen und an der dortigen Universität als Privatdozent Vorlesungen über Rechtswissenschaft zu halten. Bei der liberalen Verfassung Badens, die den Juden erlaubte, an der Universität zu lehren, hoffte er ohne weitere Schwierigkeiten seine Absicht verwirklichen zu können. Auch hatte er in den dortigen Universitätskreisen so viele Gönner und

Freunde, die seine überragenden Geistesgaben, seine umfassenden Kenntnisse und die Lauterkeit seines Charakters kannten und schätzten, daß er auch von dieser Seite mehr Förderung als Hemmung erwarten zu dürfen glaubte. Aber seine Hoffnung wurde auf das grausamste enttäuscht, denn das Ministerium versagte ihm die Zulassung mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Zahl der in der juristischen Fakultät vorhandenen Privatdozenten bereits mehr als hinreichend sei. Dabei lasen in Heidelberg ganze sieben Juristen als Privatdozenten, während die juristische Fakultät in Leipzig deren dreißig zählte; es war also gar nicht einzusehen, warum diese hl. Siebenzahl nicht um eins überschritten werden durfte. Riesser wiederholte sein Gesuch, aber dem Ministerium schienen seine Gründe für die Ablehnung so zwingender Natur zu sein, daß es auf seiner Entschließung beharrte und den anspruchsvollen Bewerber vom Lehrstuhl der Universität fortwies. Ein gleicher Versuch in Jena (1830) hatte den gleichen beschämenden Erfolg. Diese schnöden Abweisungen, aus Feigheit mit lächerlichen Scheingründen verputzt, kränkten Riesser aufs tiefste und versetzten ihn in eine wochenlang nachhaltende verdrießliche Stimmung. Wie ganz anders war jetzt seine Seelenverfassung als vor 2 Jahren nach dem Tode seines Vaters! Damals beugte er sich bei allem Schmerz um den herben Verlust in frommer Ergebung einer Fügung des Himmels, einem unentrinnbaren Naturgesetz, das über allen Menschenkindern gleich waltet und darum in sich selbst eine Quelle des Trostes und der Beruhigung birgt. Jetzt aber war es menschliche Niedertracht, die ihn wie ein Räuber mit der Miene eines Biedermanns aus dem Hinterhalt anfiel, die ihn um seine liebste Lebenshoffnung betrog und ihn in seinen heiligsten Empfindungen als Mensch und Jude demütigte. In begreiflicher Entrüstung verließ er Heidelberg und ging nach dem heimatlichen Hamburg zurück, um dort

Schritte zur Begründung einer Lebensstellung zu unternehmen, womit er freilich nur vom Regen unter die Traufe kam, denn an engherziger Unduldsamkeit stand damals die große Hansastadt dem dunkelsten Krähwinkel nicht nach. Obgleich 10 000 Juden dortselbst wohnten, konnte es kein Bekenner des mosaischen Glaubens in einem zünftigen Handwerk wie dem des Schneiders oder Schusters zur hohen Würde eines Lehrburschen bringen. Von der Advokatur waren sie selbstverständlich ausgeschlossen, da sich nur Hamburger Bürger dazu immatrikulieren lassen konnten. Trotzdem meldete sich Riesser, indem er in einer Eingabe an den Senat die Umstände auseinandersetzte, die für seine Zulassung sprachen, wobei er sich an die Gründe hielt, die ihm sein Vater 3 Jahre zuvor in einem längeren Schreiben dargelegt hatte. Allein der Liebe Mühe war umsonst, der Senat beharrte auf seiner kleinlichen Auslegung der bestehenden Gesetze. So war ihm denn auch dieser Weg versperrt, versperrt durch die Unduldsamkeit und Hartherzigkeit der eigenen Vaterstadt. „Es konnte nicht anders als den tiefsten Eindruck auf seine Seele machen," sagt sein Biograph Dr. Isler, „daß er, der bisher im Umgange mit Menschen nur Liebe und Anerkennung gefunden hatte, der fast verhätschelt war von allen, mit denen er in Berührung gekommen, nunmehr überall, wo er Eintritt suchte in die Bahnen des bürgerlichen Lebens sich zurückgestoßen sah, nicht weil er schlechter war als andere, nicht weil er unwissender war als andere, nein, weil er gewissenhafter war als andere, weil er seinen Glauben nicht für äußere Vorteile verleugnen wollte, weil er Jude war."

Und wie leicht hätte er durch eine „unschuldige Zeremonie" diesen Geburtsfehler beseitigen und damit Amt und Würden erlangen können! Aber ein Gabriel Riesser war zu einem solchen Schacher mit seinen heiligsten Überzeugungen, für eine solche Felonie gegen Herkunft und Erziehung nicht zu

haben. Empört über das erlittene Unrecht, in dem er nur den Widerschein der tausendjährigen Schmach seiner bedrängten Glaubensbrüder erblickte, begann er nun einen ruhmvollen Kampf für Glaubensfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung, indem er, wie Auerbach sagt, das vom Unrecht geführte Schwert, das durch sein eigenes Herz gegangen, aus der schmerzenden Wunde riß und mit kraftvollen Händen gegen die Mächte der Finsternis führte.

Im Kampf ums Recht.

Die eben erzählten schmerzlichen Erlebnisse hatten Riesſers heitere Seele nur vorübergehend verdüstert. Verhältnismäßig rasch hatte er den persönlichen Mißerfolg verschmerzt, dem er keinen verbitternden Einfluß auf sein Gemüt gestattete, so sehr auch die erbärmliche Ungerechtigkeit seinem Geiste Richtung gab und seinen Willen bestärkte, die traurigen Zustände zu bessern, unter denen damals noch die Bekenner des jüdischen Glaubens litten. In zahlreichen Staaten und Städten fanden sie keinen oder nur bedingten Zulaß, da man von ihnen gefährlichen Wettbewerb in Handel und Gewerbe, Gefährdung des Glaubens und Belästigung des Gewissens fürchtete. Wo man sie aber aufnahm, hinderte man ihr Wachstum durch Beschränkung der Ehen und unterband man ihre Lebensmöglichkeiten durch Ausschließung von fast allen Berufen; nur dem Kleinhandel und Schacher durften sie sich widmen. Schon im Herbst 1829 war in Rieſſer der Plan, in einer Veröffentlichung für die unterdrückten Rechte der Juden einzutreten, so weit gediehen, daß er die beabsichtigte Schrift zwar noch nicht begonnen, aber bereits „ganz fertig gedacht" hatte, während die Ausführung selbst

sich noch längere Zeit verzögerte. Das auslösende Moment, das die in seinem Geiste schon ausgereifte Arbeit in die Erscheinung treten ließ, brachte die französische Julirevolution, deren drohende Entwicklung er bei seinem achtwöchigen Aufenthalt in Paris im Frühjahr 1830 schon hatte beobachten können und die nun auch in Deutschland das stürmische Verlangen nach Erweiterung der Volksrechte und Befreiung von unwürdigen Fesseln weckte. Jetzt hielt Riesser den rechten Augenblick für gekommen auch für die unverjährbaren Forderungen der Juden seine Stimme zu erheben. Er tat dies in seiner 1831 in Altona erschienenen Schrift:

Über die Stellung der Bekenner
des mosaischen Glaubens in Deutschland.

An die Deutschen aller Confessionen!

Was daran so neu und ungewöhnlich war, daß Glaubensbrüder, Freunde und Gegner der Gleichberechtigung verwundert aufhorchten, war der männliche Freimut, den sie atmete und der so vorteilhaft von der bisher üblichen Ängstlichkeit und Leisetreterei abstach, war der trotzige Mannes- und Menschenstolz, der aus jeder Zeile hervorleuchtete und bei den einen furchtsame Bedenklichkeit, bei den andern freudige Zustimmung auslöste. Es war nicht mehr der demütig um Duldung und Barmherzigkeit bettelnde Schutzjude, der seine wimmernde Stimme erhob, sondern der am väterlichen Erbteil unrechtmäßig verkürzte Sohn der deutschen Erde, der in gerechter Empörung über angetanes Unrecht und im Gefühl seiner Ebenbürtigkeit mit den Brüdern offen und ohne Scheu verlangte, was ihm gebührte. Deshalb will Riesser auch nichts von Rechtfertigungen und Zugeständnissen wissen, nichts von falscher Bescheidenheit und Zurückhaltung oder gar Selbsterniedrigung. „Zurückhaltung geziemt uns wie jedem, wo es das Geltendmachen unserer

Persönlichkeit, aber Kühnheit und trotziger Mut, wo es die gemeinsame Sache unserer Glaubensbrüder gilt. . . . Das Menschenrecht kann uns die Niedrigkeit mißgönnen, kann die Gewalt uns vorenthalten; aber an Menschenwürde, an männlichem Bewußtsein, an reiner, ungetrübter menschlicher Bildung sollen sie uns kein Haarbreit rauben!" Darum kehrt Riesser seinen heiligsten Zorn gegen diejenigen, die die Religion zum Handelsartikel erniedrigen, indem sie ohne Überzeugung, lediglich äußerer Vorteile willen den angestammten Glauben schnöde verlassen. „Was sich dem lukrativen Übertritt zum herrschenden Glauben in unseren Zeiten entgegenstellt," schreibt er, „was seine Verwerfung durch die Redlichsten unter den Bekennern der herrschenden wie der unterdrückten Religion auf gleiche Weise bewirkt, was eine entschiedene, unverkennbare öffentliche Meinung gegen denselben erzeugt, ist nicht ein Prinzip des Fanatismus, sondern es ist der einfache, ewig unveränderliche Grundsatz der Wahrheitsliebe und der Rechtlichkeit, daß die Lippen nicht bekennen sollen, was dem Herzen fremd ist, wozu sich heilige Pflichten der Treue und der Pietät gesellen. Es ist demnach nicht mehr ein Kampf zwischen Glauben und Glauben, sondern zwischen Wahrheit und Trug, zwischen Redlichkeit und Falschheit, um den es sich handelt; es ist die Frage, ob der Staat länger auf die Lüge, die entweder mit der Maske der Heuchelei erscheinen oder sich nicht die Mühe des Heuchelns geben und ihre Häßlichkeit offen zur Schau tragen könnte, einen Preis setzen, ob er einen Zustand der Dinge soll währen lassen, der der öffentlichen Moral Hohn spricht, der die entschiedene Tendenz hat, Rechtlichkeit und Wahrheit nicht minder als Glaube und Gottesfurcht zum hohlen Wort zu machen. Wenn der Teufel ein System der Gesetzgebung zu erfinden gehabt hätte, darauf berechnet, die Menschen zu demoralisieren, und eine freche Frivolität, die Gott wie die Wahrheit, den Glauben wie das

Recht höhnt und das Heiligste mit Füßen tritt, zum herrschenden Geist zu machen, er hätte fürwahr für unsere Tage kein passenderes erfinden können als das der bürgerlichen Unfähigkeit des Glaubens wegen. . . ." Nachdem Riesser die Beweggründe erörtert, die die Abtrünnigen veranlassen, „durch den Übertritt zur herrschenden Religion sich von den Vorurteilen ihrer Geburt zu befreien," fährt er fort: „Allen jenen vorübergehenden Motiven aber stehen die unvergänglichen Grundsätze der Ehre und der Wahrheit gegenüber, die immer mehr und mehr mit Bestimmtheit hervortreten. Wir haben nichts an der Religion unserer Väter zu rächen, wir haben nur Ursache sie zu lieben, denn wir sind ohne Vorurteile und ohne einen drückenden Zeremoniendienst in einem reinen Gottesglauben, in dem unbesiegbaren Vertrauen auf eine göttliche Führung und auf den endlichen Sieg des Guten und des Rechten erzogen, die Kraft ist uns frisch erhalten worden, um sie gegen die Despotie des herrschenden Glaubens zu wenden; denn diese allein trägt die Schuld von allem, was uns hindert und einengt. . . . Wir verehren mit tiefgefühlter Begeisterung die Grundsätze der Vernunft und der Freiheit, denen alle edlen Bestrebungen unseres Jahrhunderts zugewandt sind und denen wir mehr als irgend jemand alles verdanken, was dem Leben Wert gibt; wir verachten aber jenen Jesuitismus der Aufklärung, der den Glauben wie das Gewand wechselt, der den Lama oder Fetisch wie Mohamet oder Christus, der diesen nach den Lehren der katholischen Kirche, Luthers oder Calvins usw. anzubeten bereit ist, je nachdem es die Umstände mit sich bringen. . . . Das inhaltschwere Wort der ewigen Wahrheit „Du sollst den Namen Deines Gottes nicht umsonst anrufen!" hallt ewig in den Tiefen unseres Herzens wider und flößt uns ein Grauen ein vor einem Gottesbekenntnis, an dem das Herz keinen Teil hat, und Abscheu gegen eine verworfene Gesetzgebung, die zu solchen Bekenntnissen lockt.

... Recht und Wahrheit bedürfen selten des Märtyrertums; sie zeugen für sich selbst und der Boden, auf dem sie gedeihen sollen, braucht nur mit Schweiß, nicht mit Blut gedüngt zu sein. Aber Schande der Menschheit, wenn sie der geringen Opfer, die sie fordern, entbehren müßten! In unserer Sache sollen sie es nicht! — Dafür verbürgen wir uns! All unser Wille, alle unsere Kräfte sollen auf das eine Ziel, die Erringung der uns schmählich vorenthaltenen Menschen- und Bürgerrechte gerichtet sein, ohne sie durch eine Lüge zu erkaufen. War je eine Sache rein und gut, der Opfer wert und eines endlichen Sieges gewiß, so ist es diese."

Mit besonderem Nachdruck wendet sich Riesser gegen die Taufe unmündiger Kinder, indem er den Einfluß schildert, den ein solcher Wechsel auf das Gemüt der zarten Jugend ausüben muß. „Ihr könnt mit unbeschränkter Freiheit Eure Kinder im Geiste Eurer Gottesverehrung erziehen; ihr könnt jeden fremden Einfluß, der die reine menschliche Entwicklung der kindlichen Gemüter, die Euch als die höchste erscheint, stören könnte, abwenden; ihr braucht sie keinem Priester in die Hände zu liefern, daß er sie seinen Glauben bekennen, daß er sie seinen Gott anbeten lehre. Anders, wenn ihr sie in einem andern Glauben, in dem, welcher in dem Lande, das Ihr bewohnt, gerade der herrschende ist, erziehen laßt. Ihr müßt sie dann, wenn sie ein bestimmtes, noch sehr zartes, nichts weniger als selbständiges Alter erreicht haben, zu dem Priester schicken, der berufen ist, sie in den Lehren des öffentlichen Glaubens zu unterweisen und ihrem Herzen diesen Glauben einzuflößen. Und wie nun, wenn der Priester in der redlichen Überzeugung, daß das die Lehre seiner Kirche ist, Eure Kinder lehrt, daß alle, die nicht an den Heiland glauben, ausgeschlossen sind von der ewigen Gnade Gottes? Wie, wenn diese Lehre, entsetzlich für jedes freie Gemüt, das noch nicht verlernt hat, die

Menschen zu lieben, vor allem entsetzlich aber für Eure Kinder und für die Enkel Eurer Eltern, die zarten Gemüter mächtig erschüttert? . . .

Eine positive Einwirkung auf erwachsene Kinder hingegen, um einem andern Glauben den Eingang zu ihrem Herzen zu versperren, wäre durchaus dem Geist unserer Bestrebungen zuwider; wohl aber wird eine ernste sittliche Erziehung von selbst dafür sorgen, daß sie nicht ohne Überzeugung den Glauben ändern und daß die Aussicht auf den irdischen Vorteil, den der herrschende gewährt, schon durch die fromme Rücksicht auf den Willen verstorbener sowohl als lebender Eltern weit überwogen werde. . . . Wahrem Glauben aber muß, wie wahrer Liebe, Achtung vorangehen und in der Tat scheint mir im Geist unserer Zeit gegenseitige Achtung das natürliche Verhältnis zwischen den verschiedenen Religionen zu sein. Wenigstens kann ich versichern, daß sehr vielen von uns, die wir in den letzten Dezennien im Schoß des mosaischen Glaubens erzogen worden, in der Erziehung jene Achtung vor den moralischen Lehren des Christentums wirklich eingeflößt worden, die vielleicht selbst in einzelnen Gemütern dem Glauben den Weg gebahnt haben würde, wenn das äußere Verhältnis der Religionen zu einander auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Sittlichkeit gebaut, d. h. wenn die Religion außer aller Beziehung zu bürgerlichen Vorteilen gesetzt wäre. . . ." Wenn so der Flucht aus dem eigenen Lager gesteuert werden soll, so muß auf der anderen Seite alles geschehen, um die bürgerliche Gleichheit zu erkämpfen. Zu diesem Zweck sollen Vereine gegründet werden, deren Mitglieder alles tun wollen, „was nach ihrer besten Überzeugung der Erwerbung der bürgerlichen Gleichheit für ihre Glaubensgenossen förderlich sein kann und solange der Verein besteht, d. h. solange bis dieser Zweck vollkommen erreicht ist, ihren Glauben nicht mit dem herrschenden vertauschen wollen.

Diese Vereine müssen sich ferner in jedem einzelnen deutschen Staat, wo es not tut — und das ist in den meisten der Fall — an die Regierung wenden und gesetzliche Maßregeln zur Abhilfe ihrer Beschwerden, zur Verbesserung ihrer rechtlichen Lage, mit einem Wort die Erteilung gleicher Rechte mit ihren christlichen Mitbürgern auf gesetzlichem Wege erbitten. . . . Es handelt sich dabei nicht um zu vermehrende Recht, um zu verringernde Lasten der Regierung oder dem Staat gegenüber; wir wollen nur für gleiche Lasten, die wir allenthalben willig tragen, auch gleiche Rechte mit den übrigen Staatsbürgern. Wir wollen keine Abgabe erlassen haben als die der religiösen Lüge; wir wollen nichts, als daß man uns rechtlich so behandle, wie man uns behandeln würde, wenn wir einen Schritt getan hätten, gegen den sich unser Gewissen sträubt. . . ." Was geschehen muß, um die notwendige Besserung herbeizuführen, überlasse man jedoch nicht der Zeit.

„Es ist nicht die Zeit, die die Blüten treibt und die Früchte reift; es ist die wärmende Sonne und der befruchtende Regen; den Menschen aber sind Wille und Tat statt Sonne und Regen: sie treiben die Blüten des Edlen, sie bringen die Früchte des Guten zur Reife; von ihnen allein ist Erfolg und Gedeihen zu hoffen. . . .

Und man wende mir nicht ein, daß eine stürmische Zeit, in der sich gewaltige Kräfte und Interessen befehden, nicht geeignet ist, unsre Sache, die an rechtlicher und sittlicher Bedeutung keiner, an äußerer Macht allen nachsteht, zur Sprache zu bringen und ihr Gehör zu verschaffen. So wie bekanntlich physisch Harthörige einen leisen Ton besser vernehmen unter einem heftigen Geräusch, das ihre Hörnerven erschüttert, als bei tiefer Stille, so wird geistig Harthörigen das Gehör geschärft durch drohende Gefahren und gewaltige Erschütterungen. Wer mag es leugnen, daß unter dem Kanonendonner der Leipziger Schlacht, dessen Nachhall

noch in der Bundesakte zu vernehmen ist, manche leise Klage ein schärferes Ohr fand als in den stillen Sälen, wo man in feierlicher Versammlung die Schlußakte des Wiener Kongresses beriet?

Die äußere Machtlosigkeit unserer Sache, die sie manchen so hoffnungslos erscheinen läßt, war im Moment der Abfassung der Bundesakte so groß, wie sie es in diesem Augenblick ist und wie sie es immer sein wird. Wodurch aber ist jener Moment für Deutschland ausgezeichnet in der Reihe der Zeiten? Dadurch daß die Stimme des Rechtes und der Freiheit, die eben den glorreichen Kampf mit einer riesenhaften Welt des Unrechts und der Gewalt siegreich beendigt hatte, damals mächtig von allen Zungen in alle Herzen schallte, dadurch daß eine ernste Zeit gelehrt hatte, daß der Staat des Menschen bedürfe, daß er in der ungehemmten Entwicklung jeder edeln Kraft der Menschennatur, in welchem Rang der Gesellschaft sie sich finde, nicht in den durch die Prokrustesbetten des Feudalsystems verkrüppelten Seelen, daß er in der Freiheit, nicht in der Knechtschaft sein Heil suchen müsse." Nachdem ein Rückblick über die Stellung der Juden in den verschiedenen Ländern ergeben, „daß in keinem Lande die rechtlichen Verhältnisse der Juden mit dem politischen Zustande des Landes überhaupt, mit dem Stand der Bildung und der Ansichten der Bekenner der einen wie der anderen Konfession in so grellem Widerspruch stehen wie in Deutschland," heißt es: „Die Lehren der allgemeinen Duldung und der notwendigen Trennung des Glaubens von bürgerlichen Angelegenheiten sind in Deutschland so laut und von so gewichtigen Stimmen wie in irgend einem andern Land verkündet worden; die größten Männer Deutschlands und unter ihnen gerade viele von denen, die dem Christentum am aufrichtigsten ergeben waren, Männer wie Herder, Klopstock, Lavater u. a. haben ihre Wünsche für die Ausgleichung der rechtlichen Zurücksetzung der Juden kräftig ausgesprochen.

Wenn die Stimmen, die sich ohne besondere Veranlassung für diese Sache erhoben haben, nicht zahlreicher sind, so bedenke man, wie gering überhaupt die Zahl derer ist, die imstande sind, aus freiem Antriebe ohne sog. Beruf für eine ihnen persönlich fremde Angelegenheit bloß ihrer Gerechtigkeit wegen aufzutreten. . . .

Wohl uns, daß der Deutsche immer mehr und mehr zu einem echten, männlichen Bewußtsein der Menschenwürde und der Volkswürde heranreift, daß der feste, mutige Wille, keine Unterdrückung irgend einer Art zu dulden, dem Gesetze unbedingt, aber nie der Willkür zu gehorchen, in Deutschland immer mehr und mehr Wurzel faßt. . . . Darum wollen wir uns auch nicht allzusehr betrüben über eine angebliche nationale Antipathie, in der man sich hie und da in Deutschland noch gefällt gegen Individuen, deren Vorfahren seit Jahrhunderten Deutschlands Boden bewohnen, die mit Lust und Liebe Deutschlands Sprache reden, die mit freudiger Ergebenheit Deutschlands Gesetzen gehorchen, deren innigstes Streben darauf gerichtet ist als Deutschlands Bürger leben und sterben zu können, die sich durch nichts von ihren Mitbürgern unterscheiden möchten als durch die eigne, angeerbte, aber freigewählte Art der Gottesverehrung. . . . Der sinkende Nebel der Vorurteile hat die Höhen des Lebens verlassen; er lastet noch auf den Niederungen, aber der Himmel ist heiter, die unbewölkte Sonne der Menschlichkeit kann ungehindert jeden Sinn erleuchten und jedes Herz erwärmen; ihr siegendes Licht wird bald die letzten Nebel zerstreuen und ein heller, freundlicher Tag wird dem erfreuten Auge brüderlich vereinte bessere und glücklichere Menschen zeigen!"

Mit der Veröffentlichung dieser prächtigen Schrift hatte Riesser eine Mannestat vollbracht, die in der Geschichte des Emanzipationskampfes der Juden ewig unvergessen bleiben wird. Solange es Deutsche jüdischen Glaubens gibt, wird uns diese Schrift im Kampf gegen unsre Feinde eine Rüst-

kammer voll edelster Waffen sein, wird sie in ihrer kraftvollen, bilderreichen Sprache ein Schatzstück deutsch-jüdischen Schrifttums bleiben. Der ungestüme Wahrheits- und Bekennermut, der sie erfüllt, der reine Atem der Freiheit, der sie durchbraust, werden ebensowenig ihre Wirkung auf den Leser verfehlen, wie die trotz Kränkung und Zurücksetzung vorbehaltlose Liebe zum deutschen Vaterland und Volkstum und die schlichte Treue zum Väterglauben, die sie beseelen. Wir begreifen, daß der Eindruck, den sie bei ihrem Erscheinen in beiden Lagern hervorrief, tief und weitgreifend war und daß in wenigen Wochen eine 2. Auflage nötig wurde. Am mächtigsten war ihr Einfluß auf die Juden selbst. Sie erkannten nun, daß nicht mutloses Dulden, sondern nur kräftiges Sichregen ihr Schicksal ändern könne und daß sie keine Gnade zu erbitten, sondern ein Recht zu fordern, zugleich aber auch die Achtung aller Edelgesinnten zu erringen hatten, wodurch ihre Selbstachtung erhöht, ihre sittliche Kraft gesteigert und ihr Fortschrittsdrang gefördert wurde. Freilich blieb die Schrift auch nicht ohne Widerspruch. Die ältere jüdische Generation fürchtete in gewohnter Bedenklichkeit die Rache der Judenfeinde; hatten doch kurz vorher in Hamburg und anderen Orten Judenkrawalle stattgefunden. So handgreifliche Folgen traten glücklicherweise nicht ein, aber als Stimmführer der Emanzipationsgegner nahm nun der liberale Heidelberger Theologe Kirchenrat Paulus das Wort, indem er eine Gegenschrift mit dem etwas langgeratenen Titel veröffentlichte:

„Die jüdische Nationalabsonderung nach Ursprung, Folgen und Besserungsmittel. Oder über Pflichten, Rechte und Verordnung zur Verbesserung der jüdischen Schutzbürgerschaft in Deutschland." 1831.

Er vertrat darin die Anschauung, die Juden bildeten eine eigene Nation und da niemand zwei Nationen angehören

könne, müsse ihnen die politische Gleichberechtigung versagt und könne ihnen höchstens die Schutzbürgerschaft zugebilligt werden. Nur wenn sie durch die Taufe ihre Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft bezeigt, wäre jene möglich. Selbstverständlich müßten sie zuvor auch ihre religiösen Besonderheiten, wie Sabbatfeier und Beschneidung aufgeben. Riesser behaupte zu unrecht, daß seine Glaubensgenossen von Handwerk und Ackerbau ausgeschlossen seien; nur von der Gesetzgebung würden sie ferngehalten und das mit Recht, da sie nicht über Christen herrschen dürften. Diese mittelalterlichen Anschauungen, die Paulus mit den von ihm so heftig bekämpften Romantikern teilte, drohten die im badischen Landtag auf der Tagesordnung stehende Regelung der Verhältnisse der Juden im ungünstigen Sinne zu beeinflussen, da Paulus ein hochangesehenes Mitglied der badischen Kammer war. Sollte unheilvoller Einfluß ferngehalten werden, so mußte die Schrift ohne Verzug gründliche Widerlegung finden. Zudem war Paulus Riesser persönlich zu nahe getreten, indem er ihm Unwahrheit zum Vorwurf gemacht hatte. Wie Isler erzählt, floh ihn der Schlaf, bis er sich von der Seele geschrieben, was gesagt werden mußte. Es geschah in einer solchen Gluthitze der Begeisterung für die Sache der Juden und mit einer solchen Empörung über Paulus, daß er in einem Brief an die Schwestern Hoffmeister die „bittere Heftigkeit" seines Tones entschuldigend damit erklärte, daß es sein Gegner nicht besser verdient habe. Nach 6 Tagen war die Schrift im Schmelzofen seines empörten Gemüts fertig. Sie erschien unter dem Titel: Verteidigung der bürgerlichen Gleichstellung der Juden gegen die Einwürfe des Herrn Dr. H. E. G. Paulus. Den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands gewidmet von Gabriel Riesser, Doktor der Rechte.

Ihre Tendenz macht schon das Motto deutlich:

„Einen Vater in den Höhen,
Eine Mutter haben wir;
Gott, ihn, aller Wesen Vater,
Deutschland, unsre Mutter, hier."

Nachdem er das Lächerliche der Behauptung zurückgewiesen, daß die Zulassung zu öffentlichen Ämtern den Unwillen des Volkes errege, daß die Juden nicht alle mit dem Bürgerrecht verbundenen Bürgerpflichten erfüllen würden, daß sie z. B. am Sabbat keine Kriegsdienste tun und statt dessen andere bezahlen, um sich für sie totschlagen zu lassen, nachdem er nachgewiesen, wie man sie zum Schacher, den ihnen Paulus zum Vorwurf mache, durch eine gehässige, kurzsichtige Gesetzgebung gedrängt, daß sie entgegen der Behauptung von Paulus in vielen deutschen Staaten noch von Handwerk und Landwirtschaft ausgeschlossen seien, wendet er sich gegen das „eigentliche Haupt- und Grundargument, an welches alle übrigen Schmähungen als angemessene Verzierungen angefügt sind, das der Fremdheit, der verschiedenen Nationalität."

„Ich sehe," heißt es, „in der Frage der bürgerlichen Gleichstellung der Juden — er braucht statt des Ausdrucks „Emanzipation" das deutsche „bürgerliche Gleichstellung", weil er glaubt, „daß es Zeit ist, Dinge, die in Deutschland immer mehr heimisch werden, mit deutschem Namen zu bezeichnen" — keine andere als eine Frage der religiösen Freiheit, deren einfacher Ausdruck der ist, ob es dem Staat, ob es der Religion heutzutage frommt, daß das äußere Bekenntnis eines bestimmten Glaubens, denn mehr kann nur Gott fordern, der die Herzen prüft, vor andern privilegiert sei. . . . Wenn einer uns ungläubig nennt und von Gott verstoßen, so sagen wir ihm, daß wir an einen Gott glauben, der keines seiner Kinder verstößt; wenn aber der Deutsche uns Deutsche fremd nennen dürfte, so wären wir ohne Heimat und ohne Vaterland."

Und an anderer Stelle sagt er:

„Es ist nur das Gesetz der religiösen Ausschließung, das man ihnen entgegenstellen kann. Daß das wirklich der rechtliche Stand der Dinge ist, tritt deutlich genug darin hervor, daß kein Staat dem zum Christentum übergetretenen Juden das volle Bürgerrecht verweigert. . . .

Es ist also klar genug, daß es das Bekenntnis und nicht die Abkunft, daß es eine religiöse, nicht eine nationale Verschiedenheit ist, die die Ausschließung rechtlich begründet." Und immer wieder kommt er auf den Einwand zurück, ein Zeichen, wie nahe er ihm geht, daß die Juden keine Deutsche seien, daß sie als Eingewanderte kein Anrecht auf bürgerliche Gleichberechtigung hätten.

„Uns vorzuhalten, daß unsere Väter vor Jahrhunderten oder vor Jahrtausenden eingewandert sind, ist so unmenschlich als es unsinnig ist. Wir sind nicht eingewandert, wir sind eingeboren und weil wir es sind, haben wir keinen Anspruch anderswo auf eine Heimat; wir sind entweder Deutsche oder wir sind heimatlos."

Die Erfüllung religiöser Vorschriften und der Messiasglaube beeinträchtigten keineswegs nationale Gefühle und Verpflichtungen, denn das Judentum habe ebensowenig etwas mit der Nationalität zu tun wie das Christentum. Darum sei es unbegreiflich, wie Paulus, der stets für Trennung der weltlichen von den kirchlichen Dingen eingetreten sei, den Übertritt zum Christentum zu einer Garantie deutscher Nationalität mache. „Nur eine tiefe Verachtung der Religion kann sie zum Zeichen für etwas außer ihr Liegendes, für etwas anderes als sie selber ist, herabwürdigen wollen. Nur ein hoher Grad von Geringschätzung gegen den Staat kann als Gewähr dafür, daß man ihm angehöre, nicht die Erfüllung der Pflichten, nicht den Gehorsam gegen die Gesetze, die der Bürger ihm schuldig, sondern einen Akt verlangen, der einer ganz andern Sphäre angehört und an-

gehören muß. Die Religion hat ihren Glauben, der Staat hat seine Gesetze; das Bekenntnis des Glaubens führt zur Religion; der Gehorsam gegen die Gesetze macht zum Bürger des Staats; die Verwirrung beider aber führt zur Verkennung beider, zum Leichtsinn und zur Lüge."

Sehr beachtenswert und für die Jetztzeit von doppeltem Interesse ist die Antwort, die er auf die Zumutung gibt, durch die Taufe die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft zu erwerben:

„Es gibt nur eine Taufe, die zur Nationalität einweihte: das ist die Taufe des Bluts in dem gemeinsamen Kampf für Freiheit und Vaterland. „Ihr Blut hat sich mit dem unsrigen auf den Schlachtfeldern vermischt," das war das Machtwort, womit man in den französischen Kammern die letzten ohnmächtigen Regungen von Unduldsamkeit und Abneigung zu Boden schlug. Auch die deutschen Juden haben sich diesen vollgültigen Anspruch auf Nationalität vollgültig erworben."

Zum Schluß erklärt Riesser, daß die Juden die zu erringende Freiheit in einem andern Sinne auffaßten als Paulus und daß sie entschlossen seien nach der Erlangung einer höheren Freiheit auch auf einem andern Wege als den ihnen Paulus zeigte, mit allen Kräften bis zum letzten Lebenshauche zu ringen und zu streben, denn das sei es, was sie würdig mache, Deutsche zu sein und zu heißen: „Die kräftigen Klänge deutscher Sprache, die Gesänge deutscher Dichter haben in unsrer Brust das heilige Feuer der Freiheit entzündet und genährt; der Hauch der Freiheit, der über die deutschen Gauen zog, hat unsre schlummernden Freiheitshoffnungen geweckt und manche frohe Aussicht ist ihnen schon seitdem geworden. Wir wollen dem deutschen Vaterlande angehören, wir werden ihm allerorten angehören. Es kann und darf und mag von uns alles fordern, was es von seinen Bürgern zu fordern berech-

tigt ist; willig werden wir ihm alles opfern, nur Glauben und Treue, Wahrheit und Ehre nicht; denn Deutschlands Helden und Deutschlands Weise haben uns nicht gelehrt, daß man durch solche Opfer ein Deutscher wird."

Paulus erwiderte auf diese energische Zurückweisung nur noch mit einigen Sätzen in seiner Zeitschrift und ließ in Zukunft seine Finger, die er sich so gründlich verbrannt hatte, von jüdischen Angelegenheiten.

Eine ähnlich wirkungsvolle Abrechnung nahm Riesser mit einem andern Judenfeind vor, dem Collaborator am Hamburger Johanneum Eduard Meyer, der in seiner Streitschrift gegen Ludwig Börne nicht nur diesen sondern auch Heine und Saphir und alle Juden in der gewöhnlichsten Weise beschimpft hatte. Börne hatte im Kampf gegen Rückschritt und Unduldsamkeit, gegen Despotismus und Knechtseligkeit in erster Reihe gestanden. Der Kampf für die Freiheit war ihm heiliger Beruf, dem er sich mit Hingabe seines ganzen Seins widmete. „Ich schreibe mit dem Blute meines Herzens und dem Safte meiner Nerven", rief er einst aus, „und ich habe nicht die Kraft es lange zu ertragen." Angewidert von der Erbärmlichkeit der damaligen deutschen Zustände und in der Hoffnung jenseits des Rheins mit größerer Freiheit und Ersprießlichkeit für seine Ideale kämpfen zu können, war er nach Paris übergesiedelt und hatte bald durch seine „Briefe aus Paris" großes Aufsehen und vielfach auch Widerspruch hervorgerufen. Viele seiner Anhänger bedauerten die Schärfe seiner Ausführungen, die umso peinlicher empfunden wurden, als sie sich im Ausland gegen das Mutterland wendeten. Auch Riesser war unter diesen Tadlern. „Gegen die Briefe aus Paris," schrieb er an seine Freundin Hoffmeister, „habe ich freilich auch manches einzuwenden, hauptsächlich eben das, daß sie aus Paris geschrieben sind. Es hat allerdings etwas Unerfreuliches, daß einer sich erst vom Schauplatz entfernt,

um dann aus der Ferne recht derb seine Meinung zu sagen. Aber konnte er anders? Hätte Börne nur den 10. Teil von dem, was in den Briefen an Wahrheiten gesagt ist, in Deutschland sagen können, so hätte er bleiben müssen und sich mit dem Zehnteil begnügen, aber er konnte auch das nicht." Auch sonst ließ Riesser dem angefeindeten Schriftsteller volle Gerechtigkeit widerfahren. „Glauben Sie mir," sagt er im nämlichen Briefe, „daß er mehr Gefühl und Menschenliebe hat als die meisten derer, die ihm Bitterkeit und Gehässigkeit vorwerfen. Die Leute sagen, wie Sie mir schreiben, er tue weh ohne zu heilen. Ja, wer heilen könnte! Aber heilen denn die andern durch ihr Zusehen und Gehenlassen? Oder soll man einer unglücklichen guten Sache oder unglücklichen guten Menschen darum seine warme Teilnahme vorenthalten, weil man zu schwach ist, ihnen zu helfen und weil die Teilnahme die Unterdrücker verletzen könnte?" Wie ganz anders war demgegenüber der Standpunkt des Hamburger Collaborators! Statt in einer Zeit, wo es, um mit Riesser zu sprechen, der Freiheit recht schlecht ging, auch seinerseits für sie eine Lanze zu brechen, fiel er ihrem begeisterten Bannerträger in die Flanke und lästerte, was freilich bequemer und gefahrloser war, ihn und seine Stammesgenossen. Er hatte in seiner Schrift „Gegen L. Börne, den Wahrheit-, Recht- und Ehrvergessenen Briefsteller aus Paris" das Judentum in Gegensatz zum Deutschtum gestellt und von den „vielen häßlichen Eigentümlichkeiten dieser Asiaten" gesprochen und damit die empfindlichste Seite im Wesen Riessers getroffen. Wahrscheinlich hatte er dabei auch auf ihn, als den Vorkämpfer der jüdischen Gleichberechtigung, gezielt und dabei beabsichtigt neben dem Streiter für die politische auch dem für religiöse Freiheit einen empfindlichen Streich zu versetzen. Riesser blieb die Antwort nicht schuldig. In seiner Schrift „Börne und die Juden" mit dem Motto: „Antworte dem Thoren nach seiner Thor-

heit, damit er sich nicht weise dünke!" rechnete er gründlich mit seinem Gegner ab, so gründlich, daß er bei Übersendung der Schrift an Elise Hoffmeister schrieb: „Ich wiederhole dabei die Bitte, daß Sie Ihrem sanften Freund, der mündlich keinem Menschen das geringste Unangenehme zu sagen imstande ist, in dem tödlichen Kampfe gegen tausendjähriges Unrecht, in welchem er, wenn er helfen könnte, lieber seinen letzten Tropfen Blut als den nächsten Tropfen Tinte vergießen möchte, nicht verkennen mögen."

Ewig denkwürdig aber bleiben uns die Worte, die er mit dem Glutatem seiner flammenden Empörung dem Lästerer ins Angesicht schrie: „Wer mir den Anspruch auf mein deutsches Vaterland bestreitet, der bestreitet mir das Recht auf meine Gedanken, meine Gefühle, die Sprache, die ich rede, auf die Luft, die ich atme. Darum muß ich mich gegen ihn wehren wie gegen einen Mörder. Wohl mir, daß ich es in freier deutscher Rede kann, daß mindestens die Muttersprache, liebreicher als ihre Jünger, sich mütterlich meiner annimmt und mir ihre mächtigen Waffen zu dem Kampfe nicht versagt; vielleicht wird mein Gegner an dem derben Ernste ihrer Streiche den Deutschen erkennen."

Die im Kampf für die bürgerliche Gleichstellung der Juden gemachten Erfahrungen hatten Riesser gezeigt, daß auch in den gebildeten Kreisen des Volkes noch so viele Vorurteile und Irrtümer in betreff der Juden verbreitet waren, daß er es als notwendig erachtete, den Kampf dagegen nicht einzustellen, sondern ihn in einer ständig erscheinenden jüdischen Zeitschrift, die jederzeit zur Abwehr bereit den verbreiteten Irrtümern und Verleumdungen sofort entgegentreten konnte, wirksam fortzusetzen. Gleichzeitig sollte diese Zeitschrift zu den bevorstehenden Verhandlungen über jüdische Angelegenheiten in den verschiedenen deutschen Ständekammern Stellung nehmen, indem sie den Gegnern der Gleichstellung die rechte Antwort geben, den Anhängern und den

Juden selbst Wegweiser und Sammelpunkt sein sollte. So erschien im Jahre 1832 „Der Jude". Periodische Blätter für Religion und Gewissensfreiheit. In zwanglosen Abteilungen herausgegeben von Dr. Gabriel Riesser.

Ungewöhnlich und auch den Juden nicht überall erwünscht war der Titel der Zeitschrift. Aber gerade weil der Name „Jude" von den Gegnern absichtlich in den Kot geschleift wurde, sollte er wie einst der Name der Geusen zu einem weithin sichtbaren Panier werden. „Wenn ungerechter Haß an unserem Namen haftet, sollen wir ihn dann verleugnen, anstatt alle unsre Kraft daranzusetzen ihn zu Ehren zu bringen? Wir lachen über die kindische Sitte unserer Vorfahren dem gefährlich Erkrankten seinen Namen zu ändern, als würde ihn dann der Todesengel nicht wieder aufzufinden wissen. Sind wir nicht ebenso töricht mit unseren modernen umschreibenden Bezeichnungen? Glaubt mir, der Haß weiß seinen Mann zu finden, so gut wie der Todesengel und so lange er ihn sucht, wird er ihn durch tausend begütigende Namen hindurch erkennen." Seine Absicht, den Allzulauen, Allzuvorsichtigen, die alles verschweigen, alles verhüllen wollen, um ja nicht anzustoßen durch die Zeitschrift und ihren Namen das jüdische Selbstbewußtsein zu stärken, unterstreicht er noch einmal in einem späteren Brief, in dem es heißt: „Eine ganze Generation von gebildeten Juden hat sich eingebildet, man würde des Namens und des Daseins der Juden und alles Gehässigen, das sich daranknüpft, allmählich vergessen, wenn nur gar nicht oder doch ganz leise davon gesprochen würde. . . . Meine Tendenz geht dahin, jene Schwäche zu heilen, indem wir tun, als wenn sie gar nicht da wäre, und ihr eine kräftigere Gesinnung, die Achtung einflößt, gegenüberstellen."

Die Zeitschrift enthielt aus Riessers Feder kritische Würdigungen der Verhandlungen in den Ständeversammlungen Badens, Bayerns, Kurhessens und Hannovers über die bür-

gerliche Gleichstellung der Juden, welche Arbeiten später vereinigt als Sonderabdruck unter dem Titel erschienen:

„Kritische Beleuchtung der in den Jahren 1831 und 32 in Deutschland vorgekommenen ständischen Verhandlungen über die Emanzipation der Juden v. Gabr. Riesser."

Motto: Vous voulez être libres
et vous ne sauriez pas être justes? Sieyès.

Die Abhandlungen über Baden führten den Titel:

„Betrachtungen über die Verhandlungen der 2. Kammer des Großherzogtums Baden über die Emanzipation der Juden."

Wenn sich auch die Juden in Baden im allgemeinen einer nicht ungünstigen Stellung erfreuten, waren sie doch noch manchen drückenden Ausnahmegesetzen unterworfen, wie Aufenthaltsbeschränkung und Versagung der Wählbarkeit zur Kammer, während sie zu Staats- und Gemeindestellungen zwar nach dem Gesetz zugelassen, durch die Praxis aber davon ferngehalten wurden. Vergebens hatten sie sich 1830 in Bittschriften um Beseitigung der trennenden Schranken an die Kammer gewandt, in der liberale Männer wie Itzstein, Rotteck und Welcker saßen, jedoch ohne sonderlichen Erfolg, denn die an die Kammermitglieder verteilte Schrift von Paulus hatte ihre Wirkung getan. Die Gleichstellung wurde zwar anstandshalber nicht versagt, aber solange hinausgeschoben, bis eine von der Regierung zu berufende Versammlung jüdischer Notabeln sich öffentlich von gewissen Mißbräuchen losgesagt und sie beseitigt hätte. Zu diesen Kammerverhandlungen nimmt nun Riesser in seinen Betrachtungen Stellung, indem er mit gewohnter Sachkenntnis und Gründlichkeit und in meisterhafter Darstellung falsche Ansichten berichtigt, haltlose Einwände und Vorwürfe widerlegt und zurückweist, tatsächliche Mißstände durch die ge-

gebenen Verhältnisse erklärt und notwendige Forderungen aufstellt und begründet. Zuerst weist er die gegen die Sittenlehren des Judentums gerichteten Vorwürfe zurück, indem er entrüstet erklärt: „Es ist eine freche Lüge, daß irgendwo unter uns im Namen der Religion eine Moral gelehrt wird, die zwischen Pflichten der Redlichkeit gegen Glaubensgenossen und Andersglaubende unterscheide, die den Wucher und die Übervorteilung der Christen erlaube und die den Ackerbau und die Viehzucht mit Verachtung belege und was des Unsinns mehr ist. Wenn ihr Schulen oder gottesdienstliche Häuser kennt, durch welche solche frevelnde Torheiten im Namen der Religion verbreitet werden, so bezeichnet uns jene Schulen, nennt uns jene Lehrer, damit die Schulen geschlossen, die Lehrer als Gotteslästerer dem Abscheu der Menschheit und ihrer Glaubensgenossen und als Verderber der Jugend der strengen Strafe der Gesetze überliefert werden. Seid ihr aber dazu nicht imstande, wie ihr es nie waret und nie sein werdet, so bedenkt, daß unerwiesene Verleumdungen auf das Haupt derer zurückfallen, von denen sie ausgegangen!"

Für alle Judengegner beherzigenswerte Worte findet er auch über den Talmud, der in der Schlachtordnung der Argumente, in welcher man gegen die Juden zu Felde zieht, mit in erster Reihe stehe. „Der Talmud und immer wieder der Talmud! Diese vor anderthalb Jahrtausenden geschlossene Sammlung soll in einzelnen Stellen Lehren enthalten, die Haß und Verachtung Andersglaubender lehren. Ist denn der Talmud allein übriggeblieben in der großen Sündflut, die in eurem Gedächtnis alle übrigen Erinnerungen aus der Geschichte der Religion weggeschwemmt? Oder schließet ihr ihn allein aus von der allgemeinen Amnestie, die ihr allen anderen Erzeugnissen des Fanatismus bewilligt habt? Wenn ihr eure Religion, deren Haß Geschlechter erwürgt und Jahrhunderte mit Blut über-

schwemmt hat, eine Religion der Liebe nennt und leicht hinweggeht über solche Greuel als über unbedeutende Auswüchse, über das Erzeugnis menschlicher Zusätze zu der himmlischen Lehre, errötet ihr nicht, einem andern Glauben, dessen Bekenner Jahrhunderte hindurch die hilflosen Opfer jener Wut waren, vorzuwerfen, daß er einst andere Lehren als die der allgemeinen Menschenliebe gelehrt? Wenn in einzelnen Gebeten, die viel später als der Talmud, die aber in den Zeiten der gräßlichsten Verfolgung entstanden sind, die göttliche Gerechtigkeit um Erlösung aus den Händen der Feinde, um die Bestrafung der Peiniger angefleht wird, wer mag sich darüber wundern? Wohl ist es schön und edel, seine Feinde zu lieben, aber ist der Haß der Feinde strafbarer als die Verfolgung Unschuldiger ihres Glaubens wegen?" Ebenso haltlos seien die oft widerlegten Behauptungen von der Unzuverlässigkeit des jüdischen Eides und von der lieblosen Gesinnung der Juden gegen ihre christlichen Mitbürger.

Gegenüber der Aufforderung an die badischen Juden das Ceremonialgesetz zu beseitigen, da sie dieses in einen Widerstreit mit ihren Bürgerpflichten bringen könne, führt er aus: „In keiner Religion ist die Heiligkeit des bürgerlichen Gesetzes so tief begründet als in der mosaischen; andere Religionen haben die Macht, die über dem Gesetz steht, das Judentum hat das Gesetz einer göttlichen Quelle zugeschrieben. Daß die Heiligkeit des Gesetzes nach den religiösen Ansichten der Juden keineswegs bloß den Gesetzen des jüdischen Staates eignet, sondern daß dieselbe fromme Verehrung den Gesetzen jedes Staates, dem sie angehören, gebührt, das ist an vielen Orten aufs überzeugendste nachgewiesen worden. Daß die Beobachtung der Ceremonialvorschriften der Erfüllung einer durch das Gesetz vorgeschriebenen Pflicht nachstehen müsse, ist eine Folge dieser Ansicht und ein durch alle Jahrhunderte hindurch von den frömmsten

Schriftgelehrten, von den gewichtigsten Autoritäten anerkannter Grundsatz. . . . Eine Religion, die ihre Gebräuche und Satzungen aus irgend einer Beziehung auf bürgerlichen Vorteil, bürgerliche Rechte, auf die launenhafte Willkür irgend einer Gewalt reformierte, würde den innersten Charakter einer Religion, ihre rein göttliche Beziehung verleugnen; sie würde aufhören, eine Religion zu sein; sie würde selbst der Forderung, die der Staat an die Religion zu machen gewohnt ist, daß sie Einfluß übe auf die Gewissen ihrer Anhänger, nicht mehr entsprechen; sie würde keine andere Garantie geben als die von der Erbärmlichkeit ihrer Bekenner." Sehr sinnig und ehrerbietig spricht Riesser auch über die Ceremonien des jüdischen Glaubens, denn wenn er auch von seinem Vater, der als Jünger Mendelssohns ein rein geistiges, verinnerlichtes Verhältnis zur Religion gewonnen hatte, ohne „drückenden Ceremoniendienst", wie er sich ausdrückte, erzogen war, so hatte er sich doch volles Verständnis und zu viel Pietät für die ehrwürdigen Formen frommer Religionsübung bewahrt, um einer kritiklosen Beseitigung oder herzlosen Verächtlichmachung derselben das Wort zu reden. „Ihr müßt sehen, wie jenes System für jeden religiösen Gedanken eine Tat hat, die ihn festhält, für jede Tat einen Gedanken, der sie erhebt, für jeden Genuß einen Segen, für jede Freude ein Gebet, für jeden Schmerz einen Trost, einen Dank selbst. Ihr müßt den Vater sehen, der bei der Leiche des Sohnes den Schmerz überwindet und mit festem Mut den gerechten Richter segnet, und ihr werdet jene kenntnislose Kritik nicht minder albern als herzlos finden. Wem bei jenen schwach entworfenen Zügen auch nur ein verehrtes, erhabenes, heiliges Bild wie dem Verfasser dieser Zeilen vor Augen schwebt, der wird seine Entrüstung über jene engherzige, stumpfsinnige Auffassung des äußeren Lebens einer Religion teilen. Er wird darum freilich nicht minder das Äußere

von dem Innern, das Vergängliche von dem Unvergänglichen zu trennen wissen; er wird Formen, die nur in freier, leichter, ununterbrochener Gewöhnung Wert haben, nicht gewaltsam festgehalten wissen wollen, wo sie sich auflösen; er wird es der Seele der Religion zutrauen, daß sie an der Stelle des Gewandes, das die Zeit ihr vielleicht zerstört, nachdem es sie Jahrtausende hindurch umhüllt, sich ein noch dauerhafteres, geistigeres und darum keiner Zerstörung durch die Zeit ausgesetztes zu schaffen imstande sein würde. Aber er wird selbst für die Formen, die er im Untergang begriffen glaubt, Ehrerbietung empfinden; er wird voll von Verehrung für die unsterbliche Seele der Religion auch ihrer irdischen Hülle fromm die letzte Ehre erweisen und sie nicht feindseligem Hohne ungerecht preisgeben."

Hierauf wendet sich Riesser gegen die auf das Erwerbsleben der Juden gerichteten Vorwürfe, mit besonderer Schärfe gegen den des gewerbsmäßigen Wuchers und gegen die Forderung, größere wirtschaftliche Beweglichkeit durch Übertritt zum Christentum zu erkaufen. „Der Wucher und die an das Bekenntnis geknüpfte Ausschließung von den besten Rechten des Bürgers! — Fürwahr sähe ich es nicht in deutlichen Buchstaben vor mir, ich würde es nicht glauben, daß ein menschliches Gehirn so viel Verwirrung oder ein menschliches Herz so viel Falschheit fasse, um die beiden Dinge zu einem Gedanken, zur Rechtfertigung einer gesetzlichen Bestimmung zu vereinigen. Also weil jene mit Pfennigen wuchern, wuchert ihr mit Glauben und Überzeugung? Weil von zweien, die derselben Religionspartei angehören, der eine ein Schelm, der andere ein Ehrenmann ist, darum bietet ihr beiden gleiche Rechte dafür, daß sie beide Eure Religion annehmen: eine Handlung, wodurch sicherlich der Schelm nicht zum Ehrenmanne, vielleicht aber der Ehrenmann zum Schelm geworden?"

Ein Hauptgrund der Ausschließung der Juden aus den

meisten Berufen sei der Neid, der in seinen Motiven noch verwerflicher, in seinen Folgen noch verderblicher als der Glaubenshaß früherer Zeiten sei. „Der Fanatismus war ein glühend Feuer, das seine Priester wie seine Opfer verzehrte; jetzt ist es ausgebrannt zur kalten Kohle des Neides, die den einen wie das andre besudelt. Der Religionshaß hatte seinen Bau in den Tiefen der Gemüter und der Institutionen begründet; die Religion ist daraus gewichen, aber die leeren Gerüste des Hasses stehen noch eine Weile und in den verödeten Bau ist widrigen Nachtvögeln gleich die elendeste aller Leidenschaften, die Mißgunst gegen jede fremde Kraft, jeden fremden Gewinn, jedes fremde Wirken eingezogen." Doch wenn auch der einzelne Mensch eigennützig und befangen sei, die Menschheit sei es nicht; das Urteil der Öffentlichkeit über Juden in Stellungen außerhalb des Handels hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit, ihrer Fähigkeiten, ihrer Gewissenhaftigkeit und Berufstreue sei durchaus nicht ungünstig. „Das ist eben der einzige, aber erhebende Trost in einem mühseligen, manchen unerträglich scheinenden Kampfe", fährt er fort, „daß er, sowie er in das Gebiet der Wirklichkeit, der Persönlichkeit übertritt, sofort zu unsren Gunsten entschieden ist, daß wir in jeder Stellung, in welcher wir einmal stehen, nach Maßgabe unserer Tüchtigkeit ebenso fest, ebenso würdig, ebenso behaglich, ebenso geliebt und geachtet dastehen wie unsre christlichen Mitbürger, und daß sich überhaupt kein Jude in seinen besonderen Verhältnissen, da wo es auf wechselseitiges Vertrauen ankommt, über den Mangel desselben von seiten der Christen beklagen kann, was doch gewiß der Fall sein würde, wenn es häufiger als es von Christen geschieht, getäuscht worden wäre."

Wenn trotzdem der Staat seine jüdischen Angehörigen beeinträchtigt und als Bürger minderen Rechtes behandelt, so kann ein solches Verfahren nicht anders als demoralisierend

und verbitternd wirken, doppelt verbitternd nach Höchstleistungen vaterländischer Hingebung und Aufopferung, die dieser Staat in Not und Gefahr als selbstverständlich auch von seinen jüdischen Bürgern verlangt und verlangen darf. „Wer im Kampfe für das Vaterland sein Blut zu verspritzen verpflichtet und sich nicht gleicher Ansprüche an dieses Vaterland mit dem an seiner Seite kämpfenden Mitbürger bewußt ist, wer eben in diesem Gebiete seine Zurücksetzung am lebhaftesten fühlen muß, weil er des einzigen Lohnes für vergossenes Blut, des Lohnes der Ehre für verlustig erklärt ist, für den ist das Schlachtfeld eine Schlachtbank, nicht ein Feld der Ehre."

Nur wenn alle Bürger sich als gleichberechtigte, gleichbehandelte Glieder des Staates fühlen, die als liebende Söhne in gemeinsamer Hingebung für die gemeinsame ehrwürdige Mutter arbeiten, kann das Heil des Vaterlandes gedeihen und gefördert werden. „Wollte Gott," ruft darum Riesser aus, „es erblühte auf dem Boden des gesamten Deutschlands ein wahrhaft lebendiges vaterländisches Streben, das sich kundtut in dem gemeinsamen Wirken und Schaffen im Sinne eines alle Seelen durchdringenden Gedankens der Freiheit und des Gemeinwohls, dann würde auch uns bald geholfen sein; dann würde man nicht lange mehr mit uns markten um das bißchen Recht, für uns so unendlich viel, so unendlich geringe für die, die es gewähren sollen. Wenn das Vaterland der Kräfte seiner Söhne bedarf, warum sollte es dann die nicht annehmen, die sich ihm darbieten, ohne mehr zu verlangen, als daß es sich ihrer so wie der andern bediene? Das ist eben die schönste, erhebendste Seite der Vaterlandsliebe, des Strebens für das Gemeinwohl, daß dieselben Kräfte, die sich sonst in ihrem selbstsüchtigen Treiben oft hemmend und störend beengen, manchmal selbst feindlich berühren, gleich Brüdern, die über die Erbschaft des Vaters, der im Grabe ruht, sich befehden, daß dieselben

Kräfte, von der Liebe zum Vaterlande geleitet, in inniger Vereinigung gleich Brüdern, die für die lebende Mutter arbeiten, nach einem Ziele streben. Von diesem Standpunkte aus gesehen, erscheint die Versagung der Befriedigung unserer Ansprüche mir oft als etwas ganz Unbegreifliches, Undenkbares. Guter Gott! Was verlangen wir denn so Großes, wenn wir gleiches Recht in Anspruch nehmen? Etwa ein Geschenk? Eine Gnade? Einen Lohn ohne Arbeit? Eine Gabe, die wir nicht erwidern? Wird denn nicht, wenn uns das Recht erst gegeben ist, jeder einzelne von uns um jeden Lohn, um jede Gabe arbeiten müssen, wie sich's gebührt? Bieten wir nicht unsre ganze Kraft samt unsrem Blute, wenn das Vaterland dessen bedarf, gleich jedem andern Bürger als den Preis des Rechtes dar, daß man uns gleich Bettlern zurückweisen könnte? Bedarf denn die Gesellschaft, bedarf der Staat nicht der Kräfte, die sich ihnen darbieten, ebenso gut wie diese Kräfte ihrer bedürfen?"

Die eindringlichen Darlegungen Riessers verfehlten ihre Wirkung auf die badische Regierung nicht, sodaß sie von der Berufung einer jüdischen Notabelnversammlung absah. Als im Jahre 1833 die Kammer wieder zusammentrat und ihr eine Petition badischer Bürger um völlige bürgerliche Gleichberechtigung übergeben wurde, verfaßte Riesser eine Denkschrift zu ihrer Begründung; die hierauf bezüglichen Kammerverhandlungen besprach er in seiner Zeitschrift in einer größeren Abhandlung unter dem Titel:

„Bemerkungen zu den Verhandlungen der badischen Ständeversammlung über die Emanzipation der Juden im Jahre 1833."

Er wendet sich darin mit besonderer Schärfe gegen Bericht und Schlußrede des liberalen Abgeordneten Rotteck, der im Widerspruch mit seiner politischen Gesamtauffassung und aus Befürchtung, die Volksgunst zu verscherzen mit der Volks-

strömung gegen die jüdische Gleichberechtigung schwimmen zu müssen glaubte. Da er behauptet hatte, von einer eigentlichen Bedrückung der Juden könne in Baden nicht die Rede sein, antwortete ihm Riesser, demjenigen, dem alle Lebenswege verschlossen sind, zu sagen, er sei nicht unterdrückt, sei ein frecher Hohn; ihm zu sagen, er genieße ja Schutz für Person und Eigentum, sei eine Entwürdigung der Menschennatur und eine Lüge zugleich. Bezeichnend aber für Riessers deutsche Gesinnung und von doppeltem Interesse für die Gegenwart, weil sie in diesen schicksalsschweren Tagen politischer Neugestaltung unsre Stellung zu den Fragen, die das deutsche Volk jetzt aufs tiefste bewegen, restlos darlegt, ist die Antwort, die Riesser in der Schrift auf die Frage eines Abgeordneten gibt: „Wenn wir einstens die Idee einer deutschen Nationaleinheit beraten, welche Stimme wird dabei der Jude abgeben?" „Ich antworte darauf: die Stimme der tiefsten Überzeugung, die Stimme der durch die inhaltschwerste Erfahrung gewonnenen Einsicht in alle die Gemeinheit und Erbärmlichkeit, welche durch die politische Zerrissenheit Deutschlands, durch das engherzige, kümmerliche, jammervolle Treiben eines engen, kleinlichen Staatslebens begünstigt wird. Keiner in Deutschland hat das alles so tief, so lebendig erfahren, keiner durchdringt sich täglich so von der Einsicht in das alles, wie wir. Bietet mir mit der einen Hand die Emanzipation, auf die alle meine innigsten Wünsche gerichtet sind, mit der anderen die Verwirklichung des schönen Traumes von der politischen Einheit Deutschlands mit seiner politischen Freiheit verknüpft, ich würde ohne Bedenken die letztere wählen, denn ich habe die tiefste Überzeugung, daß in ihr auch jene enthalten ist."

Die wunderbaren Ausführungen Riessers hatten keinen unmittelbaren Erfolg, denn die wieder einsetzende Reaktion in Deutschland war freiheitlichen Bestrebungen, wie sie in seinem Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der

Juden zum Ausdruck kamen, nicht günstig; Rotteck und seine liberalen Gesinnungsgenossen ließen sich nicht bekehren. Immerhin trat eine allmähliche Besserung in den Verhältnissen der Juden ein, die durch die mutige, unermüdliche Tätigkeit der durch Riessers Beispiel angefeuerten Juden in Baden herbeigeführt wurde.

Das mannhafte Eintreten Riessers für seine Glaubensgenossen — sehr geschickt und warmherzig hatte er in seiner Zeitschrift auch die Sache der Juden in Bayern, Hannover, Kurhessen und Sachsen geführt — hatte ihm in allen Kreisen Deutschlands zahlreiche Verehrer und Freunde gewonnen. Wohin er kam, wurde er mit freudiger Begeisterung empfangen und durch dankbare Anerkennung geehrt, die sich namentlich seitens seiner Glaubensgenossen oft in rührender Weise offenbarte. Er reiste gerne und viel und begann damit in Gedanken schon im Winter. In der 2. Hälfte des Jahres 1832 unternahm er eine Erholungsreise durch den größeren Teil Deutschlands, um alte Beziehungen wieder aufzufrischen und neue Freunde und neue Eindrücke zu gewinnen; vor allem lag ihm auch daran, sich allenthalben durch eigene Anschauung ein rechtes Bild von den Verhältnissen der jüdischen Bevölkerung zu verschaffen. Von Hannover ging er nach Kassel und Frankfurt a. M., wo er in den hochgebildeten und für die Fortentwicklung des Judentums begeisterten Männern Heß, Johlson, Michael Creizenach, Jost u. a. bewundernde Freunde gefunden hatte. Jetzt wollten sie die Gelegenheit wahrnehmen, dem mutigen Vorkämpfer der Emanzipation ein sichtbares Zeichen ihrer Verehrung und Dankbarkeit zu überreichen. Sie ließen nach einer Zeichnung von Prof. Oppenheim einen silbernen Pokal für ihn herstellen und überreichten ihn bei einem Festmahl mit feierlicher Ansprache. Von Frankfurt fuhr Riesser nach Heidelberg, wo er „nach dem fröhlichen Sommer der Jünglingsjahre", den er früher

dort verlebt, „einen rechten Herbst verbrachte", dann nach Mannheim, Karlsruhe, München und Wien. Hier besuchte er den Prediger Mannheimer, der ihn zur Fortsetzung seiner Zeitschrift „Der Jude" veranlaßte, zu der er sich aus bestimmten Gründen nicht mehr imstande fühlte. Er fand, daß seine Art zu denken und zu arbeiten, zu einem periodischen Unternehmen nicht tauge. „Mein Genius," schrieb er an seinen Freund Haarbleicher in Hamburg, „ist etwas schwerfälliger, weitläufiger Art und vermag es selten dem Augenblick, dem einzelnen Faktum, eine interessante Seite abzugewinnen. Arbeiten wie die über die badischen Verhandlungen — dem Gedankengange nach glaube ich das Beste, was ich geschrieben habe, — werden mir hingegen durch die Zerstücklung total verdorben. Daß ich einen Plan, der mir lieb war, wenn er in der Ausführung nicht recht fort will, ohne viel Bedauern aufgeben kann, ist eine gute Seite in meiner Natur. Die meisten Menschen sind freilich beharrlicher in ihren Mitteln, aber dafür geben sie am Ende mit dem mißratenen Mittel leicht auch den Zweck auf. Ich wechsle leicht und gern die Mittel und Wege, aber in der Verfolgung des Zweckes werde ich hoffentlich umso beharrlicher sein." Von Wien aus besuchte Riesser Prag, dann Berlin, wo er mit Moritz Veit Freundschaft schloß. Josef Lehmann, der Begründer des Magazins für die Literatur des Auslands, Jung und Jost schlossen sich ihm an. Anfangs Dezember kehrte er nach Hamburg zurück und nahm seine schriftstellerische Tätigkeit wieder auf, zu der ihm die mißliche Lage der Juden in Preußen und reaktionäre Gesetzgebungsversuche daselbst bald genügenden Anlaß und Stoff boten. In Preußen hatte bis zum Tilsiter Frieden der Geist engherzigster Unduldsamkeit geherrscht, von dem sich selbst Friedrich der Große den Juden gegenüber nicht frei zu machen vermocht hatte. Von einem Fürsten, der Moses Mendelssohn wegen seines Judentums die Auf-

nahme in die Akademie der Wissenschaften versagte und die Vermehrung der Juden durch schikanöse Polizeimaßregeln zu verhindern suchte, war für ihre bürgerliche Gleichstellung nichts zu erwarten. Erst nachdem Preußen durch Napoleon aufs tiefste gedemütigt war, erkannte man, daß das Fundament der Königreiche Gerechtigkeit sei und suchte den Neubau des Staates auf dieser unzerstörbaren Grundlage zu errichten. Durch das Edikt von 1812 wurden die Juden Staatsbürger, die in ihren Rechten und Pflichten den christlichen Untertanen gleichgestellt waren, und bald zeigten sich denn auch die heilsamen Folgen dieser neuen Gesetzgebung. Zahlreiche jüdische Jünglinge und Männer eilten 1813 zu den preußischen Fahnen, die den todesmutigen Kämpfern gegen Napoleon vorangetragen wurden, und brachten ihr Leben freudig dem neugewonnenen Vaterland zum Opfer oder kehrten im Schmuck des neugestifteten Eisernen Kreuzes oder als Offiziere in die Heimat zurück. Andre wandten sich mit Eifer dem Studium zu und hofften einst in öffentlichen Lehrerstellungen dem Staate nützen zu können. Kaum aber war der Sieg errungen, kehrte das alte Elend der Unfreiheit und Bedrückung wieder. Das Edikt wurde auf die nach dem Tilsiter Frieden bei Preußen verbliebenen Länder beschränkt, in den übrigen Teilen der preußischen Monarchie aber wurden die Juden in ihren bisherigen „Rechten" belassen, von deren Umfang man sich nur dann eine rechte Vorstellung zu machen vermag, wenn man hört, daß sie weder zu Staatsämtern noch zur Advokatur und zu Offiziersstellungen zugelassen wurden, daß man sie zur Bekleidung von Gemeindeämtern und zu Geschworenen für unfähig erklärte und ihnen sogar das Recht versagte, für sich und ihre Familie passende Namen zu wählen. Ja nicht einmal ihren Gottesdienst konnten sie nach eigenem Gutdünken und Bedürfnis umgestalten; nur zum Christentum überzutreten war ihnen erlaubt. Das war so ziemlich nach dem Willen

Friedrich Wilhelms III., den die läuternde Kraft des Unglücks nur vorübergehend fremder Not zugänglich gemacht hatte, die einzige Freiheit, die man ihnen belassen. Der Mangel einer allgemeinen Gesetzgebung in betreff der Juden und die sich hieraus ergebenden Unzuträglichkeiten veranlaßten endlich die Regierung das ganze Gebiet einschlägiger Fragen nach einheitlichen Gesichtspunkten neu zu ordnen. Ehe jedoch die Vorarbeiten zu einem Gesetzesvorschlag gediehen waren, erschien augenscheinlich von oben veranlaßt, in einigen Zeitungen der Entwurf einer allgemeinen Judenordnung für den preußischen Staat, der an rückschrittlicher Gesinnung und entwürdigenden Zurücksetzungen die ärgsten Befürchtungen der als Objekt der Gesetzgebung gewiß nicht verwöhnten Juden übertraf. Selbst diejenigen, die wegen ihrer Verdienste um Kunst und Wissenschaft in die privilegierte Klasse der Staatsbürger aufgenommen wurden, waren von Staatsämtern und Offiziersstellen, von Gemeindeämtern und ständischen Vertretungskörpern ausgeschlossen; die Lage der Schutzjuden aber sollte nach dem Entwurf derart menschenunwürdig gestaltet werden, daß, wie ein zeitgenössischer Schriftsteller schrieb, „die Dämmerungsfalter der 1. Klasse gegen sie noch als Kinder der Sonne erschienen." Heiratsverbot bis zum 24. Lebensjahr, Aufenthaltsbeschränkungen, Erschwerungen in Handel und Gewerbe kennzeichneten die Stimmung dieses Gesetzgebers gegen die Juden aufs deutlichste. Man vermutete in demselben Karl Streckfuß, der damals im Ministerium eine hohe Beamtenstellung bekleidete und zur Verteidigung des Entwurfs eine Schrift „Über das Verhältnis der Juden in christlichen Staaten" herausgegeben hatte. Die beabsichtigte „Allgemeine Judenordnung" aber rief unter den bedrohten Juden tiefgehende Entrüstung und die ärgsten Befürchtungen hervor. Auch Riesser war durch das, was man hier als Recht und Gesetz

zu bieten wagte, aufs äußerste empört. Als Ausfluß dieser Stimmung und zur Widerlegung der Streckfußschen Broschüre ließ er im Jahre 1834 in seiner Zeitschrift

„Betrachtungen über die Verhältnisse der jüdischen Unterthanen der preußischen Monarchie“ erscheinen, die später vermehrt als Buch herausgegeben wurden. Ein großer Teil seiner Ausführungen richtet sich gegen das nach dem Frieden wieder beliebte Verfahren der preußischen Regierung den jüdischen Staatsbürgern nur über die Schwelle der Taufe den Zugang zu einer bürgerlichen Existenz zu gestatten, weil sie es für Pflicht der christlichen Staatsgewalt halte, die christliche Religion durch jedes ihr zu Gebote stehende Mittel zu verbreiten, besonders alle Intelligenz, alle Tüchtigkeit, alle Bildung in ihr Gebiet hinüberzuziehen. Die immer wiederkehrende Beziehung der Religion zu äußerem Vorteil, der in Preußen sich täglich wiederholende Fall, daß die Annahme des Christentums als die Bedingung der Erlangung einer bürgerlichen Existenz erscheine, habe dazu geführt, daß man die Religion als etwas rein Äußerliches, das Bekenntnis derselben als einen bürgerlichen Akt ansehe, zu welchem sich die Wahrheit und Überzeugung ganz gleichgültig verhielten. Daß aber die Religion geachtet werde, daran sei den Bekennern jeder Religion gelegen. „Wenn der Glaube an objektive dogmatische Wahrheit in religiösen Dingen,“ fährt er fort, „in unsren Tagen etwas wankend geworden, so ist es umso wichtiger, daß die subjektive moralische Wahrheit der religiösen Überzeugung und das Vertrauen auf dieselbe heilig und rein erhalten werden, wenn nicht jedes religiöse Bewußtsein im Strudel der Verhältnisse, in dem überfließenden Strome des Egoismus untergehen soll.“

Wir sehen also hier die höhere Auffassung der Religion nicht bei der frommen, christlich-konservativen Obrigkeit, die sich von jeher gebärdete, als ob sie die religiöse Wahrheit

und die allein richtige Gottesverehrung in Erbpacht habe, sondern auf seiten des geringeschätzten Juden, dessen minderwertiger Religion man so wenig versittlichende Kraft zuschrieb, daß man ihre Bekenner von jeder Betätigung im öffentlichen Leben ausschließen zu müssen glaubte. Von allen Zurücksetzungen und Rechtsbeschränkungen aber, denen die Juden ausgesetzt, dünkt Riesser keine so schmählich und ehrverletzend wie die Ausschließung von militärischer Beförderung, weil keine die heiligsten Ansprüche, die legitimsten Gefühle der Ehre so empfindlich verletze wie diese. „Ich weiß wohl," schreibt er, „daß viele Jahrhunderte lang zur Schande der Menschheit nur eine bevorzugte Geburt ein Recht auf militärische Ehrenstellen verliehen hat; aber dieser Mißbrauch hat sich auch fürchterlich gerächt, indem diejenige Nation, die ihn zuerst vernichtete, in unaufhaltsamem Siegeslaufe die halbe Welt durch ihre Heere unterjochte, so lange bis die unterjochten Fürsten und Völker demselben Prinzipe zu huldigen begannen. Und in jenen Zeiten, da war der Kriegsdienst keine allgemeine nationale Verpflichtung; er war für den Ritter und Edlen ein kühnes Kampfspiel, für den niedrig Geborenen ein Söldnerhandwerk, ein Broterwerb, gefahrvoller, aber nicht edler als ein andrer; da konnte ja ein jeder mit sich abrechnen, wie viel ihm sein Leben wert sei. Jetzt aber, da das Gefühl der Menschenwürde und der gleichen Ehre in niedere Hütten gedrungen und gebeugte Herzen aufgerichtet; jetzt da der Kriegsdienst nicht Standessache mehr und nicht bezahltes Handwerk, sondern die erste Pflicht des Bürgers gegen sein Vaterland sein soll, jetzt Einen unter Hunderten mit dem einsamen Gefühle der Schande in der Brust in den Todeskampf zu senden, ihm anstatt der erhebenden Aussicht der Ehre die Mitgift des demütigenden Bewußtseins zu geben, daß er allein unter seinen Kameraden, und wäre er der Fähigste, der Tüchtigste, der Mutigste, der höheren Ehre im

Kriegsdienste für immer unwürdig erachtet ist, ihn mit diesem quälenden Bewußtsein vielleicht einer feindlichen Nation gegenüberzustellen, die den Grundsatz der Gewissensfreiheit anerkannt hat, unter deren Gesetzen geboren er sich, auch als der Geringsten einer, ein Gott in Vergleich mit seinem jetzigen Zustande dünken müßte — die Qualen des Abgrunds lauern in diesem Gedanken, ich vermag ihn ohne Entsetzen nicht zu verfolgen."

Und wie auf diesem, so wirken Haß und Ungerechtigkeit auf jedem andern Gebiet verbitternd und zersetzend auf die davon Betroffenen, die, wahres Mitgefühl nur bei ihren Leidensgefährten voraussetzend und findend, sich immer enger aneinanderschließen und sich gleichzeitig immer mehr von ihren Unterdrückern zurückziehen, wodurch die Zerklüftung weiter gefördert und die Bildung eines einheitlichen Volkskörpers noch mehr erschwert wird. „Haß und Vorurteil sondern um vieles mehr als alle Verschiedenheit des Stammes und des Glaubens. Sie richten eine dichte und undurchdringliche Mauer zwischen den Menschen auf, welche die Natur mit gleichen Trieben und Neigungen geschaffen; sie weisen die Unterdrückten auf das bei ihren Leidensbrüdern allein zu suchende Mitgefühl an, das ihnen von den Unterdrückern versagt wird, und so muß sich allmählich eine alle Gewohnheiten und Verhältnisse des Lebens durchdringende Trennung erzeugen, welche allerdings in der Religion nicht begründet ist. Die siegende Anerkennung ursprünglicher Menschenwürde hat jene trennende Mauer niedergerissen, hat manchen Sieg über den Haß und das Vorurteil erkämpft; die Gemüter nähern sich, die Sitte gleicht sich aus und ein großer Teil jener Eigentümlichkeit schwindet mehr und mehr. Aber wo und soweit sie noch vorwaltet, wie unerhört hart und ungerecht ist es da nicht, die Schuld derselben den Gehaßten, den Zurückgestoßenen, den aus der Gesellschaft seiner übermütigen Unterdrücker Verwiesenen tragen zu lassen!"

Trotz aller Leiden und Verfolgungen hat sich jedoch das Judentum durch die ihm innewohnende geistige Kraft durch die Jahrtausende erhalten, was die Achtung und Bewunderung der Welt hervorrufen sollte. „Daß das Judentum ohne Boden, ohne Nationalität, ohne weltliche Macht, ohne Rang und Bedeutung, ohne irdische Stütze von irgend einer Art, daß es unter Druck und Verfolgung und äußerer Schmach doch fortdauern konnte durch die Jahrhunderte, das ist jenes nach unserer Anschauungsweise natürliche, nach der entgegengesetzten allerdings unauflöslich rätselhafte Wunder, durch welches sich das Judentum eben als ein geistiges Dasein bewährt hat und als solches Achtung fordern darf. Die Kraft und der Stab Judas sind gebrochen seit Jahrtausenden; aber sein religiöses Denken und Empfinden hat sich als ein unvergängliches bewährt. Die Krone Davids ist ohne Rettung in den Staub getreten; aber die begeisterten Saiten der Harfe Davids tönen durch die Jahrhunderte. Gottvertrauen und Liebe und Mut in Gefahren und treue Hingebung in den Gemütern weckend und erhaltend."

Dieses Bewußtsein von den lebendigen geistigen Kräften des Judentums und die aus seiner sittlichen Weltauffassung erwachsende Überzeugung, daß Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit auf die Dauer im Rechtsstaat nicht unterdrückt werden können, erfüllten Riesser zeit seines Lebens mit der unerschütterlichen Zuversicht auf den endlichen Triumph der von ihm vertretenen guten Sache, wenn er auch den begreiflichen Wunsch hegte, diesen Triumph nicht einer zu fernen Zukunft vorbehalten zu sehen. „Die Freiheit und das Recht werden siegen, das wissen wir wohl; aber sie sollen jetzt siegen, ihre Gegner sollen jetzt in der Schmach der Lüge vergehen vor der Sonne der Menschheit. Wir und die wir lieben und alle, die die Freiheit lieben, sollen sie erleben und genießen! Ein Augenblick des Sieges früher ist tausend bessere Leben als die unsern wert." Das kraft-

volle Eintreten Rieſſers für ſeine Glaubensgenoſſen in den verſchiedenen Ländern Deutſchlands läßt es erklärlich erſcheinen, daß auch die Verhältniſſe der Juden in Hamburg ſeinen Geiſt aufs lebhafteſte beſchäftigten und ihn veranlaßten zu ihrer Verbeſſerung zu tun, was nach Lage der Dinge möglich war, denn hier hatte ſich die Idee vom chriſtlichen Obrigkeitsſtaat mit engherzigſtem reichsſtädtiſchen Kaſtengeiſt und zünftleriſchem Brotneid zu einer Geſetzgebung verbunden, die an Rückſtändigkeit und Unduldſamkeit ihresgleichen nicht in ganz Deutſchland hatte. Noch bis 1849 konnten die Juden keiner Zunft angehören und auf eigene Verantwortung weder ein Kleidungsſtück noch ein Paar Stiefel anfertigen, wenn ſie ſich nicht einer ärgerlichen Strafe ausſetzen wollten. Zum Kleinhandel wurden ſie nur unter gewiſſen Einſchränkungen zugelaſſen und von den Zuſammenkünften der Großhändler waren ſie ganz ausgeſchloſſen. Natürlich durften ſie auch nur in gewiſſen Straßen wohnen und keinerlei öffentliche Stellungen bekleiden. 1819 und 1830 hatte wohl der Senat den Verſuch gemacht, ihre drückende Lage zu verbeſſern, aber allzuſchnell wieder davon abgelaſſen, als der Pöbel durch Straßenunruhen ſein Mißfallen darüber zum Ausdruck brachte. Um die Bewegung zur Verbeſſerung der dortigen Zuſtände in Fluß zu bringen, gründete Rieſſer Ende 1833 ein Komitee und richtete in deſſen Auftrag im folgenden Jahre an den Senat eine

„Denkſchrift über die bürgerlichen Verhältniſſe der Hamburgiſchen Israeliten zur Unterſtützung der von denſelben an Einen hochedlen und hochweiſen Rat übergebenen Supplik."

Zu einer ſchnellen Entſcheidung ließ es der umſtändliche Geſchäftsgang des Senats nicht kommen, die Verzögerung gab jedoch den Gegnern der Reform willkommene Gelegenheit ſie zu hintertreiben. Der Anſtoß ging von dem Beſitzer

der Alsterhalle aus, der seine jüdischen Gäste in der gemeinsten Weise behandelte und durch Schikanen jeder Art, wie außerordentliche Extrapreise, zu vertreiben suchte. So kam es alle Abende zu unliebsamen Auftritten und im Anschluß daran zu Straßenaufläufen, wobei man den Juden die Fenster einwarf und anderen Unfug verübte. Die Polizei bewahrte den christlichen Ruhestörern gegenüber wohlwollende Neutralität, griff sie aber einmal zu, so behielt sie mindestens ebensoviel Juden wie Christen in den Händen, worauf sie um des lieben Friedens willen die streitenden Inkulpanten so fürsorglich trennte, daß sie die christlichen Lärmmacher in das angenehme bürgerliche Gefängnis, die Juden aber in das allgemeine Detentionshaus steckte. Riesser hatte sich ebenfalls in die Alsterhalle begeben und war ebenfalls beleidigt worden, wenn auch niemand gewagt hatte, sich persönlich an ihm zu vergreifen. Er bemühte sich den Wirt auf gerichtlichem Wege zur Rechenschaft zu ziehen, hatte aber damit vor dem befangenen Richter keinen Erfolg. Was ihn aber noch mehr kränkte, war der Umstand, daß hinter dem Pöbel einflußreiche bürgerliche Drahtzieher standen, die durch ihre Machenschaften die judenfreundliche Reform verhindern wollten, wodurch Riesser der Aufenthalt in seiner Vaterstadt so verleidet wurde, daß allmählich der Vorsatz in ihm reifte, ihr für immer den Rücken zu kehren. Freilich trug er Bedenken, seine siebzigjährige Mutter in einen fremden Boden zu verpflanzen und die verwandtschaftlichen Beziehungen, die ihn und seine Geschwister an die Heimat fesselten, durch Übersiedlung in eine ferne Stadt allmählich zu lockern. Da aber seine nächsten Angehörigen diese seine Gegengründe nicht gelten ließen, wurde beschlossen, im Frühjahr 1836 in die neue Heimat überzusiedeln. Die Wahl war auf Bockenheim bei Frankfurt gefallen, weil Riesser hoffte, dort in Kurhessen ohne die Schranken mittelalterlicher Vorurteile sich betätigen zu können und im nahen

Frankfurt, wo ihm Verwandte und Freunde lebten, angenehmen gesellschaftlichen Verkehr zu finden. Mit dem scheidenden Winter wurden die Vorbereitungen zur Übersiedlung getroffen, worauf die Abreise, nachdem die Hamburger Freunde ihm noch ein Festmahl veranstaltet und ein Ehrengeschenk überreicht hatten, am 28. April 1836 erfolgte. Er verließ die Heimat, wie er an seine Freundinnen Hoffmeister schrieb, nicht im Gefühl aufgeregter Bitterkeit, sondern in der Überzeugung von dem, was unter den gegebenen Umständen zu tun recht und zweckmäßig sei, da er glaubte, im Augenblick gerade dieses Beispiel geben zu müssen und mit der Beruhigung, daß sich auch in betreff der Juden unter den gebildeteren Ständen wenigstens eine etwas honettere Stimmung, eine Art von Reaktion gegen die neuesten Erbärmlichkeiten gezeigt habe. Die Trennung von der Vaterstadt und lieben Verwandten und Freunden wurde ihm gewiß nicht leicht, aber stets gewohnt mit seiner Person auch für seine Überzeugung einzutreten, brachte er der Sache, die ihm so sehr am Herzen lag, auch dieses Opfer. Aber allzuschmerzlich empfand er es und die übrigen ihm von einer voreingenommenen Staatsleitung zugemuteten Entbehrungen wohl nicht, wenn er sie mit der hohen Aufgabe verglich, der er sich für seine Glaubensgenossen und die Glaubensfreiheit verpflichtet fühlte. „In der Tat," sagte er bei dem ihm gegebenen Abschiedsmahl in Beantwortung eines ihm gewidmeten Trinkspruchs, „ich bin der guten Sache der Gewissensfreiheit bisher weit mehr schuldig als sie mir und es muß noch viel geschehen, bis diese Rechnung zwischen uns ausgeglichen ist. Möge mein glückliches Los, mein heiteres, blumenbekränztes Märtyrertum manchem eine Lehre sein, daß man auch ohne Schaden für das eigene Wohlsein auf manches äußere Gut, welches der herrschende Glaube sich vorbehalten hat, verzichten kann und höhere Güter in dem Kampfe für eine heilige Sache gewinnen."

Weitere Kämpfe und kurhessische Zukunftspläne.

In Bockenheim fand Riesser alles, wie er es erwartet hatte: eine freundliche Gegend, eine angenehme Wohnung, die vollkommenste Zufriedenheit der Seinigen, in der Entfernung einer Viertelstunde eine große Anzahl wohlgesinnter Leute, die alles taten, ihm den Aufenthalt in der Gegend angenehm zu machen, hinlänglichen geistigen Verkehr und dabei den ganzen Vormittag und die ersten Nachmittagsstunden die ungestörteste Muße zum Arbeiten. Das alles versetzte ihn in die freudigste Stimmung, von der er seinen Freundinnen wiederholt Mitteilung machte. Wenn er an seinem aus Hamburg mitgebrachten Schreibtisch saß und seinen Blick auf das ferne Taunusgebirge schweifen ließ, war er glücklich und sah der Zukunft frohgemut entgegen. Sein Lebensweg, der sich bis jetzt in eine ungewisse, wenig aussichtsreiche Zukunft zu verlieren schien, lag nun geradlinig vor seinen Augen und verhieß ihm endlich das so lange schmerzlich gesuchte Ziel in erreichbarer Nähe, denn Kurhessen war das einzige deutsche Land, wo sich ihm manche Lebensmöglichkeiten boten, ohne daß er seinen Glauben wechseln mußte. Zunächst beschäftigte er sich mit einer ihm vom Vorstand der Frankfurter Judengemeinde übertragenen Arbeit, die die Auslegung eines sehr wichtigen Punktes des Judengesetzes von 1824 betraf. Die Art der Arbeit sagte ihm sehr zu, denn er bekam Material und Vorarbeiten bequem zurecht gelegt und brauchte nur zu schreiben, was ja, wie er in liebenswürdiger Selbstironie von sich sagte, eigentlich auf der Welt das Einzige war, was er konnte. Weniger befriedigte ihn eine Arbeit, die er im Frühjahr 1837 auf Ersuchen der badischen Juden übernommen hatte. Es war eine Vorstellung an die Stände-

versammlung, deren Absendung er jedoch widerriet, da sie zu schneidend und abstrakt ausgefallen war. „Ich sehe," schreibt er an Frau Doktor Haller, „daß es nicht möglich ist, einem Gegenstand, den man so vielfach behandelt hat, noch etwas Neues abzugewinnen, wenn man nicht die in ihren Erfindungen unerschöpfliche Lebhaftigkeit des Gefühls Leidenschaft, wenn sie wollen — zu Hilfe ruft oder in die feinsten Zerlegungen der Begriffe und Verhältnisse eingeht. Da nun beides nicht für Schriften paßt, die einen offiziellen Charakter haben, so fand sich mein Gedankenschiff bald auf dem Trocknen." Er war auch „des ewigen Streitens" müde und hätte gerne seine lange unterbrochene Tätigkeit an einem Punkte wieder begonnen, der außerhalb des Gebiets der Polemik liegt. Trotzdem konnte er die Waffe gegen Unduldsamkeit und Judenhaß noch nicht aus der Hand legen. Diesmal mußte er sie wider einen Gegner kehren, der als Berichterstatter in der Holsteinschen Ständeversammlung die von der Regierung angeregte Verbesserung des bürgerlichen Loses der Israeliten zu hintertreiben suchte und dazu Riesser durch ein falsches Zitat aus seinen Schriften als Kronzeugen mißbrauchen wollte. Vorher schon hatte er sich gegen die Ausführungen eines anonymen Verfassers in einer Frankfurter Zeitschrift gewandt und dabei über das Verhältnis des Christentums zu Staat und Gesetzgebung erklärt: „Was von christlichen Ideen und Elementen in die Gesetzgebung unserer Zeit wie in deren Zivilisation überhaupt übergegangen ist, das wird und muß ihr Bestandteil bleiben trotz aller Emanzipation und allem Fortschrittsgang und gar abgesehen von jedem christlichen und die Sache bloß aus dem humanen liberalen Standpunkt betrachtet, würde das Ausscheiden christlicher Elemente aus der Gesetzgebung, wenn überhaupt eine solche chemisch-legislative Analyse einem andern als einem Tollen in den Kopf kommen könnte, ein Akt der Barbarei, ein Rückschritt von 2 Jahrtausenden sein."

Alle diese Arbeiten schrieb Riesser unter dem Zwang widriger Verhältnisse, die ihn zu einer Tätigkeit in polemischer Richtung zwangen, die seinem Charakter ganz und gar nicht entsprach; denn dieser war, wie er selbst von sich sagte, dem Streiten abhold und dem Frieden geneigt. Darum bedurfte er von außen auch stets der „stärksten, lebendigen Impulse," um etwas zu schaffen und daran ließen es die Judenfeinde in den verschiedenen Lagern gewiß nicht fehlen. So oft aber von dieser Seite ein Vorstoß erfolgte, fühlte er sich „in einer Art von Notstand," in dem er sich zur Wehr setzen und tun mußte, was sein beleidigtes Rechtsgefühl und seine Liebe zu seinen unterdrückten Glaubensgenossen ihn zu tun hießen. Wie eine Erlösung von verantwortungsvollem Zwang empfand er es darum, als er nach Vollendung der letztgenannten Streitschriften sich mit einer Arbeit beschäftigen konnte, die ganz in sein Belieben gestellt war und die darum nach seiner Meinung mehr in das Gebiet der „Luxus-Schriftstellerei" gehörte. Um zur Errichtung des Lessing-Denkmals von Rietschel in Braunschweig auch seinerseits einen Baustein zu liefern, schrieb er die kleine, treffliche Schrift

„Einige Worte über Lessings Denkmal an die Israeliten Deutschlands gerichtet,"

deren Ertrag zur Beisteuer für das Denkmal bestimmt war. Auch in dieser Schrift zeigt sich, wie tief Riesser das Bedürfnis religiöser und bürgerlicher Gleichberechtigung empfand und wie nahe ihm die Zurücksetzung und Geringschätzung seiner Religionsgenossen ging, denn so erhaben ihm Lessing auch als Dichter erschien, zu dessen Würdigung er Worte des tiefsten Verständnisses und voll poetischer Schönheit fand, so betrachtete er ihn doch vor allem als Vorkämpfer der religiösen Freiheit, für die der Dichter des „Nathan" mehrere Jahre heiß und gewaltig gestritten. „Lessing," schreibt er, „bedeutet uns Menschenbildung, Menschenliebe,

Aufklärung, Gewissensfreiheit, Kampf gegen Unduldsamkeit, Religionshaß, Geistesdruck. .... Dem Streiter für Licht und Freiheit gegen Finsternis und Knechtschaft, für Duldung und Menschenrecht gegen Glaubenshaß und Unterdrückung sind die vor allen anderen zum Danke verpflichtet, die am härtesten gelitten unter dem Joche des Unrechts, die der Last des gehässigen Vorurteils am längsten und am schmerzlichsten erlagen. ... Zu einer Zeit, wo die Unterdrückung in der politischen Sphäre noch allgewaltig, wo noch kein Ring der tausendjährigen Fessel gelöst, wo noch kein dürftiger Strahl besserer Einsicht in das finstere Vorurteil der Massen gedrungen war, da fanden Duldung, Menschenliebe, Versöhnung der Religionen ein herrliches Asyl in dem Zauberreiche der Lessingschen Muse. Es war kein eitles Bild, das hier dem müßigen Ergötzen aufgestellt wurde; es war ihre Zukunft, ihr Ziel, ihr Ideal, das der Menschheit in dem Zauberspiegel der Dichtung vor die Augen geführt wurde. ... Jedes höhere Streben der Menschheit hat in dem Wirken Lessings seine Stelle gefunden; was er für Freiheit getan, finde den ersten Platz in unserer Anerkennung. Vor allem ist es die Freiheit der Überzeugung in Sachen des Glaubens, für die er mehrere Jahre lang am heißesten, am gewaltigsten gestritten. Die Ansicht, daß das ernste, aufrichtige Ringen, der heilige Trieb nach Wahrheit mehr noch als die gefundenen Wahrheiten selbst den Wert des Menschen bestimme, bildet den Mittelpunkt von Lessings geistigem Leben und ist zumal die Seele seiner theologischen Forschungen und Kämpfe. Daß jenes Streben nach Wahrheit ein ungetrübtes und unverfälschtes sei, unberührt durch äußeren, unheiligen Zwang, unbestochen durch unlautere Rücksicht, daß die Wahrheit nicht entweiht werde durch unwürdige, angeblich ihrem Dienst geweihte Mittel, welche die Gewissen verführen, statt sie zu belehren, verfälschen statt sie zu überzeugen, das war

das Ziel von Lessings Bemühungen auf diesem Gebiete. . . . Was er aber bei seiner mächtigen theologischen Polemik hauptsächlich im Auge hatte, war die Behauptung des Rechtes der freien Erörterung; was ihn mehr als alles andere beseelte, war der Wunsch, jeder Meinung die volle Freiheit der Äußerung, jedem Streben nach Erkenntnis ungehemmte Wirksamkeit und zugleich jeder aufrichtigen Überzeugung die ihrem moralischen Werte gebührende Achtung zu verschaffen. . . . Dieses Streben ist nicht einer bestimmten religiösen Meinung gewidmet, noch weniger ist es gegen eine solche gerichtet; es gilt vielmehr der Lauterkeit aller und jeder religiösen Gesinnung und Überzeugung; es will nur die Lüge und die Heuchelei, die Selbstsucht und alle schmutzigen Leidenschaften abgehalten wissen von dem Dienste der heiligsten Wahrheit. Die an ein religiöses Moment geknüpfte bürgerliche Zurücksetzung und Unterdrückung verdächtigt und befleckt den herrschenden Glauben nicht minder als sie den unterdrückten quält; die Ehre des einen ist nicht minder als die bürgerliche Wohlfahrt der Bekenner des anderen dabei beteiligt, daß die Religion befreit werde von dem Bündnis mit der Gewalt und dem Unrecht, gereinigt von der unlauteren Berührung mit der auf irdische Zwecke gerichteten Heuchelei und Lüge. Daß der Streit um religiöse Wahrheit fortan mit redlichen Waffen geführt, daß die Menschheit zuvörderst der Erkenntnis der Wahrheit würdig werde, indem sie es verschmäht, sich ihrer länger als Vorwand zur Erreichung niedriger Zwecke zu bedienen, das ist das Ziel und die Bedeutung des Ringens nach Gewissensfreiheit. . . . Aber nicht minder als das rechtliche ist es das sittliche, das humane Verhältnis zwischen den Bekennern verschiedener Religionen, welches in unseren Tagen ein besseres, reineres, der Menschheit würdigeres werden soll. Wie dieser Sieg zu gewinnen, auch dafür bedürfen wir eines Vorbildes. Wo aber fänden wir ein solches Vor-

bild reiner und erhabener als in der Freundschaft Lessings und Mendelssohns? Im Gebiete der Spekulation, da war Lessing nicht Christ, war Mendelssohn nicht Jude, aber im Leben blieb einer wie der andere der ihm angewiesenen Stellung treu; da strebte jeder redlich die Keime des Guten, die in dem angeerbten Glauben lagen, zu pflegen und zu entwickeln, den Übelständen, die sich jedem überlieferten Glauben anzusetzen pflegen, kräftig entgegenzuwirken. Jeder freute sich an der heilbringenden Wirksamkeit des andern auf dem ihm zugeteilten Boden. So streng jeder von ihnen im vertrauten Briefwechsel über die philosophischen Untersuchungen des Freundes richtete, so wenig warf sich einer zum Richter über den Glauben des andern auf, so wenig wollte einer dem andern den seinigen entziehen. . . . Jeder möge dem Geiste eines Lessing, eines Mendelssohn nacheifernd in seinem Kreise mit aller Macht der Überzeugung Vorurteile bestreiten, den befangenen Sinn hellerer Einsicht öffnen; aber jeder sei auch in demselben Geiste bereit, „jede Religionsmeinung, und sei er noch so weit entfernt sie zu teilen, gegen das Gift des Hasses wie gegen die Bande bürgerlichen Druckes in Schutz zu nehmen. . . . . In einer Eigenschaft müssen wir Lessing nochmals als hohes, lehrreiches Muster ins Auge fassen, in seiner Eigenschaft als Dichter. Wenn eine seiner frühesten dramatischen Jugendarbeiten eine Satyre auf den Judenhaß ist, die an Bitterkeit seitdem nicht übertroffen worden; wenn jenes vollendete poetische Werk seiner letzten Lebensjahre die Lehre der Duldung, dem Fanatismus und Religionshaß als ihrer dunklen Folie entgegengestellt, zum Mittelpunkte hat, so muß uns der Einklang innig erfreuen, den wir hier zwischen der ästhetischen und der humanen Richtung, zwischen der Liebe zum Schönen und der Liebe zu der leidenden Menschheit, zwischen dem Genius der Dichtkunst und dem Genius der Menschenliebe wahrnehmen. So natürlich dieser Ein-

klang, so hoch lernen wir ihn schätzen, wenn wir ihn in späteren poetischen Schöpfungen anderer schmerzlich vermissen und fast absichtlich vermieden sehen. Es hat nämlich lange Zeit eine Ästhetik geherrscht, die das Schöne nur in der stolz aufgerichteten Gestalt des Siegers zu erkennen wußte, nicht auch in der mutig ringenden Gestalt des Unterliegenden. . . . Mehr aber hat wohl kein Streben unter dieser Verirrung gelitten als das der Juden um Menschenrecht und Menschenliebe, um Gerechtigkeit in Tat und Gesinnung. . . . Jeder mutige, ausdauernde Kampf ist des Liedes wert, nicht der Riesenkampf gleichwertiger Kräfte allein sondern auch der machtlose Widerstand gegen übermächtiges Unrecht. . . . Weil das Judentum am längsten und am härtesten gelitten unter Druck und Haß und unter Verfolgung, darum wählte die Muse Lessings es zum Eckstein an dem poetischen Tempel der Versöhnung und der Menschenliebe. Der Dichter läßt seinen Juden am wenigsten, seinen Christen am meisten durch eigenes Vorurteil befangen sein; er läßt in jenem vom Anfang der Dichtung an jene Gesinnung reiner Menschlichkeit leuchten, zu welcher der letztere erst nach manchen Irrungen und inneren Kämpfen gelangt. Wir wollen diese Schöpfung eines ebenso tief menschlichen wie poetischen Gemüts weder zu Anklagen noch vollends zu eitler Selbsterhebung benützen; wir wollen vielmehr in beiden Charakteren, in dem, der vollendet vor uns auftritt wie in dem, der vor unseren Augen der Vollendung entgegenstrebt, auf gleiche Weise nur beschämende Bilder unerreichter Ideale erblicken, die der Dichter den verschiedenen Religionsparteien hat vorhalten wollen." Aber eine tiefere Bedeutung als bloße Laune oder willkürliche Vorliebe sieht Riesser in dem von Lessing dem Juden als Vertreter einer gedrückten Minderheit angewiesenen innigeren Verhältnis zur höchsten Idee der Humanität und dieses innigere Verhältnis bedeutet zugleich auch eine Verpflichtung für uns Juden.

„Wir müssen festhalten an dem Gedanken, daß wir, nicht im Interesse bestimmter Wahrheiten, sondern in dem der Wahrheit, d. h. des reinen Strebens nach ihr, einen fortwährenden Widerspruch erheben gegen die Fälschung der Wahrheit, gegen den Dienst der Lüge, die in dem Institut eines herrschenden Glaubens, in der Anknüpfung bürgerlicher Vorteile an ein Glaubensbekenntnis liegen. In diesem Sinne laben wir uns an dem Bilde des weisen Nathan; in diesem Sinne, glauben wir, hat des Dichters Gerechtigkeit dem Unterdrückten eine weltgeschichtliche Vergeltung zuerkennen wollen, indem er ihm eine vertrautere Beziehung zu der Idee der Humanität anwies. Das ist der einzige, teuer erkaufte, bevorzugte Anspruch, den wir erheben zu dürfen glauben; wir freuen uns, ihn uns durch Lessing eingeräumt zu sehen." Die Schrift, die nach Inhalt und Form mit zum Besten gehört, was Riesser geschrieben, weshalb wir sie in ihrem Hauptgedankengang dem Leser geboten haben, hatte vollen Erfolg. Sie fand reichen Beifall und brachte eine ansehnliche Summe als Zusteuer für das geplante Denkmal. Neben seinen schriftstellerischen Arbeiten widmete Riesser die ihm reichlich zu Gebote stehende Zeit selbstgewählter Tätigkeit. Vormittags und die ersten Stunden des Nachmittags weilte er in der Regel auf seinem Zimmer mit Privatstudien beschäftigt, die sich auf die verschiedenartigsten Wissensgebiete erstreckten. Er las theologische und geschichtliche Bücher und die wichtigsten Veröffentlichungen der deutschen und fremden zeitgenössischen Literatur, wobei er stets bemüht war, tiefer in die einzelnen Werke einzudringen und persönlich Stellung dazu zu nehmen. Gewissenhaft berichtet er darüber seiner vertrauten Freundin Frau Doktor Haller in Hamburg, indem er ihr seine Ansichten über Fabel und Durchführung, Charakterzeichnung und Darstellung in oft längeren Ausführungen auseinandersetzt, nicht ohne manchmal bei der klugen, urteilsicheren Korrespondentin auf Widerspruch zu

stoßen. Der geistigen Verfassung Riessers kam diese Art sich auszusprechen sehr entgegen, da ihm, wie er ihr schreibt, „nichts lieber ist, als auf einen vorgeschriebenen Gedankengang einzugehen, weil eben das Entwickeln und Erörtern mehr meine Sache ist als das Schaffen und ich alles Erfindungsvermögens bar ohne einen gegebenen Stoff leicht in den Fall komme, daß mir nichts einfällt."

Reiche Abwechslung und Anregung bot ihm auch der Verkehr mit Männern in den verschiedensten Lebensstellungen und mit den verschiedenartigsten geistigen Interessen. Mit seinem jungen Freund Theodor Creizenach las er den Tacitus und gemeinsam mit dem Maler Oppenheim nahm er unter Anleitung eines tüchtigen Fachmannes das seit Jahren ruhende Studium des Hebräischen wieder auf. Er begann mit dem Lesen der Bibel, wobei ihm die einzelnen grammatischen Kenntnisse praktisch vermittelt wurden. „Ich hoffe," schrieb er, „etwas recht jugendlich Erfrischendes in diesen verschiedenen Lernzweigen zu finden." Wenn er auch in Bockenheim weniger gesellschaftlichen Verkehr als in Hamburg pflegte und namentlich die Abende meist in seiner Familie verbrachte, kam er doch öfter zu seinen Frankfurter Freunden oder erhielt deren Besuch. In Frankfurt verkehrte er auch mit Gutzkow, in dessen Hause er u. a. Heinrich Laube kennen lernte. Auch auswärtige Freunde sprachen im gastlichen Riesserschen Hause öfter vor und wohnten manchmal auch eine zeitlang daselbst, so der viel beschäftigte, auch als Dichter geschätzte Arzt Dr. Steinheim mit Frau aus Altona, der berühmte Physiologe Prof. Valentin aus Breslau, der Anatom Prof. Gluge aus Belgien, der bedeutende Mathematiker Dr. Stern aus Göttingen u. a. Seine schriftstellerischen Arbeiten und Studien unterbrach Riesser, wie er dies ja schon seit seinen Jünglingsjahren getan und bis zu seinem Tode gehalten, auch in Bockenheim mindestens jährlich durch eine Erholungsreise. Im Mai 1838

besuchte er mit seiner Mutter seine älteste, in Fürth verheiratete Schwester und unternahm von da aus einen fünftägigen Ausflug durch Franken, wo er verschiedentlich rührende Beweise dankbarer Verehrung empfing und im Verkehr mit den natürlichen Landbewohnern und im Anblick der lieblichen Gegend Ablenkung von ärgerlichen Zeitereignissen und Erholung fand. In Bayreuth versehlte er zu seinem Bedauern Jean Pauls jüdischen Freund, den Kaufmann Emanuel Osmund, nach dem der Dichter seinen eigenen Sohn und den Weisen im Hesperus genannt hatte. Doch verbrachte Riesser in dessen Familie einen angenehmen Abend. Einige Wochen später wiederholte er seinen Besuch mit mehr Erfolg. Osmund zeigte ihm zahlreiche Briefe aus seiner vielseitigen Korrespondenz mit deutschen Dichtern, worüber Riesser berichtet: „Ich las manches Ansprechende an Briefen von Herder, Jean Paul, Knebel an Osmund gerichtet, die eine außerordentliche Wertschätzung vor dem Geiste sowohl wie vor dem Charakter des letzteren an den Tag legen, während ich jetzt in dem bei einer für sein hohes Alter — Osmund war damals 72 Jahre — seltenen Körperkraft überaus weichen Wesen des Mannes bei weitem mehr das Gemüt vorherrschend und ihn von dieser Seite äußerst liebenswürdig finde. Das Konvolut seines Briefwechsels mit Jean Paul, der durch mehr als 30 Jahre hindurchgeht, ist riesengroß; es ist erstaunlich, wie viel dieser als Schriftsteller so enorm tätige Mann an den einzigen Freund, mit dem er noch dazu an einem Orte lebte und nur durch häufige kleine Reisen von ihm getrennt war, geschrieben hat. Ich hätte nicht übel Lust, einmal eine Woche oder länger in Bayreuth zu verbringen, um diese Briefschätze recht zu genießen." Riesser blieb seitdem in Briefwechsel mit Osmund und als dieser 1842 starb, bedauerte er herzlich den Tod dieses „herrlichen, geist- und gemütvollen Greises," dessen Liebe er sich in den letzten Jahren er-

worben, in einem Briefe an Elise Hoffmeister*). Von Bayreuth aus begab sich Riesser nach Karlsbad, wo er in Gesellschaft von Dr. Haller und Frau angenehme Tage verlebte; auch seine Heidelberger Freunde besuchte er wieder auf dieser Reise. Nach Bockenheim zurückgekehrt, nahm er seine Bemühungen um Erlangung des kurhessischen Bürgerrechts wieder auf. Wir wissen, daß er sich wegen der Aussicht in Kurhessen leichter die Einbürgerung zu erlangen, gerade in Bockenheim niedergelassen hatte. Solange Hassenpflug Minister war, bestand wenig Aussicht auf Erfüllung seiner Hoffnung, weshalb er unter dessen Regierung nichts in der Sache tat. Nachdem er abgetreten, unternahm Riesser zwar die nötigen Schritte, doch führten sie zu keinem Erfolg; erst hörte er lange Zeit gar nichts, dann bekam er nur leere Vertröstungen, die ihn von Monat zu Monat hinhielten, und endlich, nach 1½ Jahren, erhielt er ohne Angabe von Gründen ablehnenden Bescheid. Wieder einmal stand er vor den Trümmern seiner Zukunftshoffnungen. Der Mißerfolg berührte ihn umso schmerzlicher, als seine bejahrte Mutter dieser Aussicht wegen ihr gewohntes Heim verlassen und sein Schwager Dr. Lewes in der Hoffnung, mit ihm in der neuen Heimat Bürgerrecht und ärztlichen Wirkungskreis zu finden, nach Kurhessen übergesiedelt war. Auf den Rat des ihm befreundeten Dr. Buchholz ließ Riesser die Angelegenheit zunächst auf sich beruhen. Nach der ersten Enttäuschung tauchten die verschiedenartigsten Pläne in ihm auf. Er wollte nach England auswandern und sich daselbst durch literarische Arbeiten den Lebensunterhalt erwerben, wenn ihm auch die Aussicht Deutschland verlassen zu müssen, sehr schmerzlich erschien. „Aber," klagt er in begreiflicher

*) „Aus Jean Pauls Leben", angefangen von ihm selbst, fortgesetzt von E. Förster. Berlin 1849. Ferner „Denkwürdigkeiten aus dem Leben von Jean Paul Friedrich Richter". München 1863.

Ratlosigkeit seiner Freundin, „es gibt nur ein Ding in der Welt, das ich einigermaßen verstehe, nämlich deutsch zu schreiben und damit ist außerhalb Deutschlands ja nichts anzufangen. Und doch bin ich es herzlich müde, mich an den künstlichen Hindernissen, die ich in Deutschland auf allen meinen Wegen treffe, vergeblich abzumühen, daß mich ordentlich verlangt, einmal bis zum Kampfe mit natürlichen Schwierigkeiten, wenn diese auch am Ende meine Kräfte übersteigen sollten, durchzudringen." Kurze Zeit gaukelte ihm sein sehnendes Herz auch wieder die Möglichkeit vor, sich als Dozent in Heidelberg niederzulassen, aber da er seine Mutter nicht verlassen und einen neuen Wohnungswechsel ihr nicht zumuten wollte, wurde dieser Plan wieder fallen gelassen. So beschloß er denn in Bockenheim zu bleiben und die Entwicklung der Angelegenheit ruhig abzuwarten. Allmählich kam wieder Ruhe über ihn; er zog sich in Resignation zurück, die für ihn nicht Entmutigung bedeutete, sondern eine Quelle des Trostes und der Beruhigung war. „Ich mache in solchen Fällen," schreibt er an Frau Dr. Haller, „gern die kurze Rechnung dessen, was mir übrig bleibt, wenn so ziemlich alles mißlänge, was mißlingen kann; die einzige Rechnung, die man nicht ohne den Wirt machen kann, weil man selber der Wirt ist. Ich sehe mein Leben dann gleichsam in dem Lichte der heiteren Winterlandschaft, die sich gerade an jenem Tage von meinen Fenstern aus meinen Blicken darbot: alles Schmuckes beraubt, entlaubt und blütenlos, kalt mit Schnee bedeckt, nur den blauen Himmel und die Sonne über ihrem Haupt, aber doch immer schön! Ich versichere Sie, daß mehr Erheiterndes als Betrübendes für mich in solchen Betrachtungen liegt." Nach einiger Zeit nahm er die ganze Angelegenheit jedoch so wenig persönlich, so ganz sachlich und leidenschaftslos, daß er schreiben konnte: „Es ist eine eigene Sache mit solchen Interessen, die keine rechte egoistische und doch auch wieder

keine rein moralische Interessen sind; denn der guten Sache ist doch am Ende nichts darangelegen, ob ich für meine Person hessischer Bürger bin oder nicht. Wir können solche Interessen nicht mit der Zähheit des Egoismus und auch nicht mit der Beharrlichkeit, auf welche eine sittliche Idee Anspruch hat, verfolgen und werden ihrer leicht überdrüssig, wenn sie uns allzusauer gemacht werden." Da er aber nun einmal in Bockenheim bleiben wollte, entschloß er sich doch wieder in den nächsten Monaten „die äußersten Anstrengungen zu machen, um zu jenem Ziele zu gelangen." Zunächst mußte er allerdings durch eine Arbeit, in die er sich ganz versenken konnte, die verstimmenden Eindrücke wieder aus der Seele tilgen und Geist und Gemüt aus dem Zwang der erlittenen Demütigung befreien. „Was mir für den Augenblick am meisten not tut, ist eine geistige Anregung," schrieb er einige Zeit darauf, „die mich über die tief verstimmenden Wirkungen äußerer Einflüsse erhebe; eine solche kann ich nur in einer Arbeit finden, die, wie es bei den meisten meiner früheren der Fall war, neben den Verstandeskräften auch alle Tiefen des Gemütes aufregt und in Anspruch nimmt. Ich habe seit meiner Rückkehr eine größere Arbeit auf Angelegenheiten der Juden bezüglich, die mich wenigstens ein halbes Jahr beschäftigen wird, begonnen; bisher hat die Arbeit meiner Stimmung nicht Meister werden können, ist vielmehr von dieser verdrängt worden und wenig von der Stelle gekommen. Doch hoffe ich, es soll damit besser werden und ich werde in jener Arbeit das geistig erregende Heilmittel, dessen ich bedarf, finden!" Es war sein Werk „Jüdische Briefe," auf das er diese Hoffnung setzte und das ihn im Geiste schon lange vorher beschäftigt, da es ziemlich umfangreiche Vorstudien nötig gemacht hatte. Er wollte darin die Vorwürfe, die einige judenfeindliche Schriftsteller den Juden wegen ihres angeblich unheilvollen Einflusses auf Religion und Kunst,

Staat und Gesellschaft gemacht hatten, zurückweisen und mit den Hauptgegnern gründlich abrechnen. Es gehörte nämlich zur perfiden Kampfweise dieser literarischen Ehrabschneider, Schriftsteller, die niemals Beziehung zum Judentum hatten wie Laube, Gutzkow u. a. oder solche, die schon lange zum Christentum übergetreten waren wie Heine und Börne, wegen ihres mutigen Eintretens für politischen und geistigen Fortschritt als Juden zu verdächtigen und das Judentum für sie verantwortlich zu machen. Wolfgang Menzel, damals Großinquisitor der deutschen Kritik, hatte sie in seiner Literaturgeschichte eine „Brut gemeiner Judenjungen genannt, die alles, was dem Christen und Deutschen heilig ist, mit offenem Hohn beschmutzen." Auf seine Denunziation hin hatte der Bundestag 1835 gegen jene ganze Richtung „das junge Deutschland" genannt, seinen Bann geschleudert, indem er ihre Schriften ein für allemal verbot, weil sie in belletristischen, für alle Klassen von Lesern zugänglichen Schriften die christliche Religion auf frechste Weise angreife, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabwürdige und alle Zucht und Sittlichkeit zerstöre. Man sieht, es waren schwere Vorwürfe, die gegen jene Männer gerichtet wurden, und Menzel, der sich zu ihrem Sprachrohr gemacht, mußte also als Hauptfeind gelten. Er hatte sich zwar, wie Riesser an die Doktorin Haller schrieb, „der Emanzipation ein paarmal ordentlich mit einem Anstrich von Wärme angenommen" und dabei auch Riessers schmeichelhaft gedacht, aber dieser wollte doch einem Lobe zulieb nicht Wahrheit und Ehre zum Opfer bringen, zumal Menzel „den Judenhaß durch ein neues, bis dahin unerhörtes Element, durch den Vorwurf der Unsittlichkeit bereichert und so mit einem neuen Gifte ausgerüstet hatte, dessen sich bereits andere mit Begierde bedienten." Aber es war auch von anderer Seite so viel Unerquickliches in dieser Angelegenheit veröffentlicht worden, daß Riesser gar nicht wußte,

wohin er sich zuerst wenden sollte und, wie er scherzhaft bemerkte, lange gleich dem Esel der Fabel zwischen den Heubündeln schwankte. Bald darauf erschien jedoch in einer angesehenen Zeitschrift ein judenfeindlicher Artikel von Gustav Pfizer über Heine, „der an raffinierter Tücke und kecker Lüge," wie er an Frau Dr. Haller berichtet, „alles übertrifft und das will viel sagen, was noch in dieser Beziehung zu tage gefördert worden ist. Zudem ist eine höchst lebhafte und verletzende Äußerung über die Verteidigung der Emanzipation darin, die, so wenig sie mich auch trifft, doch ebenso gut auf mich wie auf irgend einen andern bezogen werden kann. Kurz, es kommen viele Gründe zusammen, die mir nicht gestatten, das so hingehen zu lassen. Freilich ist die Sache schon ein wenig lange her, aber es ist am Ende nur ein einzelnes, besonders hervorstechendes Glied einer langen Kette älterer und neuerer, täglich wiederkehrender Verleumdungen und es ist ziemlich gleichgültig, an welchem Punkte man die Kette faßt; die anderen kommen beiläufig auch daran. Wahrscheinlich lasse ich bald in dieser Richtung etwas drucken, worauf vielleicht manches über verwandte Angelegenheiten folgt; ich weiß aber noch nicht recht, in welcher Art und Form. Ich werde zu dieser Tätigkeit weit mehr durch Pflichtgefühl und dringende Mahnungen Gleichgesinnter als durch schriftstellerische Lust getrieben, die bei mir überhaupt nicht stark ist." So entstanden seine „Jüdischen Briefe. Zur Abwehr und zur Verständigung," in denen er die Angriffe auf die Ehre der Juden mit Geist, Sachkenntnis und Überzeugungstreue zurückweist. In immer neuen Wendungen betont er die Pflicht, sich gegen die unberechtigten Anschuldigungen des Judentums und seiner Bekenner zur Wehr zu setzen, „auch wenn für die Sache des Rechts nichts zu gewinnen ist". „Heilig wie das graue Haupt des Vaters," heißt es im 2. Brief, „teuer wie das Leben des Kindes, unverletzlich wie die Ehre

der Tochter ist jedem fühlenden Menschen die Würde seines Glaubens, die Ehre seiner religiösen Genossenschaft. Tausendmal wird er sich selbst durch die schärfsten Pfeile seiner Gegner getroffen fühlen, als jene durch die Geschosse eines Hasses, den er auf sich geladen, verwundet sehen." Und im gleichen Sinne schreibt er im 3. Briefe: „Fort mit aller bürgerlichen Gleichstellung, wenn sie durch das kleinste Opfer der Ehre erkauft werden soll! Die Ehre ist der Geist und die Seele des Rechts; der Kampf um das gleiche Recht ist in seinem Wesen nichts anderes als der Kampf um die gleiche äußere Anerkennung der unverletzlich gleichen inneren Ehre. Wer Recht um Ehre eintauschte, würde den Inhalt um die Form, den Kern um die Schale hingeben." Und wie wir unsere bürgerliche Gleichstellung nicht dadurch erwerben dürfen, daß wir auch nur die leiseste Trübung unserer Ehre gestatten, so kann die Vorenthaltung der uns zustehenden Rechte auch nicht unsere innere Ehre und Selbstachtung beeinträchtigen. „Wer da glaubt, daß das bürgerliche Unrecht, das uns zugefügt wird, unser Selbstgefühl niederbeugen, unsere innere Ehre kränken könnte, der irrt vollkommen; solches vermag keine rohe Übermacht; nur die eigene Schuld und die eigene Niedrigkeit würde es vermögen." Riesser läßt auch keinen Zweifel, worin er diese eigene Schuld und Niedrigkeit erblickt, denn wie in allen seinen Schriften wendet er sich auch hier mit aller Schärfe seines Urteils und aller Empörung seines sittlichen Empfindens gegen einen Glaubenswechsel ohne innere Überzeugung, lediglich aus äußeren Gründen. „Unsere Streiche sind allein gegen Lüge und Verleumdung gerichtet, welche die Würde der Religion antasten, gegen die Gemeinheit, welche den Glauben zum Träger bürgerlicher Vorteile und Vorrechte mißbraucht, welche, indem sie den Eigennutz zu Glaubensbekenntnissen lockt, an dem Grunde aller religiösen und aller sittlichen Gesinnung wühlt und Leichtsinn und Ge-

wissenlosigkeit fördert." Der Siegeskranz wahrer Gleichberechtigung läßt sich nicht durch Lüge und feige Fahnenflucht erschleichen, sondern nur durch offenen, mannhaften Kampf gegen ihre Widersacher erstreiten. Freier, rüstiger Kampf gegen eine bestimmte Unbill der Tat oder der Gesinnung aber heilt und beruhigt, statt das Gemüt zu erbittern. „Was das Mark des Lebens vergällen und vergiften würde, das wäre ein verhaltener Grimm, der sich hervorzutreten scheute, eine Empfindlichkeit, die zu feig wäre, um die Schmach jämmerlicher Vorurteile auf die, die sie hegen, zurückzuwälzen und die den Gram darüber wie einen geheimen Wurm am Herzen nagen ließe. Die schlaffe Duldung des Unrechts und des Hasses tötet, der Widerstand belebt." Kräftig und wirkungsvoll sind denn auch die Schläge, die Riesser wider seine Gegner führt, deren verleumderische Angriffe er in ihrer ganzen Haltlosigkeit kennzeichnet und treffend zurückweist. Auf den Vorwurf, daß einzelne jüdische Schriftsteller sich in unziemlicher Polemik gegen das Christentum und seine Einrichtungen gefielen, entgegnet er: „Nicht ein einziger Jude, der die sittlichen und rechtlichen Interessen seiner Glaubensgenossen vertreten hat oder auch nur das mindeste Gefühl für dieselben hegte und an den Tag legte, ja kein einziger, der nicht vorher durch die Lossagung von der religiösen Gemeinschaft des Judentums die moralischen Forderungen seiner Stellung innerhalb desselben abgeschüttelt hätte, hat je ein Wort des Spottes über christliche Vorstellungen oder Gebräuche laut werden lassen."

Wie oft haben dagegen christliche Schriftsteller „gegen Scham und Sitte gesündigt, Heiliges verspottet und Edles gehöhnt! Man hat sie als Abtrünnige ihres hehren Glaubens gezüchtigt. Aber für einen hirnverrückten Lästerer würde man mit Recht den erklärt haben, der ihre Sünden dem Christentum, das sie geboren, hätte aufbürden, der diesen

Glauben damit hätte schmähen wollen, daß er jene Frevel und die Gesinnung, in der sie wurzeln, „christliche" nennte, daß er von „christlicher" Gemeinheit, „christlichem" Laster redete. Eben diese unerhörte Schändlichkeit läßt man sich aber fortwährend ohne allen Anlaß als der eigenen blinden Wut gegen das Judentum zu schulden kommen." Diese Art literarischer Kriegführung erinnere an die fabelhaften Überlieferungen finsterer Zeiten, da man die furchtbare Rachsucht nicht bloß mit dem Leben des Feindes sondern auch an dem seines Vaters, seiner Kinder stillte. Die „Jüdischen Briefe" enthalten jedoch nicht nur polemische Auseinandersetzungen sondern auch wertvolle literarische Ausführungen, so über Michael Beer, den Dichter des Paria und Struensee, und über Heine und Börne, die man heute noch mit Genuß liest. Die ganze Polemik aber bereitete Riesser wenig Genugtuung, da „der Streit von allen Seiten," wie er mitten im Lärm des Kampfes schrieb, „mit solchem Mangel an Humanität, an Aufrichtigkeit, an Ehrgefühl geführt worden, daß für das Verständnis eines redlichen Urteils wie für das Goutieren eines harmlosen Scherzes die Stimmung verloren gegangen zu sein scheint und daß man sich vor der Schande der Bundesgenossen mehr als vor der Rache der Gegner zu fürchten hat."

Die „Jüdischen Briefe" erschienen erst in den Jahren 1840–1842, da die Veröffentlichung des 2. Heftes durch äußere Umstände verzögert wurde. Leichter als seine auf Erwerbung des kurhessischen Bürgerrechts gerichteten Erwartungen schien sich die zweite große Hoffnung zu erfüllen, die Riesser seit seiner Übersiedlung nach Bockenheim genährt hatte. Durch Vermittlung des Anwalts Dr. Buchholz in Lübeck, des Schwiegervaters seines Freundes, des Oberappellationsgerichtsrats Oppenheimer, hatte er Aussicht, für den kurhessischen Staatsschatz die Führung einiger Prozesse übertragen zu erhalten. Er schrieb zunächst im 1. Jahr seines Bocken-

heimer Aufenthalts über die in Frage kommende Materie eine größere völkerrechtliche Abhandlung, die von den Fachmännern wegen ihrer Gelehrsamkeit und scharfsinnigen Schlußfolgerungen gelobt wurde, ohne daß ihm aus dieser Tätigkeit vorerst greifbare Früchte erwuchsen. So schwebte er jahrelang zwischen Hoffnung und Enttäuschung und die Resignation, die ihm gar oft über ärgerliche Lagen hinweggeholfen, hatte allmählich einer gewissen Mutlosigkeit Platz gemacht. Über die Ursache dieses Stimmungswechsels gibt er in einem Briefe an seine Freundin Haller Aufschluß; er hatte schon so vieles versucht, und noch so wenig für sich erreicht, daß es ihm nun mehr als je Bedürfnis war, die nächsten Jahre rüstiger Manneskraft darauf zu verwenden, sich einen Wirkungskreis zu erobern, damit er, wenn alle seine Versuche zu dem Zwecke mißlängen, sich wenigstens in späteren Jahren darüber keine Vorwürfe zu machen habe.

Aber der ersehnte Kasseler Auftrag wollte nicht kommen, sodaß seine Hoffnung immer tiefer sank und er schon zweifelte, ob er jemals noch etwas darüber hören würde. Das von der Behörde gegen ihn beliebte rücksichtslose Verhalten schmerzte ihn tief. Endlich am 1. Januar 1839 erhielt er von Buchholz die Nachricht, daß ihm die Führung von zwei Prozessen übertragen werden sollte. So sehr er diese Entscheidung auch ersehnt hatte, knüpfte er doch keine zu großen Erwartungen daran. „So weit wären wir also," schrieb er an seinen Freund Dr. Stern; „was mir für Vorteile daraus erwachsen werden, muß die Zukunft lehren; ich schlage sie vorerst möglichst bescheiden an." Aber ängstlich schwieg er von der Angelegenheit gegen jedermann aus Furcht, es könnte in den Zeitungen zu viel Aufhebens davon gemacht werden. Nun hörte er wieder lange Zeit nichts darüber, sodaß sich schon Befürchtungen in ihm regten, ob sich die Sache nicht wieder zerschlagen habe. Er beschloß nun selbst nach Kassel zu fahren, um mit den maßgebenden

Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen und die Erteilung der Instruktionen zu beschleunigen. Ehe er jedoch die Reise antrat, kam es im Riesserschen Familienkreise zu einer Veränderung, die er schon längere Zeit vorausgesehen und im Interesse der Beteiligten sogar herbeigewünscht hatte. Da sich seine Hoffnung auf Einbürgerung nicht erfüllt hatte, war Dr. Lewes mit seiner Familie früher schon nach Hamburg zurückgekehrt und hatte dort die väterliche Praxis übernommen. Riessers ältester Bruder, der eine Frankfurterin zur Frau und seinen Wohnsitz in Frankfurt hatte, war aus geschäftlichen Gründen ebenfalls gezwungen, wieder in die alte Heimat überzusiedeln, sodaß es um die alte Mutter recht einsam geworden wäre, denn ihr Herz hing mit rührender Zärtlichkeit an ihrer jüngeren Tochter und deren Söhnchen wie an den beiden Töchterchen des ältesten Sohnes, die sie nun alle nach jahrelangem innigsten Zusammenleben wieder verlassen hätten. Ihr jüngerer Sohn Raphael mit Frau, die noch kinderlos waren, und ihr Gabriel konnten ihr trotz aller kindlichen Anhänglichkeit und liebevollster Fürsorge diesen Verlust nicht ersetzen. So entschloß sie sich denn, nun ebenfalls nach Hamburg zurückzukehren und die Reise dorthin möglichst bald anzutreten. Um ihr den Abschied etwas zu erleichtern, richtete der zärtliche Sohn seine Kasseler Reise so ein, daß er fast gleichzeitig mit ihr Bockenheim verließ, sodaß sie nicht von allen Zurückbleibenden auf einmal Abschied zu nehmen brauchte und in Kassel noch einige Stunden mit ihrem Gabriel zusammen verbringen konnte. Vorher hatte er ihr noch sein von Prof. Oppenheim gemaltes Bild als Andenken überreicht. In Kassel wurde Riesser wohlwollend aufgenommen, sodaß er hoffen durfte, seine Bemühung würde zur beschleunigten Erledigung des ihm übertragenen Auftrags beitragen und dieser selbst nicht ohne günstige Folgen für sein Lebensschicksal bleiben. Gleichzeitig erfuhr er dort, daß

die Ablehnung seines Bürgerrechtsgesuchs auf eine üble Stimmung des launischen Kurprinzen gegen die Juden zurückzuführen sei und daß die Genehmigung eines neuen Gesuchs sehr vom Zufall abhänge. Trotzdem verließ ihn der Wunsch nicht, wie er schrieb, „womöglich in Zukunft noch einem Staat anzugehören, der, wie er auch augenblicklich regiert werden möge, doch in Verfassung und Gesetzgebung so manche treffliche Elemente, die tief ins Leben eingedrungen sind, enthält. In weiter Ferne dämmert dabei der Wunsch, der, wenn ich nur Bürger werden könnte, gerade kein hoffnungsloser sein würde, in späterer Zeit einmal als Mitglied der einzigen deutschen Ständeversammlung, von welcher mich die Religion nicht ausschließt, wirken zu können. Was aber außerdem näher auf mich eingewirkt hat, war die angenehme Wahrnehmung, daß in dem Mittelpunkte dieses kleinen Staates nicht allein viel Bildung sondern auch trotz der üblen Einwirkungen von oben recht viel Freimut und Unabhängigkeit der Gesinnung zu finden ist."

Plötzlich trat jedoch ein Ereignis ein, das alle diese Pläne über den Haufen warf und seinen Zukunftsaussichten eine ganz neue Richtung gab. Durch den Tod des Notars Bresselau in Hamburg war dortselbst Ende 1839 die Stelle des Sekretärs des Vorsteherkollegiums der deutsch-israelitischen Gemeinde frei geworden und Familie und Freunde legten ihm nahe, sich darum zu bewerben, da ihm die damit verbundenen Obliegenheiten genügend Zeit zur Erledigung von Notariatsgeschäften freiließen. Riesser würdigte die Gründe, die sie dazu veranlaßten, fühlte aber wenig Neigung ein Amt zu erstreben, das so wenig seinen Wünschen und Bedürfnissen entsprach. Auch die Rücksicht auf seinen Bruder in Bockenheim, mit dem er zusammenlebte und der der einzige war, „auf dessen Zukunft Riessers Auswanderungsplan einen bleibenden Einfluß gewonnen zu haben schien, weil er es am ernsthaftesten damit gemeint hatte," machte

ihn in seinem Entschluß unsicher, denn er wollte ihn und seine Frau, an deren Schicksal er das seinige gebunden fühlte, nicht allein zurücklassen und wieder nach Hamburg zurückkehren. Mit Nachdruck wendet er sich aber dagegen, daß ihm die übrigens auskömmliche Stelle vielleicht zu untergeordnet sei. „Ich kenne keine Rangordnung zwischen den verschiedenen Beschäftigungen, in denen man seinen Unterhalt findet und seine Pflicht erfüllt; es ist mir ganz gleich, ob ich einen Teil meiner Zeit und Kräfte als Advokat, als Lehrer, als Journalist oder als Sekretär nutzbar mache, wenn ich nur einen Teil für höhere Zwecke frei behalte, . . . auch unausbleibliche amtliche Verdrießlichkeiten scheue ich nicht. Was mir ganz allein unerträglich ist, das ist der Gedanke, daß ich mich durch die Fessel eines Lebensberufs an ein Verhältnis binden solle, dessen bloße, viel feinere Berührung mich früher vertrieben hat und zu dessen Verbesserung leider keine Aussicht vorhanden." Ein Teil dieser Einwendungen bezog sich jedoch nicht auf das durch Bresselaus Tod miterledigte Notariat. Zwar entsprach auch diese Stellung nicht seinem persönlichen Geschmack, aber er war doch bei der damit verbundenen gleichgültigen Beschäftigung unabhängiger und konnte, wenn zum Gemeindevorsteher gewählt, nach innen wenigstens eher nützlich wirken als in der Stellung eines besoldeten Gemeindebeamten. In diesem Sinn berichtete er nach Hamburg, bezweifelte aber, daß der Senat wieder einem Juden das Notariat übertragen und daß er in diesem Falle der Erkorene sein würde. Doch er hatte sich geirrt. Da das Notariat an den Besitz des Bürgerrechts gebunden war, brachte der Senat einen Gesetzentwurf ein, daß künftig immer 1—2 jüdische Notare zugelassen werden sollten, welcher Entwurf von der Bürgerschaft angenommen wurde. Nun war der Weg frei; Riesser meldete sich und wurde gewählt. Aber die Rückkehr nach Hamburg geschah mit geteilten Empfindungen.

Besonders schmerzte ihn der Abschied von Bruder und Schwägerin und den zahlreichen Frankfurter Freunden, die es sich nicht nehmen ließen, ihn durch ein großes Festmahl, an dem 200 Verehrer teilnahmen, und durch ein kostbares Andenken zu ehren. Auch aus zahlreichen anderen Städten erhielt er Adressen, Zuschriften und wertvolle Geschenke als Zeichen der allgemeinen Verehrung und Dankbarkeit wegen seines mutvollen Eintretens für die Sache der Juden. Bald darauf verließ er Bockenheim, wo er 4 Jahre in idyllischer Gemächlichkeit verlebt, wenn auch die Abwehr judenfeindlicher Angriffe aus verschiedenen Lagern seine Stimmung oft stark beeinträchtigt hatte und die Erwartungen, die ihn nach Kurhessen geführt, nicht in Erfüllung gegangen waren. Nun ging er mit neuer Hoffnung neuen Aufgaben entgegen.

Notar und Gemeindevorsteher in Hamburg.

Als vielerfahrener, auf der Mittagshöhe seiner Kraft stehender Mann kehrte Riesser nach Hamburg zurück. War er dereinst auch nicht als Jüngling mit tausend Masten in den Ozean der Welt hinausgeschifft, denn vor übertriebenen Erwartungen hatte ihn sein kühler Wirklichkeitssinn bewahrt, so hatte doch manche zukunftsfrohe Hoffnung seine Segel geschwellt. Aber immer wieder hatte er den Weg nach dem lockenden Hafen, nicht durch natürliche Hindernisse, sondern durch menschliche Willkür und Unduldsamkeit verlegt gefunden. Nun mußte er sein Lebensschiff mit kräftiger Hand wieder einem neuen Ziele zusteuern. Würde es ihn abermals täuschen oder ihn endlich in den heißersehn-

ten Port gesicherter Lebensstellung führen? Bald stand er mitten in der Arbeit des neuen Berufs. Selbst das Reinmechanische derselben sagte ihm zu. „Ich bin solange gewohnt gewesen," schrieb er an Dr. Stern, „mit Sachen zu tun zu haben, die nie ein Ende nehmen, daß mir die kleinen, kurzen, von Tag zu Tag abgemachten Geschäfte, wie sie dieser Stand mit sich bringt, vorerst zur Abwechslung wohl tun." Und Elise Hoffmeister gegenüber äußerte er: „Ich finde in meinem bürgerlichen Berufe freilich nicht den bewegenden Hauch, der die Segel meines Lebensschiffes schwellt, ebensowenig den Strom, in dem es sich frei nach seiner Richtung bewegt, aber doch einen wohltätigen Ballast, der das Schiff des Lebens in ruhiger, fester, gleichmäßiger Bewegung hält." Freilich gab es oft viel, viel Arbeit, sodaß er die liebgewonnene frühere Unabhängigkeit ganz einbüßte, aber der Umstand, daß sie sich lohnte und ihm die Möglichkeit gab, sich bei der Bedürfnislosigkeit seiner Person bald von den Geschäften zurückzuziehen und an einem selbstgewählten Orte freier Tätigkeit zu leben, erleichterte ihm ihr Joch. Als sie später immer mehr anschwoll, sodaß Zeit und Kraft zu ihrer Bewältigung kaum mehr ausreichten, verband er sich mit einem andern Notar zu gemeinsamer Tätigkeit. Durch zweckmäßige Einteilung seiner amtsfreien Zeit gewann er übrigens die Möglichkeit, sich in der mannigfachsten Weise zu betätigen. Er beschäftigte sich in der Regel abends mit anregender Lektüre und schriftstellerischen Arbeiten oder widmete sich seinen Freunden und Bekannten, deren Kreis sich auch durch seine beruflichen Beziehungen ständig vergrößerte. Mit selbstverständlicher Bereitwilligkeit stellte er auch jetzt seine Feder wieder in den Dienst seiner Glaubensgenossen. Die Verhandlungen der holsteinischen Provinzialstände über Verbesserung der bürgerlichen Stellung der Juden im Jahre 1840 gaben ihm wieder wie 1836 Anlaß zu wertvollen, reinsachlichen Betrachtungen

über die damit zusammenhängenden Fragen im Kieler Korrespondenzblatt, ohne jedoch die ungünstige Stellungnahme der Stände verhindern zu können. Wohltuende Ausspannung von seiner vielseitigen Tätigkeit und mannigfache Anregung bot ihm eine im Sommer 1841 nach England unternommene Erholungsreise. In London wohnte er im Parlament wichtigen Debatten bei und hatte durch seine Beziehungen auch Gelegenheit, interessante Einblicke in das englische Familien- und Gesellschaftsleben zu gewinnen. Auch Manchester, Glasgow und Edinburg besuchte er und kehrte nach 4 Wochen reich an neuen Eindrücken und angenehmen Erlebnissen nach Hamburg zurück, wo er so viel liegengebliebene Arbeit vorfand, daß er längere Zeit „auf eine peinlich gedrängte Weise beschäftigt war."

Schweres Ungemach und drückende Sorgen brachte der große Brand von 1842 auch ihm. Nicht daß sein Geschäftszimmer mit Mobiliar und Büchern ein Raub der Flammen wurde, ging ihm nahe, sondern daß sein Bruder Jacob durch den Zusammenbruch so vieler Existenzen seine Zahlungen einstellen mußte, wodurch auch die Mutter und seine jüngere Schwester einen großen Teil ihres Vermögens verloren und auf der väterlichen Firma ein Makel zurückblieb. Damals hatte er, wie er an Elise Hoffmeister schrieb, Gelegenheit die Erfahrung zu machen, „daß es härtere Wunden gibt, als die der Tod schlägt, und daß die Trauer um die Lebenden herber sein kann als um die Toten." Er empfand es jetzt als ein großes Glück, daß er sich, wenn auch unter Widerwillen, in eine Stellung gefügt hatte, die ihm wenig zusagte, ihm aber die Möglichkeit gab, genügende Existenzmittel zu erwerben, um nötigenfalls auch für die Seinigen zu sorgen. Freilich die Aussicht, sich in nicht zu ferner Zeit zur Ruhe setzen zu können, war nun in eine ungewisse Zukunft verschoben. „Doch auch in dieser Hinsicht," schreibt er der Freundin, „bin ich voll Vertrauen auf die Zukunft

und wenn sich erst die Aussichten für die in diesem Augenblick leidenden Mitglieder meiner Familie gelichtet haben werden, so ist mir für meine Person auf keine Weise bange." Glücklicherweise traten die befürchteten Schädigungen nicht in dem Maße ein, wie es zuerst den Anschein hatte, sodaß seine Verhältnisse im großen Ganzen durch die traurigen Vorkommnisse wenig berührt wurden.

Allmählich gewann er durch Arbeit wieder die Ruhe seines Gemüts, sodaß er mit neuer Hoffnung der Zukunft entgegensah und unbeirrt durch persönliche Sorgen seine Aufmerksamkeit wieder öffentlichen Angelegenheiten zuwenden konnte. Es war dies umso erfreulicher, als man damals in Preußen die Absicht hatte, die Verhältnisse der Juden neu zu ordnen und zwar in einer Weise, gegen die sich ihr männliches und vaterländisches Empfinden aufs heftigste empörte. Man wollte sie nämlich als gesonderte Nationalität behandeln und als solche gegen Geldabfindung vom Militärdienst ausschließen, wenn ihnen auch gestattet sein sollte, freiwillig und auf Beförderung zu dienen. Die Juden widersetzten sich jedoch dieser Maßregel mit aller Gewalt, indem sie in zahllosen Eingaben an die Regierung die Militärpflicht für sich forderten und mit allem Nachdruck gegen die ihnen zugedachte Ausnahmestellung protestierten. Riesser schloß sich in seiner Schrift

„Besorgnisse und Hoffnungen für die künftige Stellung der Juden in Preußen"

der Zurückweisung der unerhörten Zumutung mit rücksichtsloser Entschiedenheit an, indem er gleichzeitig den Mißbrauch, der mit dem Begriff „Nationalität" getrieben werden sollte, in treffenden Ausführungen tadelte. Glücklicherweise kam das gefürchtete Gesetz nicht zu stande. Hatte sich Riesser hier auf staatsrechtlichem Kampfboden bewegt, so mußte er im folgenden Jahre seine Klinge mit einem Philosophen kreuzen. Der extreme Hegelianer Bruno Bauer, der später zur Kreuz-

zeitungspartei überging, hatte in seiner „Judenfrage" nicht nur die jüdische Religion sondern auch ihre Bekenner und deren Gleichberechtigung vom philosophischen Gesichtspunkt aus bekämpft, worauf ihm Riesser in Weils „Constitutionellen Jahrbüchern" erwiderte, die Emanzipation sei kein philosophisches Prinzip sondern ein Kampf um Recht und Freiheit. Einen großen Teil der berufsfreien Zeit Riessers nahm auch die Arbeit in Anspruch, die er im Dienste verschiedener Vereine und Stiftungen und für allerlei öffentliche Zwecke freiwillig übernommen hatte. So hatte man ihn schon gleich nach seiner Rückkehr nach Hamburg auch in die Verwaltungen des „Neuen Israelitischen Tempels" und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde berufen, wodurch ihm namentlich bei den damals in Hamburg herrschenden religiösen Streitigkeiten manche wenig angenehme Arbeit „über den Hals kam". Diese Meinungsverschiedenheiten gingen in ihren ersten Anfängen bis auf das Jahr 1818 zurück. Damals hatte der Israelitische Tempelverband um „den fast erkalteten Sinn für die ehrwürdige Religion der Väter wieder zu beleben und den Gottesdienst zu seiner ihm angemessenen Würde und Bedeutung zurückzuführen," den ersten israelitischen Tempel daselbst eröffnet und zugleich die Schaffung eines geeigneten Gebetbuchs veranlaßt. So konservativ die Beweggründe des Tempelverbands und die von ihm erstrebten Ziele auch waren, mußte er doch manches durch Herkommen und Übung geheiligte Alte opfern, wodurch er den Widerstand derjenigen hervorrief, die aus religiösen Gründen auf unveränderter Beibehaltung des bisherigen Gottesdienstes bestanden. Der Streit, in dem auch Riessers Vater 1819 in einem gedruckten Sendschreiben an seine Glaubensgenossen für die Gründer des neuen Tempels Partei ergriff, fand damals keine endgültige, beide Parteien befriedigende Lösung, sondern entbrannte aufs neue im Jahre 1841, als der Tempelverband sein Gebetbuch zum 2. Mal drucken ließ

und der hochgeachtete orthodoxe Rabbiner der Gesamtgemeinde Isaak Bernays die Benützung mit dem religiösen Banne bedrohte. Der Tempelverband sprach ihm abgesehen von der sachlichen Meinungsverschiedenheit dazu jede Berechtigung ab, worauf der Vorstand der Gesamtgemeinde Beschwerde beim Senat einlegte. Riesser wurde nun vom Vorstand des Tempelverbands mit der Abfassung der Verteidigungsschrift beauftragt, wodurch er, wie er an Dr. Stern schrieb, in eine „wunderliche Lage" kam. „Mir für mein Teil ist nichts in der Welt gleichgültiger," meinte er, „als wie der Senat über diese Sachen denkt. Allein die große Mehrheit der Mitglieder unseres Vereins würde das Mißfallen des l. Herrgotts viel eher als das des Senats ertragen, in welcher noblen Gesinnung ihr übrigens die orthodoxe Partei um nichts nachgibt, und so mußte ich denn alles aufbieten, um das Unheil eines Verweises, das uns drohte, abzuwehren. Ich mußte dabei, da ich nun einmal als Direktor und Defensor mehr die Ansichten und Wünsche anderer als meine eigenen zu vertreten hatte, mancherlei Konzessionen machen, die mich genierten und ich möchte es mir verschwören, solche Sachen je wieder anders wie auf meine eigene Faust als literarischer Freibeuter zu behandeln." Was ihm den Tempelverein so wert machte, war die Freiheit, auf der er beruhte, die aber zu seinem Bedauern nicht so weit ging, daß sie zu einer Trennung von der Hauptgemeinde führen konnte. „Aber was ist denn hier im Wege," schreibt er wieder an Stern, „als eben wieder der politische Druck, Vermengung des Kirchlichen mit dem Bürgerlichen, Widerwillen der Staatsgewalt gegen alles, was nach Freiheit und Selbständigkeit schmeckt? Das zeigt sich so deutlich hier in Hamburg, wo alle Elemente zu einem Schisma da wären, wo nur äußere Hemmungen im Wege sind und der bürgerliche Mut, die Energie des Charakters fehlt, sie zu überwinden" Die Hoffnung Sterns,

daß „ein sektenartiges Heraustreten aus dem alten Judentum" von der Gemeinschaft der „Lumpen und Hasenherzen" befreien werde, teilte er nicht. „Wenn wir jene beiden zahlreichen Klassen ausscheiden," meint er, „so werden wir sehr schwer Minjan zusammenbekommen, unter den Aufgeklärtesten so wenig wie unter den Orthodoxesten. Die Leute, die „einen Begriff von einer Idee" haben, werden wohl zu allen Zeiten eine unsichtbare Kirche und keine Sekte und keine Gesellschaft bilden."

Durch den Streit wurde die Stellung des Tempelverbands eher befestigt als erschüttert. Das Gebetbuch blieb eingeführt und wurde von zahlreichen deutschen und nordamerikanischen Gemeinden in mehr oder weniger veränderter Form angenommen. Eine gleich ausgesprochene, aber völlig unabhängige Stellung nahm Riesser auch zur Frankfurter Reformbewegung ein, die 1842 einsetzte und für die man ihn durch seinen Freund Dr. Stern aus Göttingen, der sich an den Frankfurter Beratungen beteiligt hatte, zu gewinnen suchte. Riesser hatte sich „über theologische Streitfragen nicht anders, als wenn es die Verteidigung eines Prinzips der Freiheit erforderte, beiläufig ausgesprochen." Er hatte sich nie für einen Reformator ausgegeben und wollte auch nicht an der Spitze reformerischer Bewegungen stehen. Wo es aber galt, dem Prinzip der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen oder einer matten Halbheit entgegenzutreten, war er sofort auf dem Platz. Darum tadelte er, daß die Frankfurter Reformer nicht aus Überzeugung sondern aus Furcht vor der Staatsgewalt alles vermieden, was die Stellung der Bibel antasten konnte, und darum trat er auch besonders für die Aufhebung des vom Staat auferlegten Beschneidungszwangs ein. Nachdem aber der Zwang beseitigt und die persönliche Freiheit auf diesem Gebiet gewährleistet war, hatte sich seine Teilnahme für die Bewegung erschöpft. Riessers Liebe zur Freiheit, wie sie sich in der Stellung-

nahme zu allen diesen Fragen offenbarte, war tief in seinem innersten Wesen, dem jede persönliche Gebundenheit widerstrebte, begründet. Darum war er auch sein ganzes Leben lang ein froher Wandersmann, der mindestens einmal im Jahre dem Zugvogel gleich seinen Standort verlassen und Leib und Seele in Gottes freier Natur gesund baden mußte. Dabei war es ihm, den die Schönheiten der Natur bis zur Schwärmerei begeistern konnten, sodaß er sich am liebsten als einsamer Fußgänger in ihren Anblick versenkte, doch wieder Bedürfnis auf diesen Reisen allenthalben mit lieben Menschen Fühlung zu nehmen und Aussprache zu suchen. „Er hat die peripatetische Gewohnheit auf längeren und kürzeren Reisen durch Deutschland, deren er in jedem Jahre mindestens eine, zuweilen mehrere unternahm, die Verwandten und Freunde in ihrer Heimat aufzusuchen, bis wenige Monate vor seinem Tode beibehalten. Keiner von ihnen im Norden oder im Süden, im Osten oder im Westen von Deutschland war im geringsten überrascht, wenn er Riesser, als wäre er sein nächster Wandnachbar ins Zimmer treten sah. Ein Händedruck und der Faden gegenseitiger Beziehungen war sofort wieder angeknüpft. Dabei ist er für solche, die sich mehr oder weniger entfremdet hatten, ein Berührungspunkt geblieben und hat viele zusammengeführt, die, obwohl innerlich auf einander angewiesen, noch in kein persönliches Verhältnis zu einander getreten waren. Für die Kenntnis und Würdigung deutscher Zustände ist er eine unverwerfliche Quelle, für den Austausch deutscher Besorgnisse ein treuer und kundiger Vermittler gewesen.*)" Mit besonderer Vorliebe besuchte er auf seinen Reisen den deutschen Süden, wobei er es in der Regel so einrichtete, daß er sein liebes Heidelberg dabei berührte. Im Sommer 1844 fuhr er nach

*) M. Veit, „Dem Andenken G. Riessers". Preuß. Jahrbücher von Haym. 1863.

Helgoland und verbrachte dort, bezaubert von den neuen Eindrücken, fünf Tage „in heiterer, behaglicher Stimmung". Im gleichen Sommer begab er sich mit der neueröffneten Bahn nach Kiel, das er seit 1833 nicht gesehen hatte. Er verkehrte hier mit Th. Olshausen, dem Herausgeber des „Korrespondenzblattes," worin alle Bestrebungen gegen die dänische Partei Unterstützung fanden. Im folgenden Jahre kam er wieder nach Süddeutschland und in die Schweiz, und zwar verweilte er längere Zeit am Genfersee und im Berner Oberland, wo er fleißig Bergtouren unternahm. Er war in Gesellschaft seines Bruders Raphael mit Frau und traf auch mit Freiligrath zusammen, der am Züricher See sein Heim aufgeschlagen hatte. 1846 weilte er ein zweites Mal auf 8 Wochen in England und Schottland, woselbst er keine Gelegenheit ungenützt ließ, Land und Leute kennen zu lernen und durch häufigen Verkehr mit hervorragenden Vertretern von Politik und Wissenschaft einen tieferen Einblick in alle Verhältnisse des Landes zu gewinnen, als dies einem bloßen Vergnügungsreisenden möglich ist. Er machte auch die Bekanntschaft Cobdens, dem es eben gelungen war, durch seine grandiose Agitation die englischen Korngesetze zu beseitigen.

Diese gewaltige Umwälzung, die sich ohne jede gewaltsame Erschütterung, nur durch den einheitlich zusammengefaßten Willen eines ganzen Volkes vollzog, machte tiefen Eindruck auf ihn, nicht zum mindesten auch durch die kluge Nachgiebigkeit des Ministeriums Peel, das sich der Volksmeinung nicht entgegenstellte, sondern sich zu ihrem Vollstrecker machte. Nach Deutschland zurückgekehrt, konnte Riesser lehrreiche Vergleiche zwischen dieser staatsklugen Politik und der Bevormundungs- und Gängelband-Staatskunst ziehen, die damals in Preußen als der Weisheit letzter Schluß an der Tagesordnung war. Die gewaltigen Fragen, die allmählich im Gesichtsfeld der preußisch-deutschen Politik sichtbar wurden

und gebieterisch Lösung heischten, zogen auch ihn immer stärker in ihren Bann. Nun hatte er Gelegenheit der Welt zu zeigen, daß sein Herz nicht nur für religiöse Freiheit und bürgerliche Gleichstellung einer unterdrückten Minderheit sondern auch für politische Freiheit und Fortschritt im weitesten Umfang erglühte, daß er seine ganze Persönlichkeit nicht nur für seine Glaubensbrüder sondern mit gleicher Begeisterung, mit gleichem Nachdruck für alle seine Volksgenossen einzusetzen fähig war. Die Vergewaltigung der Schleswig-Holsteiner durch die Dänen brachte sein Blut ebenso zum Kochen wie der engherzige Fanatismus der Judenfeinde. Wo es sich darum handelte, sich für des Volkes Rechte und Freiheit gegen Obrigkeitsbevormundung und Fürstenwillkür zur Wehr zu setzen, stand er in erster Reihe. Mit gespanntestem Interesse folgte er den Verhandlungen des vom König Friedrich Wilhelm IV. 1847 zusammenberufenen, aus den Provinzialständen zusammengesetzten Vereinigten Landtags, in dem zum ersten Mal die Stimme des Volkes hörbar wurde. Er kam nach Berlin, um Zeuge des erwachten politischen Lebens zu sein, von dem er auch für seine Lebensarbeit Förderung und Krönung erhoffte. Er machte hier die Bekanntschaft mancher bedeutenden Männer, z. B. von Beckeraths, der schon 1843 auf dem rheinischen Provinzialtag für die Rechte der preußischen Juden eingetreten war, und anderer liberalen Führer, auf die er zu gunsten seiner Bestrebungen einzuwirken suchte. Die im Sinne voller Rechtsgleichheit im Widerspruch gegen die Regierung gefaßten Beschlüsse des Landtages erfüllten ihn mit großer Genugtuung. „Ich sehe darin," schrieb er von Karlsbad aus, wohin er sich im Sommer zur Kur begeben, nachdem ihn der einige Monate vorher erfolgte Tod seiner Mutter tiefbewegt hatte und sein Befinden auch manches zu wünschen übrig ließ, an Frau Dr. Haller, „einen großen moralischen Sieg, zumal wenn

man erwägt, mit welcher Heftigkeit die Regierung ihre intoleranten Ansichten verfochten und kein Mittel gescheut hat, dafür Stimmen zu gewinnen. Politisch gewonnen ist freilich sehr wenig und das soeben publizierte Gesetz, wenngleich viel besser als der den Ständen vorgelegte Entwurf, ist eher ein Ausgangspunkt als ein Ende des Kampfes. Das Weitere hängt jetzt davon ab, ob überhaupt das Verfassungswesen in Preußen Boden und Macht und Leben gewinnt. Die Voraussetzung eines edleren, freieren, bewußteren Volkslebens, an die ich vor bald 17 Jahren die Behandlung jener Frage zu knüpfen mich bemühte, ist im Grunde erst jetzt einigermaßen vorhanden. Die Waffen für den Kampf sind erst jetzt geschmiedet, die Chancen des Erfolges erst jetzt gegeben. Wie glücklich wäre ich, wenn ich literarisch irgendwie auf die Entwicklung des öffentlichen Lebens in Preußen einwirken und in diesem Zusammenhange das Gut der Gewissensfreiheit mit könnte erringen helfen! Doch, „mir rosten in der Halle Schild und Helm", Wort und Gedanke. Ich hoffe, es soll nicht allzulange mehr so bleiben, ich fühle mich wenigstens geistig jung genug, um noch neue Bahnen der Tätigkeit als Anfänger zu versuchen, sobald ich der dringenden Sorgen für das äußere Leben überhoben sein werde." Schon im folgenden Jahre sehen wir Riesser auf dieser neuen Bahn der Tätigkeit. Eine neue, herrliche Zeit schien für das deutsche Volk anzubrechen, eine Zeit, in der seine Freiheit begründet, seine Einheit vollendet werden sollte. Gebieterisch klopfte sie an die Pforten Deutschlands und unter denen, die ihr Einlaß verschaffen und in ehrlicher, harter Arbeit Bahn brechen wollten, war auch Gabriel Riesser, der Deutsche.

Gabriel Rieſſer der Deutſche.

Bietet mir in der einen Hand die Emanzipation, auf die alle meine Wünsche gerichtet sind, in der anderen die Verwirklichung der schönen Träume von der politischen Einheit Deutschlands mit seiner politischen Freiheit verknüpft, ich wähle ohne Bedenken die letztere.

G. Riesser,
Bemerkungen zu den Verhandlungen der badischen Ständeversammlung über die Emanzipation.

Zu ihren vor der Auferstehung des Deutschen Reiches heimgegangenen treuesten, reinsten und edelsten Jüngern kann ihn die nationale deutsche Partei zählen und wird als solchem ihm ein Andenken bewahren.

H. Blum,
Grenzboten 1872.

Gabriel Riesser
Abgeordneter der Nationalversammlung

Im Vorparlament.

Der Anstoß zu der nun in Deutschland einsetzenden lebhaften Bewegung, „durch Schaffung einer nationalen Vertretung und Verfassung das im ganzen Volke vorhandene Verlangen nach politischer Einigung und gesetzlich verbürgter Freiheit" zu befriedigen, ging von Frankreich aus, das nun im Laufe eines halben Jahrhunderts zum dritten Mal der Herd einer umstürzlerischen Bewegung wurde, die Europa in Unruhe und Verwirrung stürzte. Zunächst griff das Flugfeuer der Februarrevolution auf das nahe Deutschland über und beseitigte hier in kürzester Zeit die verhaßten Bollwerke des alten Polizei- und Feudalstaats, die einer freiheitlichen Umgestaltung der Staatseinrichtungen im Wege standen. Mißstände einer ständischen Gesetzgebung wurden beseitigt, unzeitgemäße Wahlgesetze abgeändert, drückende Feudallasten erleichtert und mißliebige Minister und Beamte entlassen. In erregten Volksversammlungen wurden die Forderungen des Volkes besprochen und formuliert und in zahlreichen Sturmpetitionen, die rascheste Entscheidung verlangten, den Regierungen und Kammern zur Kenntnis gebracht. Es waren die Ideen einer freiheitlichen und nationalen Entwicklung des Volkslebens, die sich schon zur Zeit der Befreiungskriege zu konkreten Forderungen an die deutschen Regierungen verdichtet, damals aber keine Erfüllung gefunden hatten. Kaum war nämlich das Joch der Fremdherrschaft abgeworfen und die Macht der Fürsten wieder gesichert, da hatten sie auch ihre nur widerwillig gegebenen Versprechungen schon wieder vergessen und ließen nun die leichtgläubigen Schwärmer, die sich daran zu erinnern erkühnten, verfolgen, ihrer Ämter entkleiden und ihrer Freiheit berauben. Nun verlieh die Februarrevolution allen jenen

Ideen, gegen die die deutschen Regierungen einen jahrzehntelangen vergeblichen Kampf mit dem Polizeiknüppel geführt hatten, wieder neue Kraft und verstärkten Einfluß. Es waren vor allem die Hauptforderungen Preßfreiheit und Schwurgerichte, Volksbewaffnung und Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Berufung eines gesamtdeutschen Reichstags und Schaffung einer freiheitlichen Verfassung, die das mächtige Sehnen des Volkes nach Freiheit und Einheit verkörperten und der Bewegung durch die einheitliche Wucht der hinter ihnen stehenden Volksmassen eine solche Durchschlagskraft verliehen, daß die einzelnen deutschen Landesregierungen keinen anderen Ausweg als schleunigste Bewilligung fanden, um an Ansehen und Macht noch zu retten, was zu retten war. Der sonst so bedenkliche Bundestag fürchtete ebenfalls, die Bewegung könne ihm über dem Kopf zusammenschlagen und suchte ihr, so gut es noch ging, zuvorzukommen. Am 1. März erklärte er, Deutschland müsse auf die Stufe erhoben werden, welche ihm unter den Nationen gebühre, und am 10. März forderte er die Regierungen auf, Männer des öffentlichen Vertrauens zur Beratung über die Neugestaltung der Bundesverfassung auf zeitgemäßer und freiheitlicher Grundlage nach Frankfurt zu schicken. Aber bereits am 5. März hatten in Heidelberg versammelte Abgeordnete der liberalen Partei aus den verschiedenen Teilen Deutschlands beschlossen, einen Verfassungsentwurf vorzubereiten und die Regierungen zu raschester Einberufung eines gesamtdeutschen Parlaments zu veranlassen, zuvor aber zur weiteren Vorbereitung und Mithilfe für Volk und Regierung eine vorbereitende Versammlung in Frankfurt zusammentreten zu lassen. In dieses „Vorparlament" wurden nicht nur die gegenwärtigen und zahlreiche frühere Mitglieder deutscher Ständeversammlungen berufen sondern auch eine bestimmte Anzahl anderer, durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer und zu

dem verhältnismäßig engen Kreis dieser letzteren gehörte auch Gabriel Riesser. Hatte schon sein mutiges und geschicktes Eintreten für die Sache der Gewissensfreiheit, wie es sich in seinem vieljährigen Kampfe für seine Glaubensgenossen gezeigt hatte, in ganz Deutschland Aufmerksamkeit und Zustimmung hervorgerufen und ihm die Sympathien der Besten erworben, so hatten auch wiederholte politische Bekenntnisse, mit denen er an die Öffentlichkeit getreten, ihn als eine Hoffnung der liberalen Partei erscheinen lassen, die von seiner freisinnigen Auffassung des gesamten Staatslebens, seiner Sachkenntnis, seinem Geschick und Mut in der Vertretung der von ihm als richtig erkannten Grundsätze für die Sache des Vaterlands das Beste erwartete. Schon in einer am Jahrestag der Leipziger Schlacht 1846 zu Hamburg gehaltenen Rede hatte er daran erinnert, wie alle freiheitlichen Verheißungen aus der Zeit der Befreiungskriege sich als eitel Trug erwiesen, „wie die Bundesgewalt alles Große, alles Allgemeine, alles, dessen Behandlung eines höheren Standpunkts, des Zusammenwirkens vieler und großer Kräfte bedarf, von dem Bereiche ihrer Tätigkeit ausgeschlossen" und statt dessen nur „das traurige Amt der polizeilichen Überwachung Deutschlands übernommen hatte".

Mit staatsmännischer Weisheit hatte er in dieser Rede auch der Ansicht Ausdruck verliehen, daß die Zugehörigkeit von Schleswig-Holstein zu Deutschland, welche Frage damals die Gemüter aufs tiefste erregte, nur auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit gegründet werden dürfe, damit die Herzogtümer, wenn einst die Frage zur letzten Entscheidung komme, nie und nimmer ein Opfer an politischer Freiheit zu bringen hätten. Und ebenso hätten Elsaß und Lothringen, deren Einverleibung 1815 warme Vaterlandsfreunde vergeblich erhofft hatten, auf die Dauer nur für Deutschland gewonnen werden können, „wenn man in der Einführung freier Institutionen das Land überbot, dem sie angehört

hatten, wenn man den Siegern mindestens diejenigen Bürgschaften der Freiheit unverkümmert ließ, welche die Besiegten glücklich aus dem Schiffbruch retteten. Einem einigen, freien Deutschland konnte Elsaß-Lothringen angehören, einem zerrissenen, der absolutistischen Fürstengewalt preisgegebenen nimmer". Wie traurig und beschämend für uns Deutsche, daß die Zukunft Gabriel Riesser hierin recht gegeben hat, daß wir wohl das schöne deutsche Land durch die heldenmütigen Taten unseres Volksheeres wieder erwerben konnten, aber durch den Mangel freier Institutionen uns wieder entfremden und schließlich aufs neue verlieren mußten! Wertvolle Gedanken zum künftigen inneren Aufbau Deutschlands finden wir auch in seinem 1848 veröffentlichten Artikel „Was wir wollen", in dem er namentlich die Notwendigkeit einer neuen, zeitgemäßen Verfassung für Deutschland darlegte. „Was Deutschland, was jeder Bestandteil Deutschlands," heißt es daselbst, „in diesem Augenblick bedarf, ist eine Verfassung, die nicht durch die Kraft der Trägheit ein dumpfes, vergessenes Dasein friste, sondern die jeden Bürger mit warmer Liebe, mit freudigem Stolze beseele, die uns allen für die großen Opfer, die wir vielleicht in der nächsten Zukunft dem Vaterlande werden bringen müssen, einen hohen geistigen Ersatz gebe und uns zu kräftigem, hingebendem Handeln begeistere. An die Stelle der gleichgültigen Zufriedenheit mit den kaum gekannten, hergebrachten Einrichtungen bei dem einen, an die Stelle des unklaren, oft selbstsüchtigen Unbehagens bei dem anderen soll die Begeisterung Verfassung treten, die alle Rechte vertritt, die allen redlichen für eine dem tiefsten Bewußtsein der Gegenwart entsprossene Überzeugungen den gebührenden Einfluß gestattet." Einem Manne, der für alle Fragen, die das deutsche Volk in einem der bedeutsamsten Zeitabschnitte seiner Geschichte bewegten, eine so weitgehende Teilnahme, ein so tiefes Verständnis zeigte, der wie wenig andere „zur Prüfung des Bestehenden,

zur Verständigung und Einigung über das zu erreichende Ziel" geschaffen war, mußte die Berufung in das Frankfurter Vorparlament höchstes politisches Bedürfnis sein und freudigste Genugtuung gewähren. Wie sehr sie seinem innigsten Sehnen entgegenkam, wissen wir ja von seiner beweglichen Klage an seine Freundin Haller: „Mir rosten in der Halle Schild und Helm, Wort und Gedanke; ich hoffe, es soll nicht allzulange mehr so bleiben." Nun erfüllte sich diese seine Hoffnung in einer Weise, die dem volksfreundlichen Manne zu hoher Befriedigung gereichen mußte, denn jetzt konnte er Schild und Helm und sein gutes Schwert, das er jahrzehntelang so ritterlich geführt, wieder vom Nagel nehmen und als Streiter für des deutschen Volkes Recht und Freiheit in die Schranken treten. Das Vorparlament trat am 30. März in der Paulskirche in Frankfurt zusammen und bald zählte Riesser zu den feinsten Köpfen der 500 Mitglieder umfassenden Versammlung, denn schon hier „machte er sich durch die gewandte Auseinanderwicklung einer schwierigen Fragestellung bemerklich, wodurch er den Verlegenheiten des Präsidenten und der Versammlung zu Hilfe kam*)". Wichtiger aber, weil von nachhaltigeren Folgen begleitet, war bei der Beratung eines Wahlgesetzes für die konstituierende Nationalversammlung am 1. April seine Rede, in der er für allgemeinstes aktives und passives Wahlrecht eintrat, um das künftige deutsche Parlament und das daraus hervorgehende neue Deutschland in den breitesten Schichten des Volkes zu verankern. „Die Einheit Deutschlands," führte er aus, „soll nicht eine bloße Form sein, die Einheit soll eindringen in die Gesinnung. Lassen Sie die aufgegangene Sonne Deutschlands leuchten durch alle Winkel und düsteren Schluchten, lassen Sie allenthalben jeden Unterdrückten, in seinem Rechte Zurückgesetzten fühlen, daß er in der Ver-

*) Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche.

tretung einer Nation von 40 Millionen eine Stütze habe! Nach diesem Grundsatz mache ich den Vorschlag, daß die genaue Festsetzung des Wahlmodus den einzelnen Staaten überlassen bleibe, daß aber der Wahlmodus auf dem Grundsatz beruhen müsse, daß jeder volljährige Deutsche ohne eine Bedingung des Standes, Vermögens und Glaubensbekenntnisses Wähler und wählbar sei." Riessers Vorschlag wurde zum Beschluß erhoben und damit dem deutschen Volk zu einer Zeit, wo in den meisten Ländern die großen Massen noch politisch mundtot waren, ein so demokratisches Wahlrecht verliehen, daß es bis vor kurzem noch von einzelnen deutschen Bundesstaaten als zu weitgehend abgelehnt wurde. Was aber dieser Fortschritt für die damalige Zeit bedeutete, läßt sich nur ermessen, wenn man die lächerlichen Beschränkungen kennt, die damals noch dem aktiven und passiven Wahlrecht angehängt waren. Konnte doch z. B. im Fürstentum Lichtenstein nur der gute Staatsbürger zum Abgeordneten gewählt werden, der neben einem entsprechenden Vermögen auch eine „verträgliche Gesinnung oder Gemütsart" sein eigen nannte.*) Die Juden aber, die damals in den meisten Staaten noch den entehrendsten Rechtsbeschränkungen unterworfen wurden, waren von politischen Rechten so gut wie ausgeschlossen. Wurde wirklich einmal ein Bekenner des Alten Testaments, wie 1846 Baron von Hirsch in Bayern, zum Mitglied der Landstände gewählt, so ließ ihn die Regierung seinen Sitz nicht einnehmen, da er den christlichen Abgeordneteneid nicht leisten könne. Nun brachte Riesser auch ihnen die politische Freiheit, da sie nach Annahme seines Antrags sowohl Wähler als Abgeordnete werden konnten. So leuchtete „die aufgegangene Sonne Deutschlands" nun auch den deutschen Juden, die bis jetzt Haß und Unduldsamkeit von dem politischen Leben der Nation ferngehalten hatte.

*) H. Blum, Die deutsche Revolution von 1848/49.

In der Nationalversammlung.

Stille Arbeit in den Kommissionen.

Nach den viertägigen Beratungen in Frankfurt kehrte Riesser wieder nach Hamburg zurück, wo er sich nach Erledigung der dringendsten Berufsgeschäfte zunächst wieder schriftstellerischer Tätigkeit widmete. In einem Artikel „Ein Wort über die Zukunft Deutschlands" nahm er zu den wichtigsten Beschlüssen des Vorparlaments persönlich Stellung, indem er zugleich ihre Bedeutung für die Neugestaltung Deutschlands seinen Mitbürgern darlegte. Wir fühlen es am schnelleren Pulsschlag dieser Arbeit, wie sehr die nahende Größe des geeinten und freien Vaterlandes sein Herz bewegte und beglückte. „Die Sonne Deutschlands ist aufgegangen," begann er, „und der Tag der Entscheidung über seine große Zukunft bricht an. ... Ein freies, ein einiges, ein großes und mächtiges Deutschland, das ist das Losungswort, dem alle Herzen entgegenschlagen, das Panier, um das sich alle deutsche Männer scharen." Für den Aufbau des Reiches stellt er nun ein Programm auf, das bei straffster Zentralisation doch genügende Berücksichtigung der Einzelstaaten innerhalb der Verfassung und ihre Vertretung in einem Staatenhaus nach Art des amerikanischen Senats neben einem durch gleiches, allgemeinstes Wahlrecht entstandenen Reichstag vorsieht; außerdem ein Bundeshaupt mit einem verantwortlichen Bundesministerium, gemeinsame Vertretung nach außen und einheitliche Ausgestaltung sämtlicher Staatseinrichtungen im Innern; ferner Einkommen- und Vermögenssteuer neben Steuerfreiheit für sämtliche Bedarfsartikel und endlich weitgehende Fürsorge für die unbemittelten Volksklassen. Aber so sehr Riesser von dieser sozialen Verpflichtung durchdrungen ist, so sieht er doch das wahre Heil des Arbeiterstandes in der eigenen hilfreichen Tätigkeit und in der Einsicht aller

Klassen, daß ihr Wohlergehen durch wechselseitige Rücksichtnahme bedingt ist. „Nicht dadurch wahrlich," sagt er, „daß man die eine Klasse des Volkes durch gehässige und täuschende Vorspiegelungen wider die andere aufregt, nicht dadurch, daß man eine alle Tätigkeit lähmende Unruhe und Besorgnis unterhält, sondern nur durch friedliche, einträchtige Verständigung unter allen Interessen, durch Mäßigung und möglichste Aufopferung selbstsüchtiger Ansprüche von allen Seiten, durch Erhaltung der Ordnung und des Vertrauens in dieselbe kann das Wohlsein aller und namentlich das der zahlreichsten, der arbeitenden Klasse, gefördert werden." Was die Staatsform betrifft, so ist Riesser der Meinung, daß von einer förmlichen Verbürgung des sogenannten monarchischen Prinzips abseiten des Bundes nicht mehr die Rede sein könne, daß vielmehr die rechtliche Möglichkeit republikanischer Staatenbildungen in Deutschland, da wo sie durch eine klar erkennbare Mehrheit entschieden gefordert werden, nach dem Grundsatze der Volkssouveränität entschieden eingeräumt werden müsse. Dagegen müsse jeder aufrichtige Beobachter die Tatsache erkennen und jeder Vaterlandsfreund sie achten, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes in der Form der konstitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der errungenen Freiheit sowie der gesetzlichen Ordnung, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann, erblicke.

Den in diesem Programm dargelegten Grundsätzen ist Riesser während seiner parlamentarischen Tätigkeit im ganzen treu geblieben; nur zum Wahlrecht und zu den Gebrauchssteuern hat er seine Stellung später geändert. Wiederholt nahm er auch Gelegenheit, sie in der Wahlbewegung für die Nationalversammlung in Hamburg zu vertreten, obgleich er nicht in seiner Vaterstadt, sondern im nahen Herzogtum Lauenburg kandidierte, wo er denn auch mit 64 gegen 31 Stimmen gewählt wurde. Die große Genugtuung über seinen ungeahnten Erfolg spiegelt der Brief wider, den er

bald darauf an seine Schwägerin nach Bockenheim schrieb: „Die Gegenstimmen drückten den ganzen, vereinten Einfluß des hohen Beamtentums, des Adels und der fast durchwegs pietistischen Geistlichkeit aus; für mich war ein freisinniges, aufgeklärtes Bürgertum, das durch wackere, kluge und energische Männer vertreten war. In einem Lande, das noch eine ganz mittelalterliche Verfassung hat und bis vor kurzem von Beamten, Adel und Pfaffen beherrscht schien, ist der Erfolg ein überaus erfreulicher."

Am 18. Mai fand die Eröffnung der Nationalversammlung unter der freudigen Teilnahme des ganzen deutschen Volkes statt. In feierlichem Zug begaben sich die Erwählten der Nation entblößten Hauptes unter dem Jubel der Menge und dem Geläute der Glocken aus dem Römersaale des Rathauses nach der festlich geschmückten Paulskirche, wo die Verhandlungen stattfanden. An die 600 Abgeordnete aus allen deutschen Gauen und aus Österreich, darunter die ersten und verehrtesten Namen jedes Stammes, füllten den Rundbau der Kirche. Riesser war neben einigen Mitgliedern jüdischer Abstammung damals noch der einzige glaubenstreue Jude*). Doch fand er eine große Zahl politischer Gesinnungsgenossen, die seine Charakter- und Geisteseigenschaften vorurteilsfrei würdigten und ihm aufrichtige Freundschaft entgegenbrachten. Sie bildeten zusammen das „linke Zentrum", das nach seinem Versammlungslokale auch die Partei des „Württemberger Hofes" genannt wurde. Es waren gemäßigt freisinnige Männer, die die nationale Einheit im Bunde mit der bürgerlichen Freiheit begründen und die konstitutionelle Monarchie als ideale Staatsform verwirklichen wollten. Im Gegensatz zum „rechten Zentrum", das bei Schaffung der Reichsverfassung neben der National-

*) Wichmann, Aus der Paulskirche.

versammlung die Regierungen als mitberechtigt anerkannte, wollten sie diese von der Mitwirkung ausgeschlossen und die schwierigste und verantwortungsvollste Aufgabe der Versammlung dem Parlament allein vorbehalten wissen; sie waren also gegen jede Vereinbarung mit den Regierungen, höchstens für Berücksichtigung derselben, weil sie, wie Riesser später sagte, die Überzeugung hatten, „daß auf keinem anderen als auf jenem Wege überhaupt eine Verfassung, welche die Bedürfnisse des Volkes irgend befriedige, zu stande kommen könne, weil die 38 Regierungen, wenn ihre förmliche Zustimmung zur Gültigkeit der Verfassung erforderlich wäre, sich niemals einigen würden*)." Auf den beiden äußersten Flügeln des Zentrums standen die legitimistische Rechte und die republikanische Linke, von denen die erstere das Verfassungswerk nur gemeinsam mit den Fürsten zu stande bringen wollte, während letztere auf der Volkssouveränität im weitesten Sinne fußend jede Vereinbarung mit diesen und ihrem Organ, dem Bundestag, ablehnte. Trotz dieser stark von einander abweichenden Ansichten über die das Zustandebringen der Verfassung bedingenden Faktoren vereinte sich die Mehrheit der Versammlung zu einmütigem Beifall, als ihr Präsident ihre wichtigste Aufgabe mit den Worten umschrieb: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf, die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation."

Da seitens der Regierung kein Verfassungsentwurf vorgelegt wurde, wählte die Versammlung zur Ausarbeitung eines solchen einen Ausschuß aus den bedeutendsten Mitgliedern aller Parteien, dem auch Riesser angehörte. Gleichzeitig war er auch Mitglied und bald Vorsitzender des Prioritäts- und

*) Rechenschaftsbericht an meine Wähler.

Petitionsausschusses, in dem es eine Fülle von Arbeit zu bewältigen gab, da hier die Reihenfolge und die einzelnen Ausschüsse zu bestimmen waren, in denen die massenhaft aus ganz Deutschland herbeiströmenden Anträge behandelt werden sollten. Wenn man bedenkt, daß anfangs August schon 2200, bis zur Auflösung der Versammlung aber 9319 solcher Anträge und Petitionen eingelaufen waren, kann man sich einen Begriff von der mühevollen, stillen Arbeit machen, die Riesser dabei leistete*).

Während des Tages war denn auch seine Zeit durch Kommissions- und Plenarsitzungen reichlich in Anspruch genommen, die Abende aber mußten zu Verhandlungen und Besprechungen mit Parteifreunden und den verschiedenen Parteigruppen dienen, Besprechungen, wie sie bei der Unbestimmtheit der Lage und der Vielheit der Meinungen zur Verständigung dringend geboten waren, wenn die parlamentarische Maschine nicht leer gehen sollte.

So sah er seine Angehörigen in der Regel nur morgens, da er in der Stadt speiste und erst spät abends nach Hause kam. Die Sonn- und Feiertage aber benützte er zur Erledigung der notwendigsten Korrespondenz und zuweilen zu Ausflügen in die herrliche Umgebung. Die Ruhe der Natur und die körperliche Bewegung taten dem überarbeiteten Manne wohl, den zudem eine innere Unruhe und Spannung erfüllte, deren er nur schwer Herr werden konnte. Der ersten Befriedigung über seinen Wahlerfolg, in dem er nur einen Sieg des von ihm vertretenen Prinzips erblickte, waren bald Zweifel an seiner persönlichen Befähigung zur Ausübung des ihm übertragenen Mandats gefolgt; doch nahm er diese Bedenken nicht tragisch, „denn," schrieb er an Frau Senator Haller, „man kann ein für manche Dinge brauch-

*) Wichmann, Aus der Paulskirche.

barer Mensch und doch ein ziemlich unnützes Parlamentsmitglied sein." Tiefer aber als diese persönlichen Bedenklichkeiten bewegte ihn die Sorge um Deutschlands Zukunft und seine oft wechselnde Stimmung hing, wie er im gleichen Briefe schreibt, fast ausschließlich von den Hoffnungen ab, die er für die Wirksamkeit der Arbeiten zum Heile Deutschlands fassen konnte. Sollten aber diese Hoffnungen nicht gleich einer tiefen Enttäuschung und Entmutigung Platz machen, so mußte vor Inangriffnahme der Verfassungsberatung die vordringlichste Aufgabe der Versammlung, die Schaffung einer vorläufigen vollziehenden Zentralgewalt, einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Die zahlreichen Petitionen, die sich schon in der ersten Zeit der Parlamentstagung in diesem Sinne aussprachen, der Eifer, mit dem im weiteren Verlauf die einzelnen Parteien ihre Vorschläge und Anträge einbrachten und berieten, die Spannung, mit der man den kommenden Verhandlungen entgegensah, verrieten die Bedeutung, die man allenthalben dieser, wie Riesser sagte, „gewaltig schwierigen" Frage beilegte. Die Beratungen begannen am 19. Juni gleich mit 16 Anträgen und 223 eingeschriebenen Rednern. Nach sechsunddreißigstündiger Debatte über die verschiedenartigsten Vorschläge wurde die Versammlung durch das unerwartete Eingreifen ihres Präsidenten von Gagern zu dem „kühnen Griff" hingerissen, die Zentralgewalt nicht einem dreigliederigen Direktorium, wie vorgeschlagen, zu übertragen, sondern in die Hand eines einzigen Mannes zu legen, worauf einige Tage später Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser gewählt wurde. Riesser war zwar mit dem linken Zentrum für die Wahl eines einzigen Regenten ohne vorherige Einvernahme mit den Regierungen, aber er hätte gerne einen Privatmann einem Fürsten vorgezogen; doch folgte er seiner persönlichen Meinung nicht und stimmte für Erzherzog Johann, weil er der Meinung war, daß keine andere Persönlichkeit in diesem

Augenblick eine wirksame Regierung zu gründen im stande wäre. „Gott gebe," fügte er hinzu, „daß das Geschehene zum wahren, dauernden Heile des Vaterlandes ausschlagen möge! Ich habe die beste Hoffnung."

Bekämpfung des Mohlschen Antrags.

Wenn Riesser auch zu den großen Fragen, die bisher die Versammlung so leidenschaftlich erregt hatten, eine scharf umrissene Stellung einnahm, wie es der geistigen Bedeutung dieser Führernatur und seiner Eigenart entsprach, zu allen Erscheinungen mit heißem Bemühen ein festes, auf eigener Prüfung begründetes Verhältnis zu gewinnen, so hatte er doch in den Verhandlungen selbst bis jetzt das Wort noch nicht ergriffen. Über die Gründe für diese Zurückhaltung hat er sich in einem Brief an Frau Senatorin Haller mit bemerkenswerter Offenheit und Bescheidenheit ausgesprochen, die für das Wesen Riessers charakteristisch sind. „Eine der Ursachen meiner geringen Teilnahme an den Debatten der Versammlung ist eben die," schreibt er, „daß ich in wichtigen Fragen mit Mühe so viel Festigkeit der Überzeugung gewinne, als ich brauche, um mich selbst zu bestimmen, daher keine Überzeugungskraft übrig habe, sie zur Bestimmung anderer zu verwenden. Dazu erkenne ich täglich mehr, daß das Wenige, was ich an Talent besitze, von der Art ist, daß es nur auf dem Boden einer tiefen und heißen Überzeugung zu gedeihen vermag, während mir die eigentliche politische Fähigkeit, die sich auch in der mehr oder weniger willkürlich angenommenen Stellung leicht und sicher bewegt, abgeht. Über das im ganzen und großen zu erreichende Ziel freilich steht meine Ansicht fest genug, aber über die rechten Mittel und Wege zum Ziel — und auf die kommt es ja eigentlich an — wird es mir schwer zu einer recht bestimmten Meinung zu kommen, zu einem entschiedenen, in jedem gegebenen

Fall rasch fertigen und entschlossenen Willen, der die erste und unerläßlichste Bedingung politischer Geltung ist. Auch empfinde ich oft den Mangel an Vorkenntnissen und Vorübung; ich merke es mir an, daß ich eine Reihe von Jahren weder in beharrlichem, einsamem Studium noch im Mittelpunkt politischer Bewegung verbracht habe, sodaß ich der politischen Fragen weder theoretisch noch praktisch ganz mächtig geworden bin. Freilich führt wohl mancher das Wort, der sich in ähnlichem Falle befindet; aber die glückliche, wenn auch nicht beneidenswerte Keckheit, durch die solche Charaktere getragen werden und kraft deren sie auch, wenn sie straucheln, leicht wieder ins Gleichgewicht kommen, die geht mir ganz ab und ich habe zu viel angeborene Schüchternheit, um mich auf einem Boden leicht bewegen zu können, dessen ich mich nicht ganz Herr fühle. So entspricht denn meine bescheidene Stellung in der Versammlung ganz meiner Stimmung und Selbstkenntnis und ich bin dabei ganz getrost, zumal da ich die Hoffnung nicht aufgebe, mit den Verhältnissen zu wachsen, mich mit ihnen zu befestigen."

Einige Wochen nach diesem Bekenntnis sah sich Riesser jedoch gezwungen, plötzlich aus seiner Zurückhaltung herauszutreten und sich unter Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten zum Wort zu melden. Ein unerwarteter Zwischenfall, der ihn nicht nur in seinem persönlichen Ehrgefühl aufs tiefste verletzte, sondern auch die Grundlagen seiner bisherigen Lebensarbeit zu zerstören drohte, trieb ihn auf die Rednertribüne. Nachdem Ende Juni das Gesetz über die Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt vom Parlament verabschiedet war, hatte man sich anfangs Juli der Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes zugewendet, durch die die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Rechtsgleichheit jedes Deutschen gewährleistet und alle noch bestehenden Schranken des bisherigen Feudal- und Obrigkeitsstaates beseitigt werden sollten. So war man in gründ-

licher Aussprache, was bei einer Versammlung, in der 300 deutsche Juristen und 80 deutsche Professoren nicht nur saßen sondern auch redeten, nicht zu verwundern ist, am 29. August glücklich zu § 13 der Grundrechte gekommen, wonach die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein sollten. Da stellte der württembergische Abgeordnete Moritz Mohl zu allgemeiner Verwunderung den Gegenantrag:

„Die eigentümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung und können vom Reiche geordnet werden. Den israelitischen Angehörigen Deutschlands werden die aktiven und passiven Wahlrechte gewährleistet." Schon die Verlesung des Antrags rief allgemeine Bewegung hervor, sodaß der Antragsteller sein Verhalten gleichsam zu entschuldigen suchte, indem er erklärte: „Er wird mir gemütlich schwer, dieser Antrag." Moritz Mohl, der Bruder des hochangesehenen Reichsjustizministers Robert von Mohl, hatte als demokratischer Heißsporn auf seinen Familienadel und nach der Wahl in die Nationalversammlung auf sein Amt als württembergischer Obersteuerrat verzichtet, um sich ganz der politischen Tätigkeit zu widmen. Sein demokratisches Gewissen hatte ihn zwar gezwungen, für Abschaffung aller Titel und Vorrechte des Adels zu stimmen, ihn jedoch nicht gehindert, gleichzeitig auch gegen die Emanzipation der Juden aufzutreten. Nun hielt er den Zeitpunkt für gekommen, diese etwas wirren politischen Grundsätze in die Tat umzusetzen, indem er seinen judenfeindlichen Antrag durch eine gehässige Hetzrede begründete, die alle längst gehörten und längst widerlegten Vorwürfe gegen die Juden vor der unwilligen Versammlung ausbreitete. Mit steigender Entrüstung hatte Riesser dem eifervollen Antragsteller zugehört, der auch in seiner äußeren Erscheinung wenig Anziehendes besaß. Nach der Beschreibung eines Gesinnungsgenossen von ihm aus der Paulskirche

war er „von kleiner Statur, hatte wenig Würde in seiner Haltung und in seinen Gebärden; der Kopf war rundlich, den blöden Augen sah man das nächtliche Arbeiten an; eine wollige, ins Gelbliche spielende Perücke verdeckte die tiefliegende Stirne beinahe ganz." *)

Stand er auf der Tribüne, so ermüdete er das Haus durch seine unerschöpfliche Fülle von Gründen und Gegenbeweisen, mit denen er den unbedeutendsten Einwand zu widerlegen suchte, oft bis zum Überdruß, sodaß er nur selten die Aufmerksamkeit des Hauses oder gar seine Unterstützung fand. So erwuchs ihm auch für seinen Antrag kein Helfer in der Versammlung, wohl aber in Riesser ein machtvoller Gegner. Heiliger Entrüstung voll stürzte er auf die Tribüne und bereitete in unvorbereiteter, aber wirkungsvoller Rede dem Schwaben eine gründliche Abfuhr, indem er zugleich in klarer Beweisführung und mit inniger Herzenswärme die Sache seiner Glaubensbrüder vertrat. „Im Namen einer seit Jahrhunderten unterdrückten Rasse" protestierte er gegen die unberechtigten Anschuldigungen und gegen die „Ausnahmegesetze gegen eine schwache Religionspartei, die in bürgerlicher Hinsicht nichts will als in Deutschland aufgehen, die keine Nationalität haben will, die ihnen von ihren Feinden aufgebürdet wird, die deutsch denkt und fühlt. . . . Die Juden," fährt er fort, „werden immer begeisterere und patriotischere Anhänger Deutschlands unter einem gerechten Gesetze werden. Sie werden mit und unter den Deutschen Deutsche werden. Vertrauen Sie der Macht des Rechts, der Macht einheitlichen Gesetzes und dem großen Schicksale Deutschlands! Glauben Sie nicht, daß sich Ausnahmsgesetze machen lassen, ohne daß das ganze System der Freiheit einen verderblichen Riß erhalten, ohne daß der

*) Wichmann.

Keim des Verderbens in dasselbe gelegt würde. Es ist Ihnen vorgeschlagen, einen Teil des deutschen Volkes der Intoleranz, dem Hasse als Opfer hinzuwerfen; das werden Sie aber nimmermehr tun, meine Herren!"

Die Rede fand begeisterte Zustimmung, da ihr Herzton die Gemüter ergriffen und die Beweiskraft der Gründe die Geister überzeugt hatte. Was vorher nur eigenste Angelegenheit eines kleinen, mißachteten Bevölkerungsteils geschienen, das stand jetzt Erfüllung heischend als dringendes Postulat der Sittlichkeit und des Rechts vor den Augen der Nation. Seitdem bildet die Gleichberechtigung aller Konfessionen im Staat einen Hauptprogrammpunkt der liberalen Parteien, ein unvergeßliches Verdienst Riessers, dem dadurch nichts von seiner Bedeutung genommen wird, daß diese konfessionelle Gleichberechtigung in den darauffolgenden sieben Jahrzehnten mehr als schöne Zierblüte die liberalen Parteiprogramme schmückte, denn als reife Nutzfrucht die danach Lechzenden erfreute. Riesser aber war von da ab, nachdem er sich nicht nur als kenntnisreicher Arbeiter in den Kommissionen sondern nun auch als wirkungsvoller Redner bewährt hatte, eine Hoffnung seiner politischen Freunde, bei deren Beratungen und Entschließungen sein Wort von da ab gewichtig in die Wagschale fiel.

Für Schleswig-Holstein und gegen die Septemberereignisse.

Bald nach diesem mannhaften Auftreten Riessers trat in der Beratung der Grundrechte eine längere Unterbrechung ein, da das Interesse der Nationalversammlung durch die folgenschwere schleswig-holsteinische Angelegenheit völlig in Anspruch genommen wurde. Diese Frage, die 18 Jahre lang die deutsche Politik beherrschte, bis im Jahre 1866 ihre

endgültige Lösung durch Blut und Eisen erfolgte, erweckte erst seit 1846 auch außerhalb der beiden Herzogtümer größere Teilnahme. Damals hatte Christian VIII. von Dänemark die Jahrhunderte alte gemeinsame Verfassung der beiden Herzogtümer aufgehoben und in Schleswig die schon in Dänemark bestehende weibliche Thronfolge eingeführt, um bei dem bevorstehenden Aussterben des dänischen Mannesstammes das zur Erbfolge berechtigte einheimische Herzogsgeschlecht Augustenburg ausschließen und Schleswig in Dänemark einverleiben zu können. Dieser Gewaltstreich, durch den ein kraftvoller Zweig auf immer vom Mutterstamm des deutschen Volkstums getrennt werden sollte, erregte in ganz Deutschland den heftigsten Unwillen, zugleich aber auch einmütige, leidenschaftliche Parteinahme für die Sache der beiden Herzogtümer. Wie ein begeistertes Treugelöbnis klang das Lied „Schleswig-Holstein, meerumschlungen" durch alle deutschen Gaue von den Alpen bis hinauf zu den bedrohten Stammesbrüder am Meere, deren Wahlspruch „Up ewig ungedeelt" die Stellung der gesamten deutschen Nation in dieser Ehrenfrage klipp und klar zum Ausdruck brachte. Auch Riesser war über die dänische Gewalttat aufs tiefste empört. In einem Trinkspruch zur Feier der Leipziger Schlacht trat er damals nachdrücklich für die Rechte der Herzogtümer ein, deren deutscher Gesinnung er vor ganz Deutschland ein glänzendes Zeugnis ausstellte. „Setzen wir alles daran," erklärte er, „daß Schleswig-Holstein dem Bande, welches das Vaterland umschlingt, erhalten werde, aber streben wir mit gleicher Kraft, daß dieses Band ein einiges und lebendiges, ein durchweg auf Freiheit und Gerechtigkeit begründetes werde . . . Die Herzogtümer hängen so innig am Vaterlande, sie sind so durch und durch deutsch, daß selbst der politische Gewinn, den der Fremde ihnen bietet, sie nicht zu locken vermag. Wenn selbst eine freie Verfassung von Norden her dargeboten würde, sie würden es verschmähen,

getrennt von ihren deutschen Brüdern im Freiheitsgenusse zu schwelgen; sie würden lieber das karge Brot dürftig zugemessener Freiheiten im Vaterhause mit den Brüdern brechen und die Hoffnungen einer freien Zukunft, an denen Deutschland reich ist, mit den Brüdern teilen. Wohl verdient diese Gesinnung unsere Anerkennung, unsere Liebe; aber Deutschland hat einen Weg, um diese Hingebung zu belohnen, daß es nämlich danach strebe, dieses Opfer unnötig, ja unmöglich zu machen." Unmittelbar drohend wurde die dänische Gefahr aber erst, als Christian VIII. im Jahre 1848 starb und sein Nachfolger Friedrich VII. bald darauf die Einverleibung Schleswigs verkündete und gleichzeitig dänische Truppen in die Herzogtümer sandte. Dieser Vergewaltigung widersetzten sich die Herzogtümer mit aller Kraft; sie griffen zu den Waffen und riefen König Friedrich Wilhelm von Preußen, der ihnen früher schon seinen Beistand gegen Dänemark zugesagt hatte, zu Hilfe. Der streng legitimistisch gesinnte Monarch suchte zunächst den König von Dänemark zu veranlassen die Einverleibung wieder rückgängig zu machen; als ihm dies jedoch nicht gelang, ließ er die Kanonen ihre eherne Sprache beginnen. Aber bald fand er es bedenklich, trotzdem die militärischen Operationen günstig verliefen, den Krieg fortzusetzen, da Rußland, England und Österreich Miene machten, Preußen in den Arm zu fallen und da auch der Krieg wegen der empfindlichen Schädigung des Seehandels in Norddeutschland täglich unpopulärer wurde. So schloß Preußen am 26. August mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmö ab, löste aber damit in der Nationalversammlung erbitterten Unwillen aus. Schon daß ihn Preußen in seinem und des deutschen Bundes Namen und nicht im Auftrag der Zentralgewalt vereinbart und dabei den Abgesandten der letzteren geflissentlich von den Verhandlungen fern gehalten hatte, erregte große Erbitterung. Die Bedingungen des Vertrags aber erhöhten sie bis zum Übermaß, da Preußen

nach allgemeiner Ansicht dabei seine Vollmachten überschritten und die Rechte der Herzogtümer wie die Ehre Deutschlands rücksichtslos preisgegeben hatte. Diesen Empfindungen gab in der Sitzung vom 5. September Dahlmann in einer eindrucksvollen Rede Ausdruck, in der er Widerstand gegen die ausländischen Mächte und Nichtgenehmigung des Vertrags forderte, worauf denn auch, nachdem noch eine Anzahl angesehener Redner im gleichen Sinne gesprochen hatten, der Vertrag mit kleiner Stimmenmehrheit verworfen und Einstellung aller zur Ausführung des Waffenstillstands bereits eingeleiteten Maßregeln gefordert wurde. Daraufhin reichte das Ministerium seine Entlassung ein und Dahlmann wurde mit der Neubildung der Regierung betraut. Da die Stimmen des linken Zentrums diese Entscheidung mitherbeigeführt hatten, hätte er folgerichtig auch seine Mitarbeiter in erster Linie unter den bedeutenderen Männern des Württemberger Hofes wählen müssen, wobei neben Robert von Mohl, Biedermann u. a. zunächst auch Riesser in Betracht gekommen wäre *). Da Dahlmann aber sein Ministerium mehr nach rechts orientieren wollte, als die Lage es gestattete, scheiterten seine Bemühungen, worauf er den Auftrag wieder in die Hände des Reichsverwesers zurücklegte. Unterdessen hatten sich jedoch die Aussichten für die Genehmigung des Vertrags etwas gebessert, wenn auch bei der endgültigen, am 14. September beginnenden Beratung das Ergebnis noch recht unsicher war, da die Entscheidung bei nur wenigen Stimmen lag. Mit Aufbietung höchster Beredsamkeit rangen Gegner und Befürworter des Vertrags drei heiße Tage miteinander. Endlich erfolgte nach zwölfstündiger Sitzung am 16. September bei hereinbrechender Nacht unter fieberhafter Aufregung die Abstimmung. Gar mancher, der früher gegen den Vertrag gewesen, wie der alte Arndt, gab jetzt

*) Rümelin, Aus der Paulskirche.

unter lautem Mißfallen der Gegner seine Stimme für Genehmigung ab, die denn auch schließlich mit einer kleinen Mehrheit ausgesprochen wurde. Rieser war auch diesmal seiner ursprünglichen Meinung treu geblieben und hatte gegen den Waffenstillstand gestimmt. Diese seine Haltung fand jedoch bei seinen Hamburger Freunden und einem Teil seiner Wähler keine Zustimmung, was den inneren Kampf und die peinliche Stimmung, die die inhaltsschwere Frage in dem gewissenhaften Manne hervorgerufen, nur noch verstärkte. Da jedoch der größere Teil seiner Wähler mit seiner Abstimmung einverstanden war, sah er zu einem Rücktritt von seiner Stellung, in der er „mehr die Erfüllung einer sehr ehrenvollen Pflicht als eine Sache persönlicher Befriedigung" erblickte, keine Veranlassung, während er es im andern Fall als „durch die Ehre und sittliche Pflicht geboten" erachtet hätte, sein Mandat in die Hände seiner Wähler zurückzulegen. Nach einiger Zeit war denn auch die leichte Verstimmung zwischen diesen und ihm behoben. Die Abstimmung der Nationalversammlung aber war von den verhängnisvollsten Folgen begleitet, deren drohende Vorzeichen sich sofort bemerkbar machten. Unter ungeheurer Erregung leerte sich die Paulskirche. Draußen aber stand die Menge Kopf an Kopf und begrüßte die heraustretenden Mitglieder der Mehrheit mit Johlen und Beschimpfungen. Der alte Jahn und der Minister Heckscher konnten den Mißhandlungen des Volkes nur mit Mühe entrinnen. Am folgenden Tag fand unter freiem Himmel eine riesige Volksversammlung statt, in der durch einige Redner der Linken die heftigsten Anklagen erhoben und die 258 Abgeordneten, die für Genehmigung des Vertrages eingetreten waren, als „Verräter des deutschen Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre" erklärt wurden. Dieser Beschluß sollte am nächsten Vormittag durch eine Abordnung in der Paulskirche überreicht werden. In der dazwischen liegenden Nacht hatte man jedoch zum Schutze

des Parlaments Truppen aus Mainz kommen lassen und als morgens die Abgeordneten kamen, um ihre Sitze einzunehmen, fanden sie die Kirche von Militär umstellt. Aber gerade der Nordeingang, durch den sie gewöhnlich eintraten, war freigelassen. Hier sammelte sich denn auch rasch eine große Menge Volkes, die immer ungestümer gegen die Kirche drängte. Bald dröhnten die Türen unter den Schlägen und Axthieben der Anstürmenden. Riesser hatte sich etwas verspätet und war schon belästigt worden, als er sich den Weg durch die Massen bahnte. Nur mit größer Mühe gelang es ihm die Türe zu erreichen; als er sie aber öffnete, drängte das Volk ihm nach und wollte mit ihm in den Saal eindringen. Nur den vereinten Anstrengungen Riessers und einiger anderer Abgeordneten gelang es, dies zu verhindern und eine Störung der Sitzung hintanzuhalten. Heinrich Laube, der den Zwischenfall als Augenzeuge miterlebte, berichtet darüber*): „Es kamen einige verspätete Abgeordnete von der Nordseite, unter ihnen Riesser, und gingen auf den Eingang zu. Dies benützten die Massen als Gelegenheit und drängten nach. Umsonst wendete sich Riesser um sie abzuhalten; die Masse schob und drang mit ihm durch die erste und durch die nur zwei Schritt davon entfernte zweite Tür. Hinter dieser zweiten Tür ist noch ein ganz kleiner, etwa zwei Schritt breiter Raum durch eine unverschließbare Glastüre abgesondert vom Innern der Kirche. Bis in diesen Raum drang schon die Flut, als einige Parlamentsdiener es bemerkten und herzueilten, um den abwehrenden Riesser zu schützen. Einige Abgeordnete, die links und rechts unmittelbar neben der Glastüre saßen, taten desgleichen und so wurde die plötzlich totenstill werdende Versammlung des Überfalls inne. Es war etwa 10 Uhr. Gagern erhob sich in der ganzen Kraft und Schönheit seines

*) Geschichte des 1. deutschen Parlaments.

gebieterischen Ansehens — mit seinem weitsichtigen Auge konnte er den Tumult hinter der Glastüre genau erkennen und verlangte, daß die Versammlung ohne irgend ein Zeichen von Unruhe ihren Platz behalten solle; er erwartete, daß sie würdigen Schweigens dem drohenden Angriffe entgegensehen werde. Die moralische Wucht dieser Worte wirkte augenblicklich. Wer sich erhoben hatte, setzte sich wieder, nur die Damen auf den unteren Zuschauerplätzen an der Mittagseite der Kirche fingen an zu flüchten. Das Getümmel an der Glastüre dauerte nur kurze Zeit. Es gelang den Dienern und einigen Abgeordneten, die zunächst hereingedrungenen Angreifer — es waren Proletariergestalten — hinter die mittlere Tür zurückzustoßen und diese Tür durch einen glücklicherweise vorhandenen Riegel zu schließen." Draußen aber war unterdessen Blut geflossen. Plötzlich waren wie aus dem Boden gewachsen in zahlreichen Straßen mächtige Barrikaden entstanden und bald entwickelten sich Straßenkämpfe, die den ganzen Tag anhielten und viele Opfer forderten, bis die unterdessen aus Offenbach und Darmstadt angekommene Artillerie gegen Abend den Kampf zu Gunsten des Militärs entschied. Gleichzeitig hatten vor der Stadt wilde Pöbelausschreitungen stattgefunden, denen die beiden Abgeordneten Fürst von Lichnowsky und General von Auerswald zum Opfer gefallen waren. Riesser wurde durch diese schmählichen Ereignisse, die die junge Freiheitsbewegung unauslöschbar befleckten, aufs schmerzlichste erregt. Stets bestrebt, den Rechten und freiheitlichen Bestrebungen des Volkes rückschrittlichen Strömungen gegenüber Geltung zu verschaffen, mußte er nun in den alle Dämme des Gesetzes und der Ordnung überflutenden Pöbelausschreitungen eine ernste Gefahr für die Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands sehen, der nicht früh und kraftvoll genug entgegengetreten und ein wirkungsvolles Gegengewicht nur in einer starken, mit den

nötigen Vollmachten ausgestatteten Zentralgewalt geboten werden konnte. Aus diesem Grunde trennte er sich am 6. Oktober mit einer größeren Anzahl gleichgesinnter Freunde von der Gesellschaft des Württemberger Hofs und bildete mit ihnen die neue Vereinigung des Augsburger Hofs mit dem festen Entschluß, „die Zentralgewalt bei Herstellung und Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung kräftig zu unterstützen und ein durchgreifendes Programm innerer und äußerer Reformen durchzuführen." Da sich schon Ende Juli die mehr republikanisch gesinnte Gesellschaft Westendhall von der des Württemberger Hofs abgesondert hatte, war letztere nun in drei ziemlich gleichstarke Vereinigungen zerfallen, deren jede einzelne zur Mehrheitsbildung zu schwach Unterstützung bei benachbarten Gruppen fand. So suchte der Württemberger Hof von Fall zu Fall Anschluß bei den beiden rechts stehenden Klubs Kasino und Landsberg. Daß Rieſſer bei dieser parlamentarischen Umgestaltung nicht untätiger Zuschauer, sondern ausschlaggebender Mitgestalter war, bedarf bei der angesehenen Stellung, die er sich in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen hatte, keiner besonderen Versicherung*). War er doch anfangs September in den Verfassungsausschuß gewählt und nach Fertigstellung des Verfassungsentwurfs zu einem der Berichterstatter bestimmt worden. Und am 2. Oktober hatte ihn das Vertrauen der Nationalversammlung zu ihrem 2. Vizepräsidenten berufen, den glaubenstreuen Juden neben dem getauften 1. Vizepräsidenten Simson! Diese Vorurteilslosigkeit des nationalen Parlaments spricht in gleicher Weise für den unabhängigen, gerechten Sinn der Männer, die damals Deutschlands Wieder-

*) Er hatte gemeinsam mit Biedermann und von Raumer die vertraulichen Verhandlungen mit G. Beseler geführt. (G. Beseler, Erlebtes und Erstrebtes.)

geburt erstrebten, wie für die hohen persönlichen Eigenschaften der Gewählten. Wenige Tage nach Riessers Eintritt ins Präsidium kam es bei Beratung des Gesetzes zum Schutze der Reichsversammlung und der Beamten der Zentralgewalt, durch das eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge wie die Septemberereignisse verhindert werden sollte, zu lebhaften Debatten, da die Linke die Vorlage als rückschrittlich aufs heftigste bekämpfte. Riesser stand auf seiten der Regierung. „Dieser Mann," sagt Haym*) „allemal dann ein unübertrefflicher Redner, wenn der Gegenstand im Bereiche des moralischen Urteils liegt und durch Wärme des Gefühls gehoben werden kann, lenkte zunächst die Aufmerksamkeit der Versammlung auf jene Vorgänge, welche die Veranlassung zu dem Gesetzentwurfe waren." „Die Jugendblüte unserer Freiheit," klagt er, „der Jugendtraum ihrer raschen und reinen Vollendung, ihrer ungetrübten Durchführung ist dahin; wir können es uns nicht verhehlen, sie ist in das reife Mannesalter getreten, dem auch Entsagung zugemutet, dem das Opfer des Liebsten selbst auferlegt werden kann, um dadurch das Ganze, das Höchste zu retten." Jene Ereignisse seien bisher in einem mildernden, beschönigenden Sinn, nicht aber mit dem ganzen Ernste sittlicher Entrüstung, die sie verdienen, besprochen worden. „Ich kann den Eindruck dieser Ereignisse," fährt er fort, „nicht hinwegwischen von meinem Gemüte, wie man den Staub von den Füßen schüttelt, und wenn man uns gesagt hat, daß auch die Leidenschaft ein Recht habe in der Politik ein Wort mitzureden, nun denn, so möge man auch der Leidenschaft des empörten Rechtsgefühls etwas zu gute halten." Auf den Vorwurf, das Gesetz sei ein Zeichen der Furcht, erwidert er: „Ich bekenne, meine Herren, ich fürchte den Tod nicht

*) Die deutsche Nationalversammlung.

aber ich fürchte das Verbrechen. Ich fürchte es nicht seiner Opfer willen allein sondern ebensowohl um seiner Urheber und Werkzeuge, um des Vaterlandes willen, dessen Ehre es untergräbt, dessen Freiheit und Zukunft es gefährdet." Die besondere Lage und die eigentümliche Verfassung Deutschlands sei ein besonderer Grund uns vor einer noch so kurzen Gewaltherrschaft zu bewahren. „Deutschland wird durch eine blutige Herrschaft unter dem Vorwande der Freiheit niemals auch nur einen Augenblick regiert werden können; es bedarf für jetzt und immer einer mäßigen, einer gerechten, einer sittlichen Regierung. . . . Die Anarchie würde die Einheit Deutschlands unmöglich machen und die Reaktion, die nach Wiederholung solcher Schrecknisse unvermeidlich wäre, würde die Freiheit und Einheit Deutschlands auf lange, lange Zeit vernichten." Aber neben politischer Leidenschaft sei auch Partikularismus an jenen Ereignissen schuld und für die weitere Entwicklung Deutschlands höchst gefährlich. „Wenn diese blinde Wut gegen den Namen eines deutschen Stammes," erklärt er beschwörend, „deren Keim man verbrecherischerweise in die verirrten Herzen eines kleinen Teils des Volks geworfen hat, wenn diese Wut nicht von Grund aus getilgt wird, so ist die Einheit Deutschlands, die Vereinigung der Stämme zu dem heiligen Gesamtbau nicht möglich." Darum betrachtet er diejenigen, die gegen die Majorität dieser Versammlung einen Teil des Volkes aufzuregen und aufzuhetzen suchen, als Verräter am Volke; den Vorwurf aber, als seien die vorgeschlagenen Maßregeln reaktionär, weist er zurück und schließt mit der Hoffnung, daß die Abgeordneten bald den Tag jubelnd begrüßen können, wo „vertrauend auf den erstarkten Geist der Freiheit und der Gesetzlichkeit, die Schranken dieser Maßregel wieder niedergerissen werden." Der Gesetzentwurf wurde mit wenigen Änderungen angenommen und damit auch von der Nationalversammlung unter die Septemberereignisse der abschließende

Strich gezogen. Die Festigkeit, mit der dabei Riesser bei allem Bedauern über die Notwendigkeit der Maßregeln für die Sicherung der staatlichen Lebensnotwendigkeiten eintrat, bewies, daß er bei aller Weichheit des Gemüts und aller Bereitwilligkeit zu erlaubten Zugeständnissen auch den kühlen Verstand und die feste Hand des Realpolitikers besaß und durchzugreifen verstand, wo das Wohl des Vaterlands es verlangte.

Im Streit zwischen Nationalversammlung und Ministerium in Preußen.
Auf dem Präsidentenstuhl der Nationalversammlung.

Während sich so die Nationalversammlung nicht ohne Riessers Verdienst mit unzweideutiger Bestimmtheit gegen die Anarchie erklärte, ging die zur Beratung einer Verfassung berufene preußische Nationalversammlung in Berlin den entgegengesetzten Weg. Auch hier war die Revolution wie in so vielen Ländern Europas beim ersten Ansturm siegreich gewesen, sodaß der König ein liberales Ministerium und eine Nationalversammlung zur Vereinbarung einer Verfassung hatte berufen müssen. In dieser stellte jedoch die durch ihren raschen Sieg allzu selbstbewußte demokratische Linke unter dem Druck der Straße weitgehende Forderungen, die den König aufs höchste erbitterten, sodaß er beschloß, die Versammlung bei erster passender Gelegenheit wieder heimzuschicken und lieber abzudanken erklärte, als die Verfassung anzunehmen, die, wie er sagte, „jetzt in Berlin ausgeheckt wird". Er berief hierauf das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mit dem Auftrag, der Revolution das Haupt zu zertreten und wieder Ordnung und Gesetzlichkeit herzustellen. Die Nationalversammlung aber wurde, um sie dem Einfluß des Berliner Proletariats zu entziehen, nach Bran-

oenburg a. d. H. verlegt, wo nach kurzer Vertagung die Verfassungsberatung fortgesetzt werden sollte. Daraufhin erklärte die Berliner Versammlung diese Maßregel des Ministeriums als ungesetzlich und beschloß in Berlin weiterzutagen und zugleich die Zahlung der Steuern zu verweigern. Jetzt hielt die Frankfurter Versammlung sich für berufen, ausgleichend in den Streit einzugreifen, indem sie die Steuerverweigerung als nicht zu Recht bestehend erklärte und den König aufforderte, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu entlassen, die Nationalversammlung aber wieder nach Berlin zurückzuverlegen. Rieſſer stand auf dem gleichen Standpunkt und begründete ihn in einer glänzenden Rede am 20. November. Er „würde ein hohes Heil für die Geschicke unseres Vaterlandes darin erblicken, wenn dieser Streit durch einen Schiedsspruch dieser Versammlung erledigt werden könnte". Freilich würde dazu das bestehende positive Recht nicht genügen; denn „da, wo ein neues Recht unter Schmerzen geboren wird, wo eine neue Staatsordnung sich erst entwickeln soll, da wird es nicht möglich sein, nach alten, bestehenden Rechtsnormen jede Frage zu entscheiden, da werden wir zurückkehren müssen zum Rechte, das mit uns geboren. . . ." Von diesem Standpunkt aus glaubt Rieſſer nicht, daß die Versammlung recht täte, wenn sie sich auf die Seite der Krone stellte, aber ebenso wenig, wenn sie sich mit der ganzen Kraft ihres Einflusses auf die andere Seite schlüge. Die preußische Versammlung sei nicht in entsprechender Weise dem schimpflichen Unfug entgegengetreten, der gegen einen Teil ihrer Mitglieder gerichtet wurde, obzwar sie doch sonst nicht so scheu gewesen sei, in Maßregeln einzugreifen, die die Regierung angingen. Er gibt zu, daß in dieser parteilosen Stellung eine große Gefahr liegt, denn siege die Gewalt über die preußische Krone, so werde sie wahrscheinlich auch die Frankfurter Versammlung überfluten, triumphierte aber die Reaktion in Preußen, so würde die

Versammlung, als ein Erzeugnis der Freiheit, ebenfalls verloren sein. Dennoch wisse er dieser Doppelgefahr gegenüber „keinen anderen, weil keinen würdigeren Weg für die Versammlung als den des Rechts und der Unparteilichkeit, kein Mittel des Heils für die Versammlung, weil keines für das Vaterland, als daß der Konflikt ohne Gewalt, auf friedliche, gemäßigte Weise gelöst werde. Zudem sei die Macht der Versammlung wohl eine große und gewaltige in Bezug auf die künftige Verfassung Deutschlands, aber nur eine moralische und nicht materielle bei inneren Konflikten. „Aber über die Art," fährt er fort, „wie wir diese moralischen Kräfte hätten verwenden und fester begründen sollen, herrschen in dieser Versammlung verschiedene Meinungen. Von Anfang an hat ein Teil dieser Versammlung uns dahin drängen wollen, daß wir uns ausschließlich auf die auflösenden Elemente der einzelnen Staaten, auf denjenigen Teil ihrer Bevölkerung, der ihren Gesetzen den Gehorsam aufgekündigt hat, stützen, daß wir mit diesen allein oder hauptsächlich das Werk der Einheit, unsere Hauptaufgabe, auszuführen suchen sollen. Wir haben diesen Weg nicht eingeschlagen und ich glaube, wir haben an diesem Scheidewege recht gehandelt im Sinne unseres Werkes; denn ich bezweifle sehr, daß alle diejenigen, die den Gesetzen der Einzelstaaten den Krieg erklärt hatten, bereit gewesen wären, dem Gesetze der Gesamtheit sich willig unterzuordnen. Ich meine, wir sollen für das Werk der Einigung Deutschlands alle Kräfte, nicht bloß die des raschen Fortschritts und der heftigen Bewegung sondern auch die der Ordnung und des Friedens zu gewinnen streben. Bei den Konflikten zwischen Freiheit und Ordnung ist man freilich noch immer daran gewöhnt, die Ordnung als Sache der Regierungen, die Freiheit als die des Volkes aufzufassen. Ich glaube, diese Auffassung ist eben nichts als die Frucht der alten, knechtischen Zustände, wo die Ordnung eine uns

von oben aufgedrungene, nicht eine aus dem Volke selbst durch das Organ des freien Gesetzes entsprossene war. Diejenigen, die jenen Standpunkt noch immer nicht aufgeben wollen, scheinen die neue Zeit nicht zu begreifen und in den alten Vorstellungen befangen zu sein. Wir, die wir in manchen Fällen auf der Seite der Ordnung gegen die Anarchie kämpfen zu müssen glauben, wir schöpfen die Liebe zur Ordnung ebenso gut aus dem Herzen des Volkes, aus seinen Interessen, seinen Neigungen, seinen Bedürfnissen, wie die Liebe zur Freiheit." Einen andren Grund des Zwiespalts in der Versammlung sieht Riesser in der verschiedenen Stellung der Parteien zu den freiheitlichen Errungenschaften seit den Befreiungskriegen und besonders seit dem März d. J. Er ist der Meinung, daß die während dieser Zeit erstrebten und jetzt errungenen Freiheiten echte, hohe Güter sind, deren Besitz jede geistige und materielle Entwicklung des Volkes auf friedlichem, gesetzlichem Wege gewährleistet. Diese Freiheiten glaubt er trotz der Gefahren des Augenblicks gesichert, doch tue es not, sie nicht bloß gegen die Regierungen sondern auch gegen die Versuche anmaßender und gewaltsamer Menschen zu schützen. „Wohl mag das Volk mit Recht," fährt er fort, „wenn die Knechtschaft es bedrängt, nach den Sternen greifen, um sein ewiges Recht herunterzuholen, aber dort wird es auch das erhabene Bild der ewigen Gesetze und der heiligen Ordnung, die die sittliche wie die Körperwelt beherrschen soll, erkennen. Ob die Fahne der rechtlichen, der gesetzlichen, der gemäßigten Freiheit, die wir erheben, in diesem Augenblick schon siegen wird, ob wir unter dieser Fahne siegreich aus dem Kampfe hervorgehen werden oder ob erst nach langen, blutigen Kämpfen unser Vaterland zu den Grundsätzen, die wir vertreten, zurückkehren wird, ich weiß es nicht, meine Herren; aber das weiß ich, daß, wenn wir auch unterliegen sollten, unsere glücklicheren Nachfolger einst dasselbe Panier auf

unseren Gräbern aufpflanzen und unter ihm siegen werden, denn es gibt kein anderes, unter dem das Wohl unseres Vaterlandes dauernd gedeihen kann." Um ihren Beschlüssen mehr Gewicht zu geben und außerdem in dem sich stets verschärfenden Konflikt zu vermitteln, sandte nun die Versammlung die Abgeordneten Hergenhahn und Simson als Reichskommissare nach Berlin, wohin sich zur Erkundung des Kriegsschauplatzes kurz vorher auch Präsident von Gagern begeben hatte. Während ihrer Abwesenheit ruhte die ganze Bürde des Präsidiums in der Frankfurter Versammlung fast ausschließlich auf Riesser, nachdem er am 2. November wiederholt zum 2. Vizepräsidenten gewählt worden war. Und diese Last war nicht gering, da die Wogen der Erregung und des Lärms oft sehr hoch gingen, denn die republikanische Linke war in der Minderheit und suchte den geordneten Verlauf der Sitzungen durch „dringliche" und „höchst dringliche" Anträge zu hindern und die Verhandlungen durch Klagen und Vorwürfe, Unterbrechungen und fruchtlose Diskussionen zu stören. Riesser tat sein Möglichstes, die Beratungen durch die Skylla und Charybdis dieses lärmvollen Chaos zu einer gedeihlichen Beschlußfassung zu leiten; ausgiebig schwang er die Präsidentenglocke und unaufhörlich rief seine weiche Tenorstimme „Ich bitte um Ruhe" in die Versammlung, freilich nicht mit sonderlichem Erfolg, denn er besaß wohl die juristischen und formalen Fähigkeiten zur Führung der Debatten im hohen Grade, aber er versagte, wie Laube sagt, „in der Beurteilung und Behandlung der Menschen und ihrer Leidenschaften," weshalb er auch die leicht erregbare Linke durch manche unwillige Bemerkung gegen sich aufbrachte, statt in leidenschaftsloser Sachlichkeit über den Parteien zu stehen. So brachte ihm die Führung der Präsidialgeschäfte wenig Freude und Dank und er war herzlich froh, als nach der Rückkehr der Reichskommissare das aufreibende Amt wieder von ihm genommen wurde.

Immerhin hatte er durch seine Energie und Umsicht erreicht, daß die Obstruktion der Linken die Weiterberatung nicht zum Stillstand gebracht und der täglich schärfer gewordene Kampf der feindlichen Parteien nicht zum Bruch geführt hatte. Die Bemühungen der Frankfurter Friedensboten aber hatten in Berlin keinen Erfolg. Der König sprach ihnen gegenüber mit Rücksicht auf die vielen ihm zugegangenen Zustimmungsadressen die Meinung aus, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel das Vertrauen des Landes besitze, und auch die Verhandlungen mit dem Grafen Brandenburg blieben erfolglos. Von der Nationalversammlung in Brandenburg aber hatte Simson schon bei einem Besuch ihrer Beratungen am 1. Dezember die Überzeugung gewonnen, daß von ihr nichts für den Abschluß des Verfassungswerks zu erwarten war. So beschlossen denn die Reichskommissare unverrichteter Sache wieder nach Frankfurt zurückzukehren. Noch ehe sie aber Berlin verlassen hatten, verkündete der „Staatsanzeiger" die Auflösung der Brandenburger Versammlung und die Oktroyierung einer Verfassung durch das verhaßte Ministerium*).

Berichterstatter über die österreichische Frage und das Wahlgesetz.

Nach dem preußischen Zwischenakt nahm die Versammlung in der Paulskirche ihre eigentliche Aufgabe, die Verfassungsberatung, wieder auf. Begonnen hatte man diese schon Mitte Oktober, nachdem die im Lauf des Sommers wiederholt unterbrochenen Verhandlungen über die Grundrechte zum Abschluß gekommen waren, mit den Paragraphen, die vom Reich handelten. Es war eine glückliche

*) E. von Simson, Erinnerungen aus seinem Leben.

Wahl, daß man zu einem der Berichterstatter für den schwierigen Stoff gerade Gabriel Riesser bestimmt hatte, den Berthold Auerbach den „würdigen Vertreter des politisch-patriotischen Charakters des 19. Jahrhunderts" nennt, da er für die mühe- und verantwortungsvolle Aufgabe durch glänzende Eigenschaften des Geistes und Charakters besonders geeignet war. Ausgestattet mit umfassenden allgemeinen und juristischen Kenntnissen, konnte er in scharfer, überzeugender Beweisführung und edler, klarer Sprache, der zur Verdeutlichung die treffendsten Bilder mühelos zuflossen, die verwickeltsten Verfassungsfragen auseinandersetzen, ohne daß die gespannt horchenden Hörer eine Spur der Ermüdung fühlten. Große Dienste leistete er in dieser Hinsicht auch seinem Klub, dem Augsburger Hof, dem er mit wahrer Meisterschaft die feinsten und weitesten Beziehungen jedes einzelnen Punktes der Verfassung auseinandersetzte. „Wurde er um Auskunft befragt, so begann er immer mit einem leichten Ja! und setzte noch ein Ja! hinzu, als ob er nur eine dürftige Notiz mitteilen werde; aus diesen leichten Jas entspann sich aber immer ein weiter Kreis, von den wichtigsten Fäden des Verfassungsnetzes." *)

Freisinnig in seinen Anschauungen, aber maßvoll in ihrer Vertretung, fest und unerschrocken in der Verfechtung seiner persönlichen Ansichten, aber duldsam und gerecht in der Beurteilung fremder Meinungen, war er wie wenige geeignet, bestehende Gegensätze auszugleichen und widerstreitende Interessen zu versöhnen. Und dabei loderte in diesem wegen seines Glaubens so oft zurückgesetzten, in seinen Lebenshoffnungen so oft enttäuschten Juden eine heilige Glut der Vaterlandsliebe, die über die Misère der Gegenwart hinaus nur das eine unverrückbare Ziel im Auge hatte: hinwegzuräumen den lastenden, erstickenden Schutt der Vielstaaterei

*) H. Laube.

und mitzubauen an der so heiß ersehnten herrlichen Zukunft des deutschen Volkes und dem heiligen Gesamtbau aller deutschen Stämme. Dieser national-deutsche Standpunkt Riessers offenbarte sich sofort bei Beginn der Verhandlungen. Schon bei der Beratung des § 1 des Entwurfs, in dem die zum künftigen Deutschen Reich gehörigen Gebiete aufgezählt wurden, wobei die Verhältnisse des Herzogtums Schleswig der definitiven Anordnung vorbehalten blieben, erklärte er:

„Der Verfassungsausschuß hat das Bewußtsein, daß er, indem er sich beschieden hat, die Einverleibung Schleswigs nicht auszusprechen, keinem Rechte Deutschlands, keinem Rechte Schleswigs etwas vergeben hat. Er hat geglaubt, daß ein solcher Ausspruch bei der augenblicklichen Sachlage in die Verfassung nicht gehöre. Sollte Dänemark nicht die gleiche Zurückhaltung beachten, sollte Dänemark es wagen, dieselbe Frage in feindlichem Sinne in seiner Verfassung entscheiden zu wollen, nun, so glaube ich, daß eine solche Vermessenheit unserer Mäßigung, daß ein solcher Bruch der Verträge unserer Treue gegenüber im Angesicht Europas der dänischen Sache nur schaden, der deutschen Sache nur nützen würde."

Mit den §§ 2 und 3 tauchten im Fahrwasser der Beratungen die ersten gefährlichen Klippen auf. Sie bestimmten, daß kein Stück des Deutschen Reiches mit einem nichtdeutschen Lande zu einem Staate vereinigt sein dürfe und daß deutsches und nichtdeutsches Land, die ein gemeinsames Oberhaupt haben, durch Personalunion verbunden sein müssen. Mit diesen beiden Paragraphen war die österreichische Frage auf die Tagesordnung gesetzt und verlangte nun gebieterisch ihre Lösung. Wurden sie von der Versammlung angenommen, dann war für Österreich in Deutschland kein Platz mehr. In einer Rede voll dichterischen Schwungs und tiefer vaterländischen Empfindung empfahl Riesser die Annahme der beiden Bestimmungen. Gegenüber

dem Vorwurf, daß sich der Ausschuß zu sehr von einem Gedanken, einer Theorie, habe leiten lassen und dabei zu wenig die tatsächlichen Verhältnisse beachtet habe, erklärt er: „In einer Zeit, wo die Dinge wanken, wo nicht mehr der unerschütterliche Grund gegebener Verhältnisse eine feste Stütze für unsere Stellungen bietet, da, meine Herren, mag der Gedanke wohl mehr als zu anderen Zeiten zu Ehren kommen, da mag man es dem politischen Steuermann nicht verargen, wenn er kämpfend mit den sich türmenden Wogen der Bewegung wie der Schiffer auf hohem Meer nach den ewigen Sternen so nach dem hohen Gedanken der Macht, der Einheit und der Größe des Vaterlands blickt. Die Einheit Deutschlands ist der Gedanke unseres Lebens, der feurige Traum unserer Jugend gewesen; wir haben seine Flamme treu gehütet in den Zeiten, die seiner Verwirklichung wenig Aussicht zu bieten schien; er war die hohe Verheißung des deutschen Genius, auf deren Erfüllung wir vertraut haben. Die neuesten Ereignisse haben gezeigt, daß, wie nach dem Worte unseres großen Dichters die Natur, so auch die Geschichte mit dem Genius in ewigem Bunde steht und daß die eine hält, was der andere verspricht. Und jetzt, da uns die Verwirklichung jenes großen Gedankens winkt — jetzt sollten wir bei dem ersten Schritte in das Leben ihn verkümmern und verkrüppeln lassen, jetzt sollten wir die alte Zweideutigkeit in unseren Ausspruch aufnehmen, jetzt sollten wir der alten Zerrissenheit, die wir beklagt haben, durch unsere eigene Bestimmung den Zugang wieder eröffnen wollen?“ ... Riesser glaubt, daß keine andere Form einer engen Verbindung der deutsch-österreichischen Länder mit Deutschland möglich sei, als die Personalunion. „Sollten aber die Deutschösterreicher erklären, sie könnten auf unsere Anordnungen nicht eingehen, dann könnten wir uns dem Ausspruche von Millionen Brüdern fügen und könnten die Knüpfung eines anderen Bandes einträchtig mit

ihnen erstreben." Auf den Vorschlag von Gagerns, einen engeren Bund der deutschen Staaten ohne Österreich und eine unauflösliche völkerrechtliche Verbindung mit diesem zu einem weiteren Bund zu begründen, erwidert Riesser, „daß es nicht unsre Sache sein kann, die Ausschließung Österreichs von dem deutschen Staatenbunde auszusprechen." Zudem habe das deutsche Element Österreichs die Mission, „die Sitte und Bildung Deutschlands nach dem fernen Osten hinzutragen und mächtig zu vertreten. Wir müssen aber zu diesem Ende doch die Überzeugung haben," fährt er fort, „daß das deutsche Element Österreichs diese Kraft sich zutraue, daß es diese dornenvolle Mission übernehmen wolle und daß es vollends in seiner größeren Entfremdung von Deutschland den undeutschen Elementen des eigenen Landes nicht zu erliegen fürchte. . . .

Wie sie nun aber die Frage lösen mögen, die uns beschäftigt hat, meine Herren, des Einen bin ich gewiß: daß Sie dieselbe im Geiste der innigsten Bruderliebe zu unseren österreichischen Brüdern lösen und daß, wenn uns Schwierigkeiten in der Ausführung begegnen sollten, wir dieselben mit jenen Brüdern in gemeinsamer Kraft und gemeinsamer Bruderliebe zu lösen bestrebt sein werden."

Rauschender, langanhaltender Beifall lohnte den Redner, die Paragraphen aber wurden mit großer Mehrheit angenommen. Mit ihrer Annahme war Österreich vor die wichtige Entscheidung gestellt, entweder auf seine innere Einheit oder auf seine Zugehörigkeit zum künftigen deutschen Bundesstaat zu verzichten und diese Entscheidung war umso schwieriger und folgenschwerer, als damals der große Donaustaat auch an einem innerpolitischen Wendepunkt seiner Geschichte stand und von den Wehen einer neuen Zeit in seinen Grundvesten erschüttert wurde. Magyaren und Kroaten, Czechen, Italiener und Deutsche hatten gegeneinander die Waffen erhoben und immer drohender hatte die

Gefahr geschienen, daß der Rahmen der österreichischen Gesamtmonarchie gesprengt und diese schon damals in eine Anzahl nationaler Mittelstaaten auseinanderfallen würde. Dazu waren in Wien und der Provinz aus politischen und wirtschaftlichen Gründen erbitterte Straßenkämpfe ausgebrochen, die die verhaßte Metternichsche Regierung überraschend schnell hinweggefegt und das eine zeitlang führerlose Staatsschiff immer mehr zum Spielball der aufgeregten Wogen der Anarchie gemacht hatten. Zu neuen heftigen Straßenunruhen war es gekommen, als ein Teil der Wiener Garnison gegen die als Träger der Revolution der Regierung besonders verhaßten Ungarn ausmarschieren sollte, worauf Fürst Windischgrätz die unbotmäßige Stadt in einem Sturmangriff genommen und ein fürchterliches Strafgericht gehalten hatte. Dabei waren auch zwei demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung, die eigens nach Wien gekommen waren, um ihre politischen Freunde zum Widerstand zu ermuntern, Friedrich Fröbel und Robert Blum, unter die Räder geraten trotz ihrer Zugehörigkeit zur Nationalversammlung und trotz ihrer nachdrücklichen Berufung auf diese Eigenschaft. Deutlicher hätte die Wiener Regierung ihre Geringschätzung gegen das Frankfurter Parlament freilich nicht zum Ausdruck bringen können.

Nach der Niederwerfung des Wiener Aufstands und der Thronbesteigung des jugendlichen Kaisers Franz Josef übernahm Fürst Felix Schwarzenberg die Regierung mit dem festen Entschluß, den Rechten Österreichs in Deutschland nichts zu vergeben, sie auf jeden Fall Preußen gegenüber kräftig zu vertreten und womöglich noch zu erweitern. Gegenüber dem Programm von Gagerns, der nach Schmerlings Rücktritt zum Präsidenten des Reichsministeriums ernannt worden war, die Länder Deutschlands ohne Österreich zu einem Bundesstaat zusammenzufassen und dann mit Österreich durch ein völkerrechtliches Bündnis zu verbinden,

ferner die deutsche Reichsverfassung ohne Mitwirkung Österreichs zu schaffen, erklärte Fürst Schwarzenberg am 28. Dezember in einer Note, daß die deutsche Verfassung nur im Einverständnis mit Österreich zustande kommen könne und daß dieses nicht daran denke, seine Stellung als Bundesmacht aufzugeben. Dieser gewaltige, auf nationalen und konfessionellen Gegensätzen beruhende Zwiespalt zwischen den beiden deutschen Großstaaten führte auch in der Frankfurter Versammlung zu einer schroffen Scheidung der Geister. In dem einen Heerlager standen die Anhänger Österreichs, die Großdeutschen genannt, die österreichischen Abgeordneten, die Ultramontanen und Partikularisten, die gesamte Linke und alle jene Politiker umfassend, welche in dem Ausschluß von 13 Millionen Deutschen aus dem neuzubegründenden Bundesstaat ein nationales Verbrechen sahen. Auf der anderen Seite befanden sich die für das Gagernsche Programm eintretenden „Kleindeutschen", welche wohl nicht Österreich von Deutschland ausschließen wollten, aber von ihm verlangten, daß es gewillt und fähig sei, sich dem Ganzen nach den Forderungen der Verfassung unterzuordnen, damit der für Deutschlands Entwicklung so nachteilige Zwiespalt zwischen Österreich und Preußen dauernd beseitigt werde. Auch wollten sie den Abschluß der Reichsverfassung so viel als möglich beschleunigen, ohne erst auf Österreich, das mit der Ordnung seiner innerstaatlichen Verhältnisse alle Hände voll zu tun hatte, lange zu warten, da, wie der Reichsminister v. Beckerath gesagt hatte, das Warten auf Österreich das Sterben der deutschen Einheit sei. Darum wollten sie nach der am 3. Februar beendeten ersten Lesung der Verfassung sofort die zweite vornehmen, da Schwarzenberg noch mit der Niederkämpfung des ungarischen Aufstandes beschäftigt war, während die Großdeutschen im Interesse Österreichs die zweite Lesung zu verzögern suchten, um dann möglicherweise das Zustandekommen des ganzen Werkes zu hintertreiben

oder durch Verschlechterungen wenigstens zu gefährden. Das Manöver gelang auch wirklich dadurch, daß die Großdeutschen unterstützt von der Linken auf die Beratung einiger zurückgestellten Grundrechte zurückgriffen und die Verhandlungen über das Wahlgesetz für das Volkshaus, die künftige Volksvertretung, einschoben. So wurde denn am 15. Februar das Wahlgesetz in Angriff genommen. Der Ausschuß hatte sich wohl für das allgemeine, direkte Wahlrecht jedes selbständigen Deutschen erklärt, hatte aber als nicht selbständig einen großen Teil des Volkes vom Wählen ausgeschlossen. Ferner sollte das Wahlrecht an einen festen Wohnsitz gebunden sein und die Wahlhandlung öffentlich stattfinden. Riesser stand auf dem Boden dieser Vorlage und verteidigte ihre einzelnen Bestimmungen in geistreichen, aber nicht immer überzeugenden Ausführungen. Da er im Vorparlament selbst allgemeinstes Wahlrecht ohne jede Einschränkung beantragt hatte, erschien jetzt freilich seine Stellung gegen damals widersprechend und unsicher, worauf die Gegner in der Debatte gebührend hinzuweisen natürlich nicht unterließen. Aber Riesser betrachtete, wie er am 26. Februar ausführte, das Wahlrecht „von vorne herein viel weniger unter dem Gesichtspunkt des Anspruchs des einzelnen als unter dem des Anspruchs der Gesamtheit, die eine wahre Vertretung ihrer Interessen und Gesinnungen, ihrer Zwecke und Bedürfnisse verlangt." Hierauf vertrat er die Forderung eines festen Wohnsitzes der Wähler in ihren Bezirken in folgenden Ausführungen:

„Sie haben ein System als das rechte angenommen, das jeden Unterschied des Standes und Vermögens, jeden Unterschied der Klassen ausschließt. Daraus folgt nun aber noch nicht, daß das Wahlrecht nicht an eine Bedingung, die in einem äußeren, nicht persönlichen, sondern rein sachlichen Verhältnisse ihren Grund hat, geknüpft werden dürfe; es folgt nicht, daß das Wahlrecht einen jeden wie der Schatten

den Körper unter allen Umständen und in jedem Verhältnisse begleiten müsse. . . . Sie haben alle künstlichen, alle willkürlichen Schranken des Wahlrechts entfernt, aber Sie können und werden das Wahlrecht noch an natürliche, an menschliche Verhältnisse knüpfen, die allen gemein und die für die Übung dieses Rechts von Bedeutung sind; ich meine an die Heimat und in gewisser Hinsicht an die Familie. . . . Ich glaube, daß es neben der Unabhängigkeit auch eine gewisse Art von Abhängigkeit gibt, die für einen guten Wähler erforderlich ist; ich meine die Abhängigkeit von dem wirklichen, anschaulichen Interesse der Gesamtheit. Ich glaube, daß dem, der in bleibender Umgebung, in dem täglichen Leben der Gemeinde, die Verhältnisse des Staates in verjüngtem Maßstabe anschaut, der die Not der Armen sowie das Glück und das Bedürfnis friedlicher Arbeit aus täglicher Wahrnehmung kennt und der es gelernt hat, wie tief gerade das Wohl der Mehrzahl durch gewaltsame Umwälzungen zerstört wird, daß dem die natürlichen Verhältnisse, die Bedürfnisse der staatlichen Gesamtheit klarer und gegenwärtiger sein werden als dem, welcher eine solche Anschauung fester Verhältnisse nicht hat, weil ihn seine Neigung oder sein Beruf veranlassen von Ort zu Ort zu wandern. Man hat mit vollem Recht und mit bedeutendem Erfolg in der Debatte über das allgemeine Wahlrecht für dasselbe geltend gemacht, daß alle Klassen, auch die ärmsten, ein Interesse an der Gesellschaft haben, das dem Interesse des Besitzes vollkommen gleichkommt: das Interesse für die Familie, die Liebe für Weib und Kind, für Vater und Mutter; ich gebe das vollkommen zu; aber ich fordere Sie auf, nun auch die Übung des Wahlrechts, wenn auch nicht an die Familie, doch an dasjenige zu knüpfen, was die Grundlage der Familie bildet, an die Heimat."

Die Notwendigkeit öffentlicher Stimmabgabe sucht er darauffolgenden Tags zu beweisen, indem er erklärt:

„Es ist seltsam, wenn man in der Öffentlichkeit das Heil für das gesamte Staatsleben, für die Rechtspflege, für die Regierung und Verwaltung findet, daneben aber den wichtigsten Akt des politischen Lebens, in welchem das gesamte Volk seine Macht übt und die Geschicke des Vaterlandes durch seine Wahl bestimmt, in eine Wolke hüllen will, um diesen Akt vor Einflüssen, die man fürchten zu müssen glaubt, zu schützen.

Ebenso wie jede politische Tat, die gelten will, ebenso wie das Gesetz, das herrschen soll, ebenso wie jede Handlung, die auf das Schicksal der Nation nur den geringsten Einfluß anspricht, in dem Augenblick, wo sie ins Leben treten will, auch vor die Öffentlichkeit treten soll, so verlangen wir auch, daß der Akt selbst, durch welchen die Volksvertretung gewählt wird, daß dieser Akt ein öffentlicher sei. . . .

Es kommt darauf an, ob einer trotz der Gefahren, die er in freien Institutionen erkennen mag, doch die wahre Freiheit so von ganzer Seele schätzt und liebt, daß er den Schutz wider jene Gefahren in der Freiheit selbst, in ihrer ehrlichen, vollen Entwicklung, nicht in äußeren, untergeordneten, mechanischen Mitteln sucht. Wir, die wir für die Öffentlichkeit sind, wir suchen in ihr, in der Freiheit selbst, auch die Mittel gegen die Auswüchse und Übel der Freiheit."

Endlich nimmt Riesser am 1. März 1849 zur direkten Wahl empfehlend Stellung.

„So wie die größere räumliche Entfernung die Folge hat, daß die niedrigeren Gegenstände aus dem Gesichtskreise verschwinden und nur die Höhen der Berge und die Spitzen der Türme am Horizont sichtbar bleiben, so wird auch bei der direkten Wahl die größere Entfernung das Auge der Wähler umso sicherer auf geistig und sittlich hervorragende Persönlichkeiten richten und ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Stimmen von 2000 Wählern,

welche direkt wählen, selten auf einen unbedeutenden, daß sie vor allen Dingen niemals auf einen unwürdigen Kandidaten fallen werden. Die kleinlichen Kombinationen, welche die indirekte Wahlart zuläßt und zu denen sie Anlaß gibt, werden bei dem direkten Wahlrecht schwinden. Aber im notwendigen Zusammenhange mit dieser Folge, um derentwillen wir das direkte Wahlrecht wollen, steht die Bedingung, daß eine absolute Majorität erfordert werde. . . .

Das dürfte nicht bestritten werden können, daß direkte Wahlen mit erforderter absoluter Majorität die aufrichtigsten, echtesten, volkstümlichsten, dem wahren politischen Bewußtsein entsprechendsten Wahlen sind."

Ohne Zweifel hatten die Grundsätze, die Riesser so beredt verteidigte, im Ausschuß und in der Nationalversammlung die Mehrheit für sich; trotzdem konnten sie sich nicht durchsetzen, da nicht nur die gesamte demokratische Linke nachdrücklichst für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht eintrat sondern auch viele Liberale dafür stimmten, um dafür als Gegenleistung in der Oberhauptsfrage die Unterstützung der Linken zu gewinnen. So wurde dieses Wahlrecht trotz erbitterten Widerstands am 2. März mit großer Mehrheit angenommen und der demokratische Charakter des ganzen Gesetzes wesentlich verstärkt, wodurch der Widerstand der Verfassungsfeinde in den verschiedenen Lagern nur noch verschärft und eine Einigung der Regierungen mit der Versammlung noch erschwert wurde. — „Etwas Schlimmeres," sagt Heinrich v. Sybel,*) „hätte für das Verhältnis zwischen Frankfurt und Berlin nicht geschehen können. Allen Konservativen erschien damals das allgemeine Stimmrecht als der Inbegriff des politischen Ruins. Wer zu jener Zeit geweissagt hätte, daß 18 Jahre später die preußische Re-

*) Begründung des Deutschen Reiches.

gierung selbst es dem Deutschen Reiche bescheren würde, wäre als ein Wahnsinniger verlacht und vielleicht eingesperrt worden."

Die Oberhauptsfrage. Riessers Kaiserrede.

Auch König Friedrich Wilhelm von Preußen war empört über das Frankfurter Treiben und mit stets wachsendem Widerwillen erfüllte ihn der Gedanke, die ihm zugedachte „Schandkrone" aus den Händen dieser Männer empfangen zu sollen. Freilich war es noch recht unsicher, ob er jemals in diese Lage kommen würde, denn in der Nationalversammlung waren damals die Ansichten und Wünsche hinsichtlich des künftigen Reichsoberhaupts noch sehr geteilt. Zwar trat die große neugebildete Weidenbuschpartei, die von der äußersten Rechten bis an die Linke reichte, für Übertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen ein, aber die österreichisch-bayerische Rechte wünschte ein siebenköpfiges Direktorium mit einem Reichsstatthalter an der Spitze, während die Linke einen verantwortlichen Präsidenten mit engbegrenzter Amtsdauer forderte; andere Gruppen wiederum sahen das Heil des Vaterlands in einem Wahlkönigtum oder in Direktorien von buntester Ausgestaltung. Es war demnach begreiflich, daß es bei der ersten Lesung der Verfassung zu keinem befriedigenden, Deutschlands ruhige Entwicklung sichernden Ergebnis kam, denn der Ausschußantrag, die Würde eines Reichsoberhaupts einem regierenden deutschen Fürsten zu übertragen, ward zwar mit einer Mehrheit von 47 Stimmen angenommen, die Erblichkeit aber mit etwas größerer Stimmenzahl abgelehnt. So standen sich die Parteien unvermittelt gegenüber, die Linke aber nützte die Lage reichlich für sich aus und gewährte ihre Unterstützung nur gegen den klingenden Lohn

wertvoller Zugeständnisse. Hatte doch einer ihrer Führer klipp und klar erklärt, daß er für seine Person in gewisser Beziehung käuflich sei, indem er gerne „für jeden Paragraphen vermehrter Volksrechte einen Zoll Oberhaupt" gewähren wolle. Und dieser unwürdige Schacher mit Überzeugungen kam auch wirklich zustande, indem sich die Linke mit den Gegnern der Weidenbuschpartei, der antikaiserlichen Rechte, zu einer unnatürlichen Koalition vereinigte mit dem Ziele, die zweite Lesung des Wahlgesetzes im österreichischen Interesse vor der zweiten Lesung der Verfassung vorzunehmen. Dreimal schon waren zwar diese ihre Bemühungen zu schanden geworden, da verlangte sie am 9. März in einem dringlichen Antrag zum vierten Mal die zweite Lesung des Wahlgesetzes in kürzester Frist. „Ein heftiger Kampf entwickelte sich," erzählt Haym,*) „ein Kampf, in welchem das Markten mit Stimmen und mit Überzeugungen von seiten der Linken als förmliches System bekannt wurde. . . . . Wenn doch Riesser die Tribüne besteigen möchte! sagten wir untereinander und Riesser, anfangs unlustig und unentschlossen, ermannte sich endlich nach einem heftigen inneren Kampfe. „Meine Herren!" rief er aus, „wenn Sie wollen, daß das Wahlgesetz einzig und allein um seiner selbst willen beraten werde, daß die Erwägung über dasselbe und die Abstimmung über seine einzelnen Bestimmungen ohne eine andere Rücksicht erfolge als darauf, welche Anordnungen am besten dem Heile des Vaterlandes frommen, so haben Sie das Wahlgesetz bis nach der Beendigung der zweiten Lesung der Verfassung zu verschieben; wenn Sie aber wollen, daß Erwägungen, die, so ehrenwert sie sein mögen, der Sache des Wahlgesetzes fremd sind, daß sich Nebenrücksichten und Rückhaltsgedanken an die Beratung und Abstimmung knüpfen, so nehmen Sie die Beratung über das Wahlgesetz

*) Die deutsche Nationalversammlung.

jetzt vor." Dann gab er der Überzeugung Ausdruck, daß die Linke zu redlich und ehrenwert sei, um sich mit einer Partei zu verbünden, von der sie nicht die Gewißheit habe, daß sie aus ehrlichen und vaterländischen Beweggründen mit ihr stimme. Eine solche redliche Überzeugung aber werde und müsse dieselbe vor und nach der zweiten Lesung der Verfassung bleiben und wenn die Rechte jetzt erkläre, für uneingeschränktes Wahlrecht zu stimmen, so traue man ihr gewiß zu, daß sie auch nach der zweiten Lesung der Verfassung in gleichem Sinne stimmen werde. Indem Riesser so den vereinten Gegnern das Unwahrscheinliche, ja vom moralischen Standpunkt geradezu Undenkbare ihrer Handlungsweise vor Augen hielt, griff er sie bei der Ehre an und sprengte ihre gemeinsame Front, ehe sie für das Vaterland Unheil stiften konnte. Der Antrag der Linken wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und dadurch die Hoffnung auf glückliche Beendigung der zweiten Lesung der Verfassung bei den Anhängern des preußischen Erbkaisertums neugestärkt. Trotzdem hätten wahrscheinlich diese unerfreulichen Parteiverhältnisse die Vollendung des Verfassungswerks auch weiterhin verzögert, wenn nicht das erregende Moment, das der fast stockenden Entwicklung neuen Anstoß gab, aus Österreich gekommen wäre. Hier hatte Schwarzenberg nach einer schweren Niederlage der Ungarn endlich die Hände freibekommen, um die österreichische und deutsche Verfassung in seinem Sinne zu gestalten. Da er sich mit den Liberalen im Reichstag von Kremsier nicht einigen konnte, löste er anfangs März die Volksvertretung auf und verkündete willkürlich eine eiligst zusammengestellte neue Verfassung für den endgültig begründeten unteilbaren und unauflöslichen österreich-ungarischen Gesamtstaat. Zugleich erging nach Frankfurt die Aufforderung, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen, Österreich-Ungarn in den deutschen Bund aufzunehmen und die deutsche Reichsverfassung dementsprechend

umzugestalten, wozu auch gleich ein Entwurf vorgelegt wurde. Danach sollte an der Spitze Deutschlands statt eines erblichen Kaisers ein aus sieben Fürsten bestehendes Direktorium mit einem Reichsstatthalter stehen, welche Würde jährlich zwischen dem Kaiser von Österreich und dem König von Preußen wechseln sollte. Statt eines Volkshauses sollte ein Staatenhaus mit österreichischer Mehrheit die Angelegenheiten des in sechs Kreise zerrissenen Deutschland beraten und pflegen. Also Neugestaltung Deutschlands ganz nach dem Rezept und zum Vorteil Österreichs unter Außerachtlassung aller nationalen Bedürfnisse und Ausschaltung jeglicher Volksvertretung! Als man von diesen Plänen Schwarzenbergs, die die nationale und freiheitliche Entwicklung Deutschlands aufs ärgste gefährdeten, in der Paulskirche Kenntnis erhielt, war man aufs äußerste empört, aber auch sofort bereit, den österreichischen Schlag durch schnelle Gegenwirkung aufzuhalten. Am 12. März stellte plötzlich zum allgemeinen Erstaunen der großdeutsche Professor Welcker, der bisher die „Kleindeutschen" mit Gift und Galle überschüttet hatte, den Antrag, die Reichsverfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen, durch eine einzige Abstimmung endgültig anzunehmen, dem König von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen und die deutschen Fürsten einzuladen, die Verwirklichung dieses Beschlusses nach Kräften zu fördern.

Der Eindruck Welckers auf die Versammlung war trotz Erstaunens über seinen unerwarteten Gesinnungswechsel tief und nachhaltig und als er mit den Worten geendet hatte: „Das Vaterland ist in Gefahr, retten Sie das Vaterland!", da wäre sicher bei sofortiger Abstimmung der Antrag angenommen worden. Allein Welcker hatte seine Verweisung an eine Kommission beantragt und ihm damit selbst das Grab geschaufelt, denn nun hatten die einzelnen Parteien wieder Zeit, ihre Sonderwünsche hervorzukehren und für ihre Zustimmung wichtige Zugeständnisse zu verlangen. So forderte

eine kleinere, aber ausschlaggebende Gruppe preußischer Abgeordneten unter Heinrich Simons Führung ein vollständig unbeschränktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe und Aufnahme dieser Bestimmung in den Welckerschen Antrag, wofür namentlich Riesser lebhaft eintrat, indem er mehr mit juristischer Ausdeutungskunst als Überzeugungskraft die Meinung vertrat, ein Parteibündnis sei nur dann unmoralisch, wenn zwei innerlich fremde politische Gedanken in einen Parteivertrag zu gegenseitiger Verbindlichkeit aufgenommen würden, sodaß der eine der Kaufpreis für den andern sei. So sei es bei der einige Tage zuvor gegeißelten Coalition zwischen der Linken und den Österreichern der Fall gewesen, da Fürstenkollegium und Wahlgesetz nichts mit einander zu tun hätten. Jetzt aber sei die Sache anders, denn es sei ein gemeinschaftlicher Boden der Überzeugung, ein gemeinschaftlicher Zweck, für den man sich mit der Linken verbinde. Dieser gemeinschaftliche Zweck sei die rasche Vollendung des Verfassungswerks. Erst innerhalb dieses Gemeinsamen gebe man sich gegenseitig im einzelnen etwas nach; man bringe von beiden Seiten Opfer, um ein großes, beiden gleichwertes Ziel zu erreichen. Allein der Ausschuß hatte nicht nur statt der geheimen die öffentliche Stimmabgabe beantragt sondern auch in der Verfassung wichtige Veränderungen vorgenommen, welche die Linke veranlaßten, die von Welcker gewünschte Gesamtannahme der Verfassung zu verweigern. Am 17. März begannen die Beratungen über die vom Ausschuß beantragten Änderungen. „Noch einmal," sagt von Sybel, „erhob sich der geistige Schwung der Versammlung zu der Höhe der früheren schönen Tage; noch heute ist es unmöglich, die Reden Gagerns und Riessers ohne Bewunderung der geistigen Kraft, der idealen Begeisterung und der patriotischen Leidenschaft zu lesen." Am 21. März ergriff Riesser als Berichterstatter das Wort zu einer mehrstündigen glänzen-

den Rede, in der er den reichen Stoff übersichtlich ordnete und dabei „mit der Unparteilichkeit und Unbefangenheit, wie man sie von dem Berichterstatter zu fordern pflegt," die Anträge des Verfassungsausschusses begründete und die dagegen vorgebrachten Einwände widerlegte. Ein großer Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich mit dem künftigen Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland, das im Sinne von Gagerns nur ein außerhalb der Verfassung liegendes innigstes Bundesverhältnis sein könne, ohne irgendwelche Vereinbarung über die Verfassung Deutschlands, denn „so wenig wie ein Ehrenmann über Freiheit und Ehre kann ein Volk mit einem Staate, der sich in diesem Augenblick politisch als ein ihm fremder verhält, über seine Verfassung unterhandeln." Man sage, Österreich habe sich noch nicht geäußert und unterscheide dabei zwischen der österreichischen Regierung und dem österreichischen Volk. „Aber in der Politik kann die bestehende Regierung eines Volkes nicht als ein von ihr getrenntes fremdes Wesen behandelt werden; sie ist ein notwendiger Teil seiner Lebensform, seiner Erscheinung, seiner Wirksamkeit und Sie können sie nicht vom Volke trennen." Zur Österreich-Politik der Mehrheit übergehend, erklärt er, daß sie den Weg der Mäßigung und des Friedens verfolgt habe, weil sie auf dem entgegengesetzten Wege eine noch größere Gefahr für die Freiheit und Einheit des Vaterlands erblickt habe; freilich „auf jedem Punkte immer das Rechte gefunden zu haben, dessen wird sich kein menschlicher Verstand vermessen." Riesser nimmt an, daß nicht allein die österreichische Regierung sondern auch ein sehr großer Teil, vielleicht sogar die Majorität des österreichischen Volkes nicht für eine so gar innige nationale Vereinigung mit Deutschland gestimmt sei, trotzdem wiederholt er: „Jedes Vertragsverhältnis, jede Beziehung, welche durch Verträge unter Völkern gegründet werden kann, ist uns angenehm und das innigste Verhältnis

ist uns das liebste. Wir hegen auch die zuversichtliche Hoffnung, daß gerade dann, wenn unser Bundesstaat stark und mächtig ins Leben tritt, Österreich mit dem ebenbürtigen, einigen Deutschland in ein möglichst enges Bündnis zu beiderseitigem Heile treten wird." Die vorgeschlagene nationale Vereinigung mit dem gesamten Österreich lehnt Riesser ab, umsomehr als er auch die Bewilligung eines Volkshauses durch Österreich auf der vorgeschlagenen Grundlage der Gesamtvereinigung für ausgeschlossen hält. „Auch ich, meine Herren," sagt er, „kann mir kein Volkshaus denken ohne Volk; auch für mich ist der Boden des gemeinsamen Vaterlands die notwendige Grundlage jener volkstümlichen Institution. Aller Streit der Parteien, aller Kampf der Meinungen und der Interessen selbst muß in dem Gedanken an das Heil und die Ehre des Vaterlands ein Moment der Einigung, Versöhnung und Erhebung finden und die Geschichte wird ihr Wehe! rufen über eine volksvertretende Versammlung, in welcher zu allem anderen Hader noch der Zwist der Völker und der Stämme träte. Ich will damit nicht sagen, meine Herren, daß ich den Gegensatz der Völker und Stämme für einen wesentlich gehässigen und unversöhnlichen halte. Ich erkenne neben dem Absolutismus, der die Völker äußerlich aneinander bindet, ein höheres Moment an, das sie innerlich zu einigen vermag; ich erkenne an, daß im Laufe der Geschichte eine mächtige Strömung von Freiheit und Bildung Völker und Stämme zu einem lebendigen Vaterlandsgefühle verbinden kann. Deutschland ist in dieser Hinsicht unglücklich gewesen. Die Stämme, die im Westen von ihm abgerissen worden, sind nach langem Widerstreben durch den gemeinsamen Kampf für Freiheit und Ruhm dem fremden Volke geistig verwandt geworden. Auf die fremden Stämme des Ostens ist jenes Sühnungsmittel der Freiheit nicht angewendet worden, darum stehen sie sich selber wie dem deutschen Geiste noch mehr oder weniger feind-

lich und grollend gegenüber. Hätte Österreich früher daran gedacht, jene Stämme durch freie und edle Institutionen, durch das milde Band gemeinsamer Bildung mit sich und mit Deutschland auszusöhnen, möglich, daß dann jetzt von beiden Seiten auf ein inniges nationales Band willig eingegangen werden würde, aber so wie jetzt die Sachen stehen, wo es sehr zweifelhaft ist, ob jene Bevölkerungen vorerst anders als durch Gewalt und Knechtschaft zusammengehalten werden können, ist es unmöglich, daß wir sie in unser Staatsleben aufnehmen, ohne auf unsere eigene nationale Entwicklung und auf die Ausbildung unserer Freiheit zu verzichten; aber weil wir der eigenen Ausbildung unserer heimischen Freiheit noch bedürfen, so können wir sie nicht, ohne sie auszugeben, an die zweifelhafte politische Zukunft aller jener Bestrebungen auf unauflösliche Weise fesseln." Nachdem Riesser dann noch die Frage unseres Verhältnisses zur österreichischen Gesamtmonarchie vom Standpunkt der materiellen Interessen aus betrachtet, an deren Schweif wohl niemand unser Volksleben, die Staatseinheit, die Volkseinheit und die Volksvertretung binden wolle, empfiehlt er Annahme des vermittelnden Standpunkts des Ausschusses, wie er in dem Gedanken des innigen, friedlichen Vertragsverhältnisses zum Ausdruck kommt. Den gleichen vermittelnden Standpunkt nimmt Riesser in der Frage der Regierungsform Deutschlands ein. Er weist die unhaltbare Stellung der einzelnen Parteien in dieser Frage nach und sucht zu beweisen, daß als das beste Mittel gegen die „chronische, durch die Jahrhunderte schleichende Krankheit" Deutschlands „die kräftige Diät einer starken, einheitlichen Verfassung" nötig sei, als deren wesentliches Moment man das Kaisertum wünsche und wolle. Wo sich die Monarchie als eine mächtige Lenkerin und Beschützerin eines großen Staates und seiner Interessen nach innen und außen bewährt, da sei sie wahrlich dem Herzen des Volkes nicht fremd. In

diesem Zusammenhang spricht Riesser auch von der Stammesabneigung gegen Preußen und hofft, daß sie von Deutschland überwältigt werde. „Wie Deutschland Preußens zu seiner Erstarkung, so bedarf Preußen Deutschlands zu seiner inneren Versöhnung, denn der Name des „Deutschen" schlägt an alle Herzen an, der wird nirgends zurückgestoßen. Und Preußen, meine Herren, dessen Größe ich verehre, ist doch immer ein Kunststaat, Deutschland ist ein Volksstaat, ein Naturstaat, und so wie die Natur mächtiger ist als die Kunst, so wie der gewaltige Strom, den die Natur geschaffen, eine größere Gewalt hat als das künstlichste Wasserwerk, das der weiseste Werkmann gefügt hat, so behaupte ich, wird, wenn Preußen und Deutschland vereint sind, die Naturkraft Deutschlands die künstliche Kraft von Preußen überwiegen. Der Name „Preußen" spricht mächtig zum politischen Verstand, aber nur der Name „Deutschland" spricht zugleich zum Herzen. Dieses Übergewicht aber, dieses geschichtliche „Aufgehen Preußens in Deutschland" kann nur das allmähliche Werk der freien, edlen Hingebung des großen Preußens an das größere Deutschland sein; aber nimmermehr können wir Deutschland Bedingungen stellen, die seine Existenz aufheben; nimmermehr können wir Preußen zumuten, daß es über Sein oder Nichtsein mit uns in Verhandlung trete; ja ich erkläre es offen, sowohl Deutschlands als Preußens wegen dürfen wir nicht wünschen, daß Preußen im mindesten in seinem Bestande erschüttert werde, bis Deutschland sicher und fest für die Ewigkeit gegründet ist." Auf den Einwurf, der Beschluß der Nationalversammlung könne Krieg hervorrufen, erwidert Riesser: „Meine Herren, lassen Sie doch aus dieser großen Frage jene Knabenkategorien von Mut oder Furcht hinweg! Wir befinden uns hier ja nicht auf einem Fechtboden, sondern auf einem heiligen Boden, wo wir Beschlüsse zum Heile Deutschlands fassen sollen. Ich gehöre zu denen, die nicht erwarten, daß eine fremde Macht

die Selbstbestimmung Deutschlands über sein Geschick zu verhindern versuchen werde; aber gewiß bin ich, daß wenn solches versucht wird, Deutschland alle seine Kraft diesen Hindernissen entgegensetzen wird. . . . Hier handelt es sich um die freie, ungeschmälerte Selbstbestimmung Deutschlands und beim Himmel, Deutschland wird es abzuwenden wissen, daß Londoner Konferenz-Protokolle über sein Schicksal und seine Zukunft entscheiden! Meine Herren! Der Ausgang der Abstimmung ist ungewiß; wir werden nicht triumphieren, wenn wir siegen, wir werden vielmehr zu unsren Gegnern flehen, wir werden sie beschwören, sich dem Vollzuge unseres Werkes mit reger Tätigkeit anzuschließen um des Vaterlandes willen. Frohlocken werden wir erst dann, wenn nirgends mehr auf deutscher Erde ein edles Herz mit Bitterkeit gegen unsere Verfassung erfüllt ist und ich bin gewiß, die Zeit wird kommen. Vielleicht, meine Herren, liegt die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands in den Händen der Mitglieder aus Österreich, die unter uns sind. . . . Lassen Sie uns den Arm, die Seele frei, lassen Sie uns die Werkzeuge der Rettung schaffen, damit wir Ihnen einst in den Wechselfällen der Geschichte die rettende Hand reichen können; das Leben der Völker hängt ja nicht an Wochen und Monden. Wenn Sie es über sich gewinnen können, uns unser Werk vollenden zu lassen, nun denn, Sie werden an dem dankbaren Deutschland ein Vaterland finden, wenn Sie dessen bedürfen. Jeder Deutsche, der Ihnen entgegentritt, wird Ihnen in seinem Händedruck den Dank Deutschlands darreichen und jeder deutsche Herd, an dem Sie sich niederlassen, wird Ihnen ein heimatlicher werden. Wenn aber unser Werk nicht gelänge, nun denn, meine Herren, wir verhehlen es uns nicht, daß damit ein großer Teil der Hoffnung Deutschlands verschwinden würde. Aber an dem Werke des Aufbaues des Vaterlandes verzweifeln werden wir für unser Teil nicht. . . . Wir werden, wenn

der Stein, den wir dem Gipfel nahe glaubten, sich abermals herabwälzt und „mit Donnergepolter" zu unsren Füßen niederfällt, ihn immer von neuem heben und emporzuwälzen suchen und in duldender Arbeit beharren, bis der erwachende Genius des Vaterlandes die Fessel bricht und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst. Ich gehöre nicht zu denen, die zu einer ermüdeten Versammlung zu reden glauben; ich meine, daß, wenn die Versammlung das Ziel ihrer langen Wanderung vor sich sieht, sie zu diesem letzten Schritt dieselbe Kraft und Begeisterung mitbringen wird, die sie bei unserem ersten Zusammenkommen in sich trug. Ich fordere Sie daher nicht auf Ihre letzte Kraft aufzuraffen, denn die unvergängliche Kraft und Größe Deutschlands lebt in Ihnen, ich rufe Ihnen vielmehr zu: Bleiben Sie bei Ihrem Charakter, krönen Sie Ihr Werk, erfüllen Sie den alten, edlen Traum des deutschen Volkes von seiner Einheit, Macht und Größe, fassen Sie einen großen, rettenden, weltgeschichtlichen Entschluß!"

Diese „Kaiserrede" Riessers war eine bewundernswerte Meisterleistung, die die Ergebnisse der sechstägigen Verhandlungen geschickt zusammenfaßte und in übersichtlichste Anordnung brachte. „Mit der schärfsten Dialektik," sagt sein Biograph Dr. Isler, „beleuchtete er alle Einwände und doch verletzte er niemanden, legte mit der liebenswürdigsten Courtoisie jedem die ehrenwertesten Motive unter und hielt sich nur an die Sache. Oft von beistimmenden Zurufen, oft von Beifallssturm unterbrochen, hielt er sich immer auf der Höhe selbstbewußter Besonnenheit, suchte nicht zu bestechen, nicht zu überreden, sondern zu beweisen und zu überzeugen. Dann endlich zum Schluß nimmt er sämtliche Mittel wahrer rhetorischer Kunst zu Hilfe und erhebt sich zu hohem Schwunge."

Und über die Wirkung der Rede auf die Zuhörer, unter denen so viele Meister des Wortes waren, berichtet ein Teilnehmer der Versammlung:

„Alle Zuhörer waren bis ins tiefste Mark erschüttert, viele bis zu Tränen gerührt. Als Riesser die Rednerbühne verließ, stürzte Gagern ihm in die Arme, alle Freunde drängten sich an ihn, um ihm Glück zu wünschen. Der hamburgische Gesandte bei der Zentralgewalt wohnte der Verhandlung in der Diplomatenloge bei und nach dem Schluß kamen seine Kollegen zu ihm, ihn zu beglückwünschen, daß Hamburg einen solchen Redner hervorgebracht habe."

Aber so tief auch Riesser die Gemüter ergriffen hatte, die Geister und Meinungen blieben von seinen Ausführungen anscheinend unbewegt, denn der Welckersche Antrag wurde gleich darauf mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Wie die einzelnen Klubs vorher ihre Abstimmung festgelegt hatten, so wurde sie auch vorgenommen und die ganze große Aktion war in Nichts verpufft. Heinrich Simon und seine Gruppe hatten gesiegt. Bald darauf erfolgte die 2. Lesung der Verfassung ohne weitere Diskussion über die einzelnen Paragraphen, worauf sie und das Wahlgesetz endgültig angenommen wurden. Die geheime Wahl wurde gegen den Wunsch der Regierungen beibehalten und der demokratische Charakter der Verfassung durch einige Beschlüsse im Sinne der Linken noch erheblich verstärkt, wodurch eine Verständigung der Regierungen mit der Nationalversammlung nur noch erschwert wurde. Trotzdem mußte die erbkaiserliche Partei dafürstimmen, wenn sie nicht der Unterstützung der Linken in der Oberhauptfrage verlustig gehen wollte. Und wie groß diese Gefahr tatsächlich war, zeigte sich bei der Abstimmung am 27. März, bei welcher die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an einen regierenden deutschen Fürsten mit der überwältigenden Mehrheit von 4 Stimmen angenommen wurde! So war endlich nach achtmonatigen Beratungen das große Werk vollendet und Deutschland im Besitz einer einheitlichen freien Verfassung. Nun oblag der Versammlung noch die hohe Aufgabe den künftigen deutschen Kaiser zu

küren. Tags darauf, am 28. März, fand die Wahl statt, aus der mit 290 Stimmen Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser der Deutschen hervorging. Unter feierlichem Schweigen der Versammlung verkündete Präsident Simson das Ergebnis der Wahl und brachte das 1. Hoch auf den neuen Kaiser aus, in das sich der Jubel der Menge, das festliche Geläute der Glocken und der Donner der Kanonen mischte.

Eine Deputation von 32 Abgeordneten aber wurde ausgeschickt, dem preußischen König die ehrwürdige Krone Barbarossas anzutragen. Auch Gabriel Riesser war darunter. So zog der rechtlose Jude, der vor kurzem in seiner Vaterstadt nicht einmal Nachtwächter werden konnte, inmitten der ersten Männer der Nation nach Berlin, um im Namen des deutschen Volkes dem ahnenstolzen Hohenzollernkönig die Kaiserkrone anzubieten, Seite an Seite mit dem Gewissen der Nation, dem greisen Arndt, von dessen Lippen es hoffnungsfreudig klang:

„Kaiserschein, du höchster Schein,
Bleibst du denn im Staub begraben?
Schrei'n umsonst Prophetenraben
Um den Barbarossastein?

Nein und nein und aber nein!
Nein! Kyffhäusers Fels wird springen,
Durch die Lande wird es klingen:
„Frankfurt holt den Kaiser ein!"

Mitglied der Kaiserdeputation.

Unterwegs wurde die Deputation in den meisten Städten, die sie berührte, freudig und festlich empfangen. Nur am Rhein war die Stimmung kühl, in Köln, wo man ihr eine greuliche Katzenmusik brachte, direkt feindlich. Desto höher gingen die Wogen der Begeisterung in Hannover, Braunschweig und Magdeburg, was jedoch Riesser über die wahren Aus-

sichten so wenig täuschte, daß er am Bahnhof von Hannover zu einem Bekannten äußerte: „Ich glaube, wir werden in den April geschickt!" Auch in Berlin war die Aufnahme überaus freundlich und die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen begeistert und zuversichtlich, trotzdem sie von der Regierung eher gedämpft als gefördert wurde. Zwar hatte sich Graf Brandenburg-Manteuffel bereit erklärt, dem König unter bestimmten Voraussetzungen die Annahme der Krone zu empfehlen und seinerseits alles zu tun, damit das erstrebte und jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde, wenn auch der Beschluß der Nationalversammlung nur für diejenigen Regierungen Geltung habe, die ihm aus freier Entschließung beigestimmt; aber die Aussichten waren trotzdem recht ungewiß, da der Erfolg ausschließlich von der Entscheidung Friedrich Wilhelms abhing. Die Stellung des launischen Königs zur deutschen Frage war aber von jeher wandelbar und widerspruchsvoll gewesen und seine Abneigung gegen die Frankfurter Versammlung und ihre Beschlüsse hatte sich wiederholt in mündlichen und brieflichen Äußerungen von recht unköniglicher Derbheit entladen, die seinen tiefen Haß gegen die Revolution und ihre Folgen offenbarten.

So schrieb er an seinen Freund Bunsen am 12. Dezember 1848: „Die Krone, die Sie meinen, verunehrt überschwenglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch Gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemandem gestohlen worden ist, zu tragen?"

Besonders widerwärtig aber war ihm der Gedanke, daß die Männer der Paulskirche, die ihm die Krone antragen wollten, gar nicht dazu berechtigt seien.

„Ich sage es Ihnen rund heraus," schreibt er im gleichen Brief, „soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!" Wenn nun auch so die Stellung des Königs zur Frankfurter Politik im ganzen durchaus ablehnend, ja feindlich war, gelang es doch einzelnen Staatsmännern seiner Umgebung, ihn zeitweilig zu einer entgegenkommenderen Auffassung zu beeinflussen, ja sogar ihn einer bedingungsweisen Annahme der Oberhauptswürde ohne Kaisertitel geneigt zu machen. Darum konnte Graf Brandenburg noch am 2. April in der Kammer und am selben Abend in einer vertraulichen Besprechung mit Riesser und Beseler die Annahme der Krone unter Voraussetzung der Zustimmung der übrigen deutschen Regierungen als wahrscheinlich hinstellen, wogegen Riesser und Beseler die Verpflichtung übernahmen, daß die Deputation die Annahme in dieser Form als ihrem Mandat entsprechend betrachte. So kam die Stunde des Empfangs heran. In Magistratskutschen, nicht wie üblich in Hofwagen, erschienen, empfangen von den kühlen, sogar spöttischen Mienen der Hoflakaien, die Abgesandten der deutschen Nation im Schlosse. Als Präsident Simson während des Wartens im Vorsaale um ein Glas Wasser bat, verweigerte es ihm ein Diener mit einer windigen Entschuldigung und brachte es erst nach wiederholter Aufforderung! *) Hatte das Personal schon eine Ahnung, daß der König sprechen würde, „würdig als der Siebenzehnte der herrschenden Hohenzollern"?

Friedrich Wilhelm empfing die Abordnung im Rittersaal des Schlosses in großer Uniform, unter dem Thronhimmel stehend und von großem Gefolge umgeben.

Nachdem Präsident Simson sich seines hohen Auftrags in

*) Biedermann.

einer kurzen Ansprache würdevoll entledigt, nahm der König zu einer längeren freien Erwiderung das Wort. Er erkenne in dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes und sei bereit durch die Tat zu beweisen, daß die Männer, die ihre Zuversicht auf seine Hingebung und Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterland gestützt, sich nicht geirrt hätten. Aber ohne das freie Eingeständnis der Fürsten und freien Städte Deutschlands könne er keine Entschließung fassen; es sei nun an den Regierungen in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem einzelnen wie dem Ganzen fromme und ob die ihm zugedachten Rechte ausreichend seien, um die Geschicke Deutschlands zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Bedürfe man aber des preußischen Schwertes – und dabei nahm seine Stimme fast drohenden Ausdruck an – gegen äußere und innere Feinde, so werde er auch ohne Ruf nicht fehlen!

Diese Antwort versetzte die Abordnung in die peinlichste Lage. Sie brachte in dem Vorbehalt von der noch zu prüfenden Verfassung eine unerfreuliche Überraschung und war im übrigen so wenig einheitlich und eindeutig, daß die Abgeordneten aufs schwerste enttäuscht waren. „Tief erschüttert," berichtet Biedermann, „kehrten die Mitglieder der Deputation von der Audienz im Schlosse in ihre Wohnungen zurück. In vielen Augen, selbst von sehr ruhigen, ja kalten Männern sah man Tränen."

Besonders schmerzte es die Deputation tief, daß der König die Verfassung, das vielgeliebte Schmerzenskind der Nationalversammlung, auf Grund deren eben noch das Anerbieten der Krone erfolgt war, mit einer hoheitsvollen Handbewegung als unverbindlichen Entwurf zur Seite geschoben und erklärt hatte, daß deren endgültige Fertigstellung erst den Regierungen anheim gegeben werden sollte. Hier klaffte ein Gegensatz der Auffassung, der unbedingt

ausgeglichen werden mußte, wenn nicht die Deputation den Rechtsboden für ihren Antrag unter den Füßen verlieren und ein unheilvoller Konflikt zwischen Berlin und Frankfurt heraufbeschworen werden sollte. Mit allem Nachdruck wies Simson auf diese Gefahr hin und verlangte sofortige Richtigstellung, während Riesser „durch eine vorsichtige Äußerung Zeit für eine günstigere Wendung gewinnen und geben wollte. Schließlich drang Simsons Auffassung durch und die von ihm abgefaßte Erklärung ging an das Staatsministerium ab. Sie enthielt die Feststellung, daß die Annahme der Krone auf Grundlage der Reichsverfassung durch den König als abgelehnt zu betrachten sei, da diese Verfassung nach seiner Willensmeinung „noch keine rechtliche Existenz und Verbindlichkeit habe, einer solchen vielmehr erst durch gemeinsame Beschlußnahme der deutschen Regierungen teilhaftig werden könne."

„Die geradezu inqualifiable Deputation" hatte also die Antwort des Königs, trotzdem er ihr „ein Hofkleid angezogen", richtig gedeutet und in dieser Auffassung konnten auch Personen aus der nächsten Umgebung des Monarchen, wie Prinz und Prinzessin Wilhelm, sie nicht irre machen, so liebevoll sie sich an einem Abendempfang zu Ehren der Abordnung auch bemühten, die Hoffnung derselben aufzurichten, da es sich ja um „etwas so Gutes, so Großes, so Notwendiges" handle.

Aber gerade darum drückte der Mißerfolg umso schwerer auf alle und gestaltete ihre Heimreise so düster und hoffnungslos. Der schöne Traum eines deutschen Kaisertums war ausgeträumt.

„Ach! wie sollten Dorn und Stein
An der Wandrer Sohlen reißen,
Zu den Scheinen, die nur gleißen,
Warf man unsren Kaiserschein!"

In der sterbenden Nationalversammlung.

Nun ging das Trauerspiel rasch seinem Ende entgegen. „Geschlagen, aber nicht besiegt," denn „in solcher Schlacht erliegt man nicht," erwartete die Nationalversammlung das todbringende Verhängnis nicht in tatloser Duldung, sondern in Kämpferstellung zu kraftvoller Abwehr und in der Absicht, die Ereignisse in eine Richtung zu zwingen, die am Ende doch noch zur Anerkennung der Verfassung und Begründung des Einheitsstaates führen könnte. Nachdem Simson über den Verlauf der Berliner Reise am 11. April Bericht erstattet hatte, erklärte die Versammlung feierlich vor der deutschen Nation „an der in 2. Lesung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung samt Wahlgesetz unwandelbar festhalten zu wollen," worauf sofort „zur Vorberatung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der gegebenen feierlichen Erklärung nötig erscheinen," ein dreißiggliedriger Ausschuß gebildet wurde. Dieser beeilte sich jedoch mit seinen Entschließungen keineswegs, denn seine erbkaiserlichen Mitglieder hofften noch immer, man werde in Berlin den ablehnenden Bescheid zurücknehmen und zu einem Einvernehmen mit der Nationalversammlung gelangen. Aber in der preußischen Hauptstadt schreckte man vor dem „kühnen Griff," den einst Gagern in der Paulskirche getan hatte, zurück. Man hatte zwar mit der Absage an die Kaiserdeputation nicht alle Brücken der Verständigung abbrechen und das Einigungswerk vereiteln wollen, da der von starkem Verantwortungsgefühl für Deutschland erfüllte und für sein Gottesgnadentum besorgte König die „zwei Ambitionen" hatte, nach Wahl durch die Fürsten an Stelle des Erzherzogs Johann als provisorischer Statthalter Ordnung zu machen und als „Erzfeldherr Teutschlands" die Ordnung zu erhalten, aber er hätte dann auch die Frankfurter Verfassung anerkennen müssen, womit ja die Re-

volution, wie er an Bunsen schrieb, „dem Narren, dem Preußenkönig, ein Hundehalsband umschnallen wollte, das ihn unaufhörlich an die Volkssouveränität fesseln, der Revolution leibeigen machen sollte", und dazu war weder er noch sein Ministerium zu haben. Da nun Graf Brandenburg in der Kammer erklärte, daß an eine unveränderte Annahme der Verfassung nicht zu denken sei, die Nationalversammlung aber schon vorher eine Umgestaltung derselben abgelehnt hatte, war der Bruch fertig und Preußen nun vollständig isoliert, denn 28 kleinere Staaten Deutschlands hatten sich schon am 14. April für Annahme des preußischen Kaisertums, aber auch für unbedingte Anerkennung der Verfassung erklärt und die übrigen Regierungen zum gleichen Schritt aufgefordert; die Königreiche aber widerstrebten aus Furcht, ihre Machtstellung zu gefährden, der Einsetzung eines erblichen Reichshaupts, wünschten vielmehr das Verbleiben Österreichs im Bunde. Unter diesen Umständen waren die Aussichten auf Verwirklichung der Verfassung, trotzdem die große Mehrheit des deutschen Volkes sie dringend forderte, recht gering. „Einem wahren und ernsten konstitutionellen System mußten nun," wie Riesser in seinem späteren Rechenschaftsbericht an seine Wähler ausführte, „Mittel zu Gebote stehen, um in ehrlichem, offenem gesetzlichen Kampfe, wenn auch unter manchen entgegenstehenden Hindernissen dem Volkswillen schließlich Geltung zu verschaffen. . . . Allein die Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen und Hannover verschmähten es, jenen Weg zu betreten. Sie ließen es sich angelegen sein, dem Volke abermals zu zeigen, daß das konstitutionelle Wesen zu einer wahren Bedeutung in Deutschland noch nicht gelangt, daß es nichts sei als eine Form, unter welcher die Regierungen in einer oder der anderen Weise zuletzt immer und unter allen Umständen Recht behalten müssen. Darum traf diese Regierungen, da sie ihren Völkern durch Ver-

tagung oder Auflösung ihrer rechtmäßigen Vertretungen die einzige Möglichkeit nahmen, auf die Lösung der Verfassungsfrage Einfluß zu gewinnen, ein großer Teil der Schuld an der Verkehrung des Rechtsbewußtseins im Volk, an jener traurigen Verzweiflung an der Wirksamkeit gesetzlicher Mittel, an jenem alleinigen Glauben an die Gewalt und an allem Unheil und Blutvergießen, das daraus hervorgegangen." Diesem volksfeindlichen Verhalten gegenüber war die Mehrheit der Nationalversammlung bestrebt, „die Anerkennung der Verfassung der Macht der öffentlichen Meinung in den Einzelstaaten anzuvertrauen," sich dazu aller rechtmäßigen Mittel zu bedienen, den Weg der Gewalt aber als ungangbar und zwecklos zu vermeiden. Von diesem Gesichtspunkt aus mußte sie bestrebt sein, alle Widerstände seitens der ablehnenden Regierungen auf friedlichem Wege zu beseitigen und alle positiven Kräfte zur Herbeiführung einer Einigung in Anspruch zu nehmen. Sie lud deshalb Ende April diese Regierungen ein, ihre Anerkennung der Verfassung auszusprechen und forderte die Zentralgewalt zugleich auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung derselben zu bewirken. Einer Abänderung der Verfassung aber widersetzte sich die Versammlung, in der es zu heftigen Angriffen gegen die Haltung Preußens kam, auf das entschiedenste, worauf Preußen am 23. April mit der endgültigen Ablehnung der Kaiserwürde antwortete, da die Ansichten in dieser Frage zu sehr auseinandergingen und die Annahme dieser Würde eher eine Gefährdung als eine Förderung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einheit sei. Diese Entscheidung Preußens führte zu einer Trennung der bisherigen Mehrheit der Versammlung, da die Linke nun immer unverhüllter ihren revolutionären Standpunkt hervorkehrte, während die Erbkaiserlichen nochmals an alle, die es anging, eine dringende Aufforderung zur Anerkennung der Verfassung er-

ließen und zugleich den ersten Schritt zu ihrer Durchführung taten, indem sie die Wahlen zum ersten gesetzgebenden Reichstag und dessen Eröffnung für den Sommer anberaumten. Gleichzeitig sollte durch Adressen, Petitionen und Deputationen eine mächtige Volksbewegung entfacht und so den Regierungen in eindringlicher Weise der Volkswille zur Kenntnis gebracht werden. Mit dieser Mobilisierung der Massen war jedoch keineswegs eine gewaltsame Einwirkung auf die Entscheidung der zögernden Regierungen beabsichtigt, wie man es später der Verfassungspartei zum Vorwurf gemacht hat. „Die Mehrheit der Versammlung konnte," wie dies Riesser wiederholt und zuletzt noch in seinem Rechenschaftsbericht auseinandergesetzt, „ihrem ganzen Charakter nach den Weg der Gewalt nicht betreten zu sehen wünschen. Aber auch die einfachste Überlegung mußte zu der Überzeugung führen, daß für diejenigen, welche die Verfassung, wie sie war, ins Leben gerufen wissen wollten, der Weg der Gewalt gar nicht zum Ziele führen könne, daß er dasselbe notwendig entweder verfehlen oder weit über dasselbe hinausgehen müsse." Wenn es trotzdem in Sachsen, der Rheinpfalz und Baden zu bedauerlichen gewaltsamen Erhebungen kam, so waren diese auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, am meisten aber auf den Druck, mit dem die Regierungen der größeren deutschen Staaten, allen voran die Preußens, die Volksmeinung unterdrückten, bis der notwendig erzeugte Gegendruck alle Fesseln und Schranken sprengte und zum Bedauern aller Vaterlandsfreunde zu blutigen Ereignissen führte. Am deutlichsten sprachen in dieser Hinsicht die Vorgänge in Dresden. Hier waren Kammern und Ministerium von einer mächtigen Strömung im Lande dazu gedrängt, eben im Begriff sich für die Verfassung zu erklären und auch den noch schwankenden König zu ihrer Anerkennung zu veranlassen, da erschien plötzlich ein Sendbote aus Berlin und beeinflußte den König Fried-

rich August, sodaß dieser seine Zustimmung zur Anerkennung verweigerte, die Kammer auflöste und das verfassungsfreundliche Ministerium entließ. Bald zeigten sich denn auch die Folgen dieses unpolitischen Verhaltens. Es kam zu heftigen Straßenkämpfen, die einen solchen Umfang annahmen, daß fast die ganze Hauptstadt in die Hände der Aufrührer fiel und der König flüchten mußte. Nun hielt die preußische Regierung ihr dem Sachsenkönig gegebenes Versprechen, ihm gegen jede, auch die friedlichste Bewegung zu Gunsten der Verfassung Waffenhilfe zu leisten, indem sie preußische Truppen in die sächsische Hauptstadt einrücken und den Aufstand niederschlagen ließ. Dieses unbefugte Einschreiten Preußens führte in der Nationalversammlung zu Ausbrüchen von wildester Leidenschaft. Man war eben bei der Beratung des von der Linken gestellten Antrags, das Heer auf die Verfassung zu vereidigen, um es in Widerstreit mit seiner Pflicht und sich zu bringen und so die Regierungen zur Anerkennung der Verfassung zu zwingen. Rießer bekämpfte die vorgeschlagene Maßregel, da er sie für den Schutz der Freiheit jetzt nicht geeignet und zweckmäßig, für die Einheit aber verderblich finde. Das Ziel der Einheit durch gewaltsame oder die Gewalt vorbereitende Maßnahmen erreichen zu wollen, sei eine Torheit, da ein gewaltsames Einschreiten nirgendwo zu einem wohltätigen Resultat führen könne; ja es sei sogar zu befürchten, daß bei Anwendung von Gewalt sich die der Verfassung geneigten Stämme auf die Seite der ihr widerstrebenden Dynastien schlagen würden. Anders sei es in der Frage der Freiheit. „Wenn Preußen," fährt er dann fort, „wirklich sich vermessen sollte, falls, was ich noch immer nicht glaube, die Sache der Reaktion in seinem Innern schließlich siegen würde, sie in andere Staaten hineinzutragen; wenn der Weg der Unterdrückung der Freiheit in den kleineren Staaten, wie er vom Jahre 1832 an verfolgt worden, wieder betreten werden sollte,

dann, meine Herren, muß solche Gewalt von der anderen Seite mit Gewalt abgewehrt werden."

Schon in den nächsten Tagen hatte Riesser Gelegenheit aus diesen entschiedenen Worten auch die Schlußfolgerung zu ziehen, da von radikaler Seite der Antrag eingebracht wurde, „das unbefugte Einschreiten der preußischen Regierung im Königreich Sachsen für einen schweren Bruch des Reichsfriedens, dem durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten sei" zu erklären. Im vollen Bewußtsein der Tragweite dieses Beschlusses, aber auch erfüllt von der Größe seiner Verantwortung für die von Preußen bedrohte Freiheit, stimmte Riesser mit der Linken für den Antrag und trennte sich so bei einem der bedeutungsvollsten Beschlüsse des Hauses von der Mehrzahl seiner politischen Freunde. Aber bei aller Entschiedenheit, mit der er die Pflicht jedes Deutschen betonte, die Freiheit gegen die Reaktion zu verteidigen, war es von Anfang an „eine entscheidende Bedingung des Mitwirkens aus sittlichen wie aus politischen Gründen," daß die unter dem Panier der Reichsverfassung ausgesprochene Bewegung sich von jedem gewaltsamen Unternehmen gegen eine der Regierungen, welche die Verfassung anerkannt hatten, entschieden fern halte" und „daß sie, indem sie jener Reaktion Widerstand zu leisten bestrebt war, sich nicht auf einen Weg verirrte, „der von dem Ziele wahrer, rechtlicher Freiheit ebenso weit abliegt, wie die Gefahr, welcher zu begegnen war, und dessen Betreten nur den Plänen der Feinde der Freiheit in die Hände arbeiten konnte.*) Darum findet Riesser auch nicht genug Worte der Entrüstung und Verurteilung, wo er von dem „elenden, grund- und ziellosen badischen Aufstand" spricht, „dessen

*) Rechenschaftsbericht.

scheußliche Symptome keineswegs geeignet waren, mit der Bewegung zu versöhnen." Und mit nicht viel freundlicheren Gefühlen steht er der Bewegung in der Rheinpfalz gegenüber, die die Verfassungsmaske abgeworfen und ihre wahre Natur gezeigt habe, indem sie mit dem badischen Aufstand fraternisierte. So in gleichentschiedener Weise gegen die von links und rechts drohenden Gefahren der Revolution und Reaktion ankämpfend, war Riesser bemüht, in dem täglich weiter fortschreitenden Zusammenbruch gemeinsam mit der Mehrzahl der Erbkaiserlichen eine neue Grundlage für den zu bildenden deutschen Verfassungsstaat zu schaffen. Diejenigen deutschen Regierungen, die die deutsche Reichsverfassung anerkannt, sollten nach dem Plan dieser Männer, die sich zur Parteigruppe des „Nürnberger Hofs" zusammengeschlossen, bis zur endgültigen Gründung einen vorläufigen Bundesstaat bilden, an dessen Spitze ein Reichsstatthalter stehen sollte, bis die Würde des Reichsoberhaupts in feste Hände gegeben werden könnte. Nach wie vor wollte man diese dem König von Preußen vorbehalten. Das Amt des Reichsstatthalters sollte einstweilen Gagern verwalten. Aber auch dieser Gründungsversuch des Nürnberger Hofes konnte den Zusammenbruch nicht mehr aufhalten; zu weit war die Zersetzung schon vorgeschritten; dazu brachte jeder Tag neue Ereignisse, die die Auflösung beschleunigten. Schon kurz vor dem Beschluß vom 10. Mai war das Ministerium Gagern wegen einer Meinungsverschiedenheit mit dem Reichsverweser zurückgetreten, worauf dieser ein höchst minderwertiges Ministerium berief, das von der Versammlung als eine „Beleidigung der Nationalrepräsentanz" erklärt und abgelehnt wurde. Die preußische Regierung aber bezeugte ihrerseits, daß sie den Versuchen der Paulskirche zur Lösung der deutschen Verfassungsfrage keine Bedeutung mehr beilegte, indem sie die preußischen Abgeordneten aus Frankfurt abrief, was Österreich schon lange vorher getan hatte.

Dieser Abbröckelungsprozeß kam nun nicht mehr zum Stillstand, da fast jeder Tag neue Austrittserklärungen von Abgeordneten brachte. Am 20. Mai verließen auf einmal 65 der angesehensten Mitglieder, darunter Simson, von Gagern, Arndt, endgültig die Versammlung, überzeugt, daß das sinkende Schiff nie mehr den rettenden Hafen erreichen oder nur in den rechten Kurs kommen würde. Riesser war mit diesem Schritt nicht einverstanden und hatte sich vergeblich bemüht, ihn zu verhüten. Es waren freilich nur „mehr oder minder täuschende Hoffnungen, von denen sich der Sinn des einen schwerer lossagen mochte, als der des andern," die ihn veranlaßten mit wenigen seiner Freunde in der Versammlung auszuharren, denn er glaubte, „daß auch in dieser veränderten Gestalt die Nationalversammlung dem deutschen Volke erhalten werden müsse als der lebendige Mittelpunkt aller Bestrebungen für die Verwirklichung der von ihr beschlossenen Reichsverfassung, als das einzige Organ einer Gesamtvertretung Deutschlands bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags.*) Er hatte aber auch vorausgesehen, daß die Stellung der Zurückgebliebenen bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt und der Einfluß der Linken über Gebühr gestärkt werden würde, und hielt es darum für seine Pflicht beiden Folgen nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten, was ihm die nach Schwächung der Mittelparteien tatsächlich zum Übergewicht gelangte Linke freilich nicht leicht machte, da sie ihre Übermacht gründlich ausnützte. Infolgedessen sah sich Riesser wiederholt in die Zwangslage versetzt bei Abstimmungen zu „dem traurigen Auskunftsmittel der Stimmenthaltung" zu greifen. Das Zustandekommen des Beschlusses, die zur Beschlußfassung erforderliche Mindestzahl auf 100 herunterzusetzen, verhütete er dagegen mit seinen Freunden, indem er sich mit ihnen aus der Versammlung

*) Austrittserklärung vom 30. Mai.

entfernte. Er konnte dadurch freilich nicht verhindern, daß die Linke in einer zweiten Abstimmung siegte und so von jetzt ab die Möglichkeit hatte, ohne Unterstützung durch andere Parteien der Versammlung ihren Willen aufzuzwingen, von welcher Möglichkeit sie denn auch schon am 30. Mai Gebrauch machte, indem sie die Übersiedlung des Rumpfparlaments nach Stuttgart beschloß und auch die Bevollmächtigten der Staaten, die die Verfassung angenommen hatten, einlud sich dorthin zu begeben. Am Zustandekommen dieses Beschlusses hat jedoch Riesser nicht mehr mitgewirkt, da er bereits am 26. Mai mit dem Rest der erbkaiserlichen Partei seinen Austritt erklärt hatte, nachdem die Linke nicht darauf eingegangen war, in einen an das deutsche Volk zu richtenden Aufruf Uhlands den Zusatz aufzunehmen: „Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, somit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist nicht minder die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die inneren vaterländischen Zwiste." Da also nach Ansicht Riessers und seiner Freunde die Mehrheit gezeigt, „daß ihre Bestrebungen noch ein anderes Ziel haben als die aufrichtige Durchführung der unveränderten Reichsverfassung in allen ihren Teilen, daß sie zur Erreichung dieses Zieles selbst die Hilfe des Auslandes nicht verschmähen würde," war für den aufrechten, kerndeutschen Mann, dessen heißes Bemühen es jederzeit gewesen, des Vaterlandes Größe und Unabhängigkeit nach außen sowie Freiheit und Gesetzlichkeit im Innern zu fördern, kein Platz mehr in der Versammlung. Niedergedrückt durch das Scheitern seiner teuersten Hoffnungen und körperlich leidend durch die damit verbundenen Ereignisse zog er sich auf einige Zeit nach dem ruhigen Godesberg zurück, um in ländlicher Ruhe wieder

Kraft und Seelenfrieden zu gewinnen. Die zitternde Erregung aber mußte er sich von der Seele schreiben und so allmählich zum Ausklingen bringen, indem er seinen Rechenschaftsbericht an seine Wähler verfaßte und darin am Faden der fortlaufenden Ereignisse seine Stellungnahme zu den einzelnen Fragen klar und offen, aber mit bewundernswerter Leidenschaftslosigkeit darlegte.

Der stark zusammengeschrumpften Nationalversammlung leuchtete auch in Stuttgart kein guter Stern. Nach einigen Beschlüssen recht zweifelhaften Wertes, da ihre Durchführung von Anfang an unmöglich war, wurden am 18. Juni durch die württembergische Regierung weitere Sitzungen verboten und die Abgeordneten, als sie sich am gleichen Tag unter Führung Uhlands dennoch im geschlossenen Zug nach dem Sitzungssaal begeben wollten, durch Militär daran gehindert und auseinandergejagt. So kläglich mußte enden, was einst so vielversprechend und hoheitsvoll begonnen hatte. Das Sehnen und Hoffen, das Sorgen und Schaffen der Besten war umsonst gewesen; die alte Not und Zerrissenheit war geblieben und das Schicksal des Vaterlandes blieb wieder einer ungewissen Zukunft anheimgegeben.

„Kleindeutschland hier, Großdeutschland dort,
Scheindeutschland beider Losungswort;
Reindeutschland aber klagend spricht:
„Ein Deutschland gibt's auch diesmal nicht!"

Im Erfurter Volkshaus.

Nach dem Scheitern des Verfassungswerks, wozu Friedrich Wilhelm durch die Ablehnung der Kaiserwürde selbst den Hauptanstoß gegeben hatte, suchte er die deutsche Frage nach preußisch-konservativem Rezept zu lösen und beauftragte mit der Ausführung den ihm befreundeten, vielgewandten General v. Radowitz. Nach dessen Plan sollte das zu begründende „Deutsche Reich" mit Österreich eine „Union" bilden, einen völkerrechtlichen Bund mit einheitlicher auswärtiger und gemeinsamer Zoll- und Handelspolitik. Das Deutsche Reich sollte aus denjenigen deutschen Bundesstaaten bestehen, die sich ihm freiwillig anschließen wollten, mit einem Fürstenkollegium und einem Reichsvorstand an der Spitze, dessen Würde Preußen vorbehalten war. Das Volkshaus sollte nach einem indirekten, öffentlichen Klassenwahlrecht zusammengesetzt und als Verfassung das von allen demokratischen und unitarischen Auswüchsen gereinigte Frankfurter Verfassungswerk angenommen werden. In gemeinsamen Konferenzen mit den beteiligten größeren Staaten wurden die Vorlagen vom 17. Mai an in Berlin beraten und am 26. Mai von Sachsen und Hannover angenommen, während Österreich, Bayern und Württemberg den Abmachungen dieser zwei Königreiche mit Preußen, die zur Begründung eines Dreikönigsbündnisses führten, fern blieben und eine abwartende Haltung einnahmen. Aber auch Sachsen und Hannover hatten ihren Beitritt nur mit dem Vorbehalt erklärt, daß die vorgeschlagene Verfassung ganz Deutschland umschließe und daß auch Bayern bis zum 1. Reichstag beitrete. Es ist begreiflich, daß dieser preußische Versuch einer Neuordnung Deutschlands in den freiheitlich und national gesinnten Kreisen nicht gerade Begeisterung auslöste, denn die Rechte der Reichsgewalt waren bedeutend ein-

geschränkt und Grundrechte und Verfassung im rückschrittlichen Sinn abgeändert; die Kaiserwürde endlich war zur prosaischen Stellung des Reichsvorstandes herabgesunken. Trotzdem stand Riesser mit seinen politischen Freunden auf dem Standpunkt, den Entwurf nicht abzulehnen, sondern durch Annahme desselben sich dem in der Frankfurter Verfassung gesteckten Ziel auf einem Umweg zu nähern. Aus diesem Grunde beteiligte er sich, wenn auch nicht mit großen Hoffnungen, an den Beratungen, die Ende Juni von einer großen Anzahl der angesehensten Mitglieder des Weidenbuschvereins in Gotha zu dem Zwecke abgehalten wurden, „ein möglichst übereinstimmendes Verhalten in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes, insbesondere gegenüber den obschwebenden Fragen der Reichstagswahlen" zu beschließen. Nach dreitägiger Verhandlung erklärten 130 Teilnehmer, darunter Riesser, daß die „Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, ihnen höher stehen als das starre Festhalten an der Form, in der man dieses Ziel erstrebte." Der dargebotene Verfassungsentwurf enthalte die Grundlagen des deutschen Bundesstaates und den Kern der Frankfurter Verfassung. Darum wollten sie, vorausgesetzt, daß die Vorlage als eine dem deutschen Volke gegebene unabänderliche Zusage betrachtet werde, für die Beteiligung an den Wahlen zum ersten Reichstag und für den Anschluß der anderen Staaten wirken, so wenig auch die einzelnen Bestimmungen ihren Wünschen entsprächen.*) Es war, wie Riesser später erklärte, „das Programm der schmerzlichsten Resignation, der entsagendsten Vaterlandsliebe," aber es bewirkte, daß sich die gemäßigten Liberalen in ganz Deutschland an der politischen Arbeit der nächsten Zeit beteiligten. Das Hauptinteresse wandte sich nun allmählich

*) E. v. Simson, Erinnerungen.

den kommenden Wahlen für das Bundesparlament in Erfurt zu, woselbst der Verfassungsentwurf revidiert und zur Annahme gebracht werden sollte. Je näher aber diese Möglichkeit kam, desto mehr sah Österreich in dem ganzen Bündnis, dem sich nun mit Ausnahme von Bayern, Württemberg und einigen kleinen Ländern alle Bundesstaaten angeschlossen hatten, eine Gefahr, der es dadurch zu begegnen suchte, daß es Bayern und Württemberg in ihrer ablehnenden Haltung bestärkte und auch Sachsen und Hannover zum Abfall veranlaßte. Trotzdem verharrte Preußen auf der einmal eingeschlagenen Bahn, indem es die Wahlen zum Reichstag vornehmen und diesen am 20. März in Erfurt eröffnen ließ. Riesser war in Hamburg mit großer Stimmenmehrheit in das Volkshaus gewählt worden und trat der aus den Gothaern bestehenden „Bahnhofspartei" bei, zu der Gagern, Simson, Bassermann, Vincke u. a. gehörten. Die äußerste Linke war unvertreten, da sie sich nicht an den Wahlen beteiligt hatte, aber die äußerste Rechte ersetzte sie in würdigster Weise, indem sie durch endlose theoretische Auseinandersetzungen das Zustandekommen des Werks zu verhindern suchte, da ihr ein unabhängiges, absolutistisches Preußen der beste Damm gegen die trübe Flut der Revolution schien. Die Verfassungspartei nahm wenig an diesen Deklamationen teil. Sie hatte die große Mehrheit und war entschlossen durch rasches Handeln möglichst bald zu einem annehmbaren Ergebnis zu kommen. Da die Reichsversammlung lediglich dazu berufen war, den Verfassungsentwurf anzunehmen, beantragte Änderungen aber der Zustimmung sämtlicher verbündeten Regierungen bedurften, war es im Interesse einer beschleunigten Annahme nötig, keine Verbesserungen am Entwurf zu beantragen, sondern ihn im ganzen, so wie er war, in die bergende Scheune zu bringen. Man nahm deshalb am 15. April die Verfassung en bloc an und ging dann daran, sie nach den Wünschen des

preußischen Königs abzuändern, während Radowitz im Namen seiner Regierung den umgekehrten Weg verlangt hatte. Das dabei unverhüllt zu Tage tretende rückschrittliche Verhalten Preußens, wie es sich namentlich in einer erheblichen Verminderung der Grundrechte offenbarte, gab Riesser am 15. April Gelegenheit, Preußen vor den Folgen einer reaktionären Regierung zu warnen und auf seine führende Aufgabe in Deutschland hinzuweisen. „Deutschland," rief er aus, „ist erst nach dem Jahre 1806 wieder zu bewundernder Verehrung für die Lebensrichtung, die der preußische Staat damals einschlug, zurückgekehrt; aber ich frage Sie, meine Herren, der Geist, der die preußische Gesetzgebung von 1806—1813 durchdrungen hat, der Geist, durch dessen erhabenes Wirken Preußen sich vorbereitet und würdig gemacht hat, an die Spitze der großen Nationalerhebung zu treten und seine Fahnen über das willig folgende Deutschland zu halten, ich frage Sie, war es ein anderer Geist, als der des jetzt so viel geschmähten Liberalismus?" Den gleichen freiheitlichen Standpunkt vertritt er einige Tage später, indem er gegen die beabsichtigte Beschränkung der Geschworenengerichte Stellung nimmt: „Freie Völker," erklärt er, nachdem er auf das entgegengesetzte Verhalten in Deutschland hingewiesen, „führen Beschränkungen ein in stürmischen Zeiten, wo sie notwendig zur Verhütung von Exzessen erscheinen, aber wenn die stürmischen Zeiten vorüber sind, dann heben sie sie wieder auf und kehren zur Regel des Rechts und der Freiheit zurück." Zum letzten Mal ergriff Riesser auf der Tribüne Deutschlands am 25. April das Wort, als es sich um die Vorlage handelte, dem Bund das Recht zu geben, die Wahlgesetze der Einzelstaaten dem des Bundesstaats gleichzugestalten. Riesser ist „im konservativen, wie überhaupt im höheren politischen Interesse" für die öffentliche Wahl; darum steht er auch der Vorlage ablehnend gegenüber, besonders da er auch praktische Be-

denken hat. „Ich glaube, es würde leicht sein für alle deutschen Staaten," so führt er aus, „ein radikales Wahlgesetz zu machen, das Wahlgesetz, das, wie oft gesagt, nach dem Rechenbuch gemacht werden kann. Ich halte es dagegen für schwer, ja für unmöglich, allgemeine Normen für ein Wahlgesetz zu finden, in dem wirklich die Sicherheit liegt, daß es in allen Einzelstaaten auf konservative Weise wirkt." Der Entwurf bedrohe die Unabhängigkeit der kleineren Staaten und übersehe, daß örtliche Verschiedenheiten auch andere Gesetze erfordern. Zum Schluß betont er die Notwendigkeit, den Blick nicht zu sehr auf die einzelnen Teile zu richten und dadurch von der Hauptsache abzulenken, sondern auf das eine große, erhabene Ziel, auf den zu begründenden Bundesstaat Deutschland. Wie so oft im Laufe seiner parlamentarischen Tätigkeit findet er dabei Worte voll dichterischer Schönheit, erfüllt von dem heißen Atem begeisterter Vaterlandsliebe, sodaß wir beim Lesen dieser wenigen Sätze hohen Genuß empfinden. „Wenn aus diesen Hallen nicht ein stolzer, voller, vaterländischer Ton, der wie ein heller Klang aus der großen, langentbehrten Heimat jedes deutsche Herz ergreift, über Deutschland hinschallen darf, dann, meine Herren, schließen Sie die Pforten dieses Tempels; dann werden Sie das Herz Deutschlands niemals unserem Werke zuwenden können. Wenn Sie die Blicke Deutschlands auf die großen und die kleinen Heere, die sich in unserem Lager sammeln, lenken wollen und nicht auf die Fahne Deutschlands, die auf seiner höchsten Zinne weht, neben der Fahne des Rechtes und der Freiheit, dann werden sich die Blicke Deutschlands von uns wenden und wir werden unter der Last seiner dumpfen Gleichgültigkeit unser Werk erliegen sehen. Ich möchte das einst verloren gegangene Deutschland, welches wir wieder aufzubauen bestrebt sind, mit jenem König der Tragödie des großen Dichters vergleichen, der seinen Töchtern alles hingegeben hat und nun,

verraten und verstoßen von den Treulosen und Undankbaren, den Stürmen und jedem Ungemach der Witterung ausgesetzt, aber doch jeder Zoll ein König, obdachlos und verlassen umherirrt. Meine Herren! Ich will nicht fragen, wer die undankbaren und treulosen Töchter waren, die das alte Deutschland in solchen Jammer und solches Elend versetzt haben; aber das sage ich Ihnen, wenn Sie nicht in den zerrissenen Gliedern und in dem dürftigen Gewande die Majestät des Vaterlandes ehren, so werden Sie es niemals in seiner Glorie sich wieder erheben sehen." Einige Tage später waren die Beratungen zu Ende, worauf das Parlament unter Vorbehalt seiner Wiedereröffnung geschlossen wurde. Aber diese Wiedereröffnung fand niemals statt, denn nur 12 Regierungen wollten die Erfurter Verfassung unverändert annehmen und auf diese unsicheren Aussichten hin zur Lösung der deutschen Frage wollte es Friedrich Wilhelm doch nicht auf einen ernsten Zusammenstoß mit Österreich ankommen lassen. So blieb zunächst alles in der Schwebe.

Hamburger Bürger und Oberrichter. Ausklingen und Ende.

Nach Schluß der Erfurter Beratungen kehrte Rieſſer aus der weihevollen Halle der Volksbeauftragten in die schlichte Amtsstube seines bürgerlichen Berufs zurück. Mit welchen Gefühlen der in seinen teuersten Hoffnungen enttäuschte Mann seine ihn so wenig befriedigende Tätigkeit wieder aufnahm, können wir uns denken; hatte er doch wiederholt in Gesprächen und Briefen in beweglichen Worten über das drückende Joch seines Notariats geklagt, das er nur so

lange zu tragen willens war, bis es ihm die Mittel für eine bescheidene Unabhängigkeit der Lebensführung und Muße zu selbstgewählter Tätigkeit gewährt hatte. Doch die Zeit war nicht dazu angetan, ihn der Erfüllung seines Herzenswunsches näher zu bringen. Während seiner parlamentarischen Tätigkeit hatte er sich so gut wie gar nicht seinen Berufsgeschäften widmen können, sodaß er im großen und ganzen nur auf seine Diäten angewiesen war. Nun aber, da er Zeit und Kopf zu eigenster Beschäftigung wieder frei hatte, traten Verpflichtungen mannigfachster Art an ihn heran, denen er sich nicht entziehen mochte und die sein kleines Kapital, die Hoffnung seines Lebensabends, immer mehr dahinschwinden ließen. Zahlreiche Flüchtlinge aus Ungarn und Schleswig-Holstein, Polen und Hessen, die wegen der politischen Verhältnisse die Heimat zu verlassen gezwungen waren, kamen nach Hamburg, wo sie gastliche Aufnahme und Unterstützung für die Weiterreise zu finden hofften. Riesser gab und gab, mehr als seine Verhältnisse gestatteten und stand den Unglücklichen auch mit Rat und Tat zur Seite. Er war Mitglied eines Unterstützungskomitees für die Schleswig-Holsteiner und warb für sie, wo er nur konnte. Mit großer Teilnahme verfolgte er auch die Verhältnisse in Hessen-Kassel, wo Minister Hassenpflug in einem Budgetstreit mit den Landständen den Kriegszustand erklärt hatte und Beamte und Offiziere, die sich nicht seinem selbstherrlichen Regiment fügen wollten, in der herzlosesten Weise verfolgte. Riesser ergriff in 2 Artikeln „Gewalt wider Recht in Kurhessen" die Partei der Verfolgten und lenkte auch noch in den folgenden Jahren durch wiederholte Veröffentlichungen die Aufmerksamkeit Deutschlands auf die hessischen Zustände. Nach dem Tode seines ältesten Bruders Jakob 1850 traten neue Pflichten an ihn heran, da er sich nun der ganz verwaisten beiden Töchter annehmen mußte und dies mit väterlicher Liebe

und Selbstlosigkeit tat. Einen beträchtlichen Teil seiner Einkünfte verschlangen auch die ausgedehnten Reisen, die ihn anfangs der fünfziger Jahre nach Salzburg und Tirol, England, der Schweiz und Italien führten, wo er im Genuß von Natur und Kunst und im Verkehr mit lieben Menschen seine oft recht trübe Stimmung vergaß und unvergeßliche Zeiten verlebte. „Man kann nicht zufriedener mit dem Erfolge einer solchen Reise sein, als ich es bisher bin und es kann einem nicht besser gehen, als es mir ergangen ist," schreibt er 1852 von Florenz an Frau Dr. Haller, der er von allen seinen Reiseerlebnissen die genaueste Schilderung entwirft, wobei er als gewissenhafter Berichterstatter auch nicht zu melden vergißt, daß ihn „Mücken und ähnliche Tiere noch nicht gestochen haben." Immer weiter spannte er nun das Ziel seiner Reisewünsche, bis sie ihn 1856 nach Amerika führten, das er schon lange kennen zu lernen beabsichtigt hatte und nun während eines viermonatigen Aufenthalts gründlich bereiste und studierte. Dabei kam ihm die große Zahl alter und neugewonnener Freunde trefflich zustatten, die alle in Aufmerksamkeiten wetteiferten, um ihm den Aufenthalt so genußvoll und lehrreich als möglich zu gestalten, sodaß er durch die Fülle aller festlichen Gelegenheiten veranlaßt seinen Besuch in New-York sogar verlängern mußte, um allen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Mit großem Interesse vertiefte er sich in das Studium der sozialen und politischen Verhältnisse des Landes, für die er seinen Blick schon vorher durch monatelange gründliche Vorbereitung geschärft hatte; trotzdem fand er es bei der Mannigfaltigkeit der empfangenen Eindrücke und den widersprechenden Auffassungen, die er in den verschiedensten Kreisen über die dortigen Zustände und Fragen fand, nicht leicht sich ein zutreffendes Urteil zu bilden; „doch ist der Eindruck," schrieb er hierüber nach Hause, „im ganzen ein günstiger und ich glaube, daß die Ansicht, die

ich mitgebracht, durch meinen Aufenthalt keine wesentliche Modifikation erfahren wird, d. h. ich finde die Zustände würdig und zusagend und die vorhandenen Übelstände verbesserungsfähig — mit alleiniger Ausnahme des einen großen, schweren Übels und Unrechts der Sklaverei und was daran hängt". Die Frucht seiner Studien und Wahrnehmungen veröffentlichte er 1858 als „Amerikanische Anschauungen und Studien," nachdem er Zeit und Stimmung für ihre endgültige Abfassung durch Niederlegung seines Notariats gewonnen hatte. Zu diesem schon lange geplanten Schritt veranlaßte ihn letzten Endes die schwere Handelskrise, die gegen Schluß des Jahres 1857 über Amerika und Europa kam und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse Hamburgs tief erschütterte. Die dadurch hervorgerufenen Notariatsgeschäfte brachten ihm nicht nur aufreibende körperliche und geistige Anstrengung sondern auch manche seelische Erschütterung, wodurch sein Befinden aufs ungünstigste beeinflußt wurde. Atmungsbeschwerden und langdauernde Hustenanfälle raubten ihm den Schlaf und machten ihn müde und abgespannt. Mit dem zunehmenden Bedürfnis nach Ruhe wuchs nun auch die Abneigung gegen seinen Beruf und die Sehnsucht nach Ausspannung und Erholung immer mehr. So legte er denn im Dezember 1857 das Notariat nieder, nahm sich eine einfache Wohnung und lebte ruhig bescheiden seinen Studien und schriftstellerischen Arbeiten. Mit dem Regierungsantritt des Prinzen Wilhelm von Preußen streckte jedoch die Politik wieder ihre begehrlichen Arme nach ihm aus. Die Berufung eines liberalen Ministeriums schien eine „neue Ära" in Preußen einzuleiten, von der die Anhänger eines unter Preußens Führung geeinten Deutschlands neuen Antrieb für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen erwarteten. Auch Riessers Freund Biedermann glaubte nun die Zeit zum Handeln gekommen, um die Anhänger der Reichsverfassung in eine große nationale

Partei zusammenzufassen und mit einem zeitgemäßen Programm an die Öffentlichkeit zu treten. Riesser war mehr für eine abwartende Haltung, da ihm die politische Gesamtlage zu unsicher schien und das anzustrebende Verhältnis des zu begründenden Einheitsstaates zu Österreich doch wieder „eine unabsehbare Zersplitterung" herbeiführen müsse. Trotzdem kam es zu zwei Versammlungen in Eisenach und zur Aufstellung eines Programms, in dem die Führung Deutschlands durch Preußen und die Änderung der Bundesverfassung verlangt wurde, worauf die Gründung des deutschen Nationalvereins in Frankfurt erfolgte. Riesser nahm an den Beratungen teil, trat in den Ausschuß und übernahm die Gründung eines Hamburger Zweigvereins. Da dieser jedoch allmählich in demokratisches Fahrwasser glitt, beteiligte er sich wenig an seinen Arbeiten, schrieb aber für seine Zeitschrift mehrere Aufsätze, in denen er die Stellung des Nationalvereins zu den verschiedenen Zeitfragen seinen Hamburger Mitbürgern auseinandersetzte. Auch sonst stellte er seine Feder und sein Wort gerne seinen Landsleuten zur Verfügung. Am 100. Geburtstag Schillers hielt er im Stadttheater die Gedenkrede, in der er die poetische Sendung des Dichters mit tiefem Verständnis würdigte und seinem Genius begeisterte Huldigung zollte. In die Erörterung der damals auf der Tagesordnung stehenden Hamburger Verfassungsfragen griff er wiederholt mit Wort und Schrift ein, besonders nachdem er in die neue Vertretung der Bürgerschaft gewählt und zum Vizepräsidenten und Mitglied des Bürgerausschusses ernannt worden war. Gleichzeitig saß er in den wichtigsten Ausschüssen und hatte in einigen die schwierige und mühevolle Berichterstattung. Aber seine Mitbürger gingen in der unbefangenen Würdigung des verdienten Mannes noch weiter, indem sie ihn im Jahre 1860 zum Mitglied des Obergerichts ernannten, womit zum ersten Male in Deutschland ein Bekenner des jüdischen Glaubens

zum Richteramt zugelassen wurde. Ein Jahrzehnt zuvor hatte er kaum Hamburger Bürger werden können, denn erst im Jahre 1849 waren die entwürdigenden Schranken gefallen, die in Hamburg wie in anderen Staaten Deutschlands die Menschen wie Schafe in trennende Hürden gesperrt hatten. Wie wenig vorurteilsfrei und gerecht aber noch kurze Zeit vor Riessers Ernennung die Stellung des höchsten amtlichen Vertreters des Gesetzes in Preußen den Juden gegenüber war, beweist der Umstand, daß der Justizminister des damaligen liberalen Ministeriums sie sogar vom juristischen Studium fernhalten wollte, da sie ja doch keine Anwartschaft auf Staatsanstellung hätten. In zwei gründlichen Artikeln trat damals Riesser für die Staatsbürgerrechte seiner Glaubensgenossen ein. Die Wandlung aber, die sich in seiner äußeren Stellung seit seinen fruchtlosen Bittgängen zu akademischen und bürgerlichen Senaten in Heidelberg, Jena und Hamburg vollzogen hatte, erfüllte ihn mit herzlicher Freude und Genugtuung; er betrachtete jedoch seine Berufung nicht als persönliche Angelegenheit des Empfängers, sondern als Symbol der fortschreitenden Entwicklung und der bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten. „Ich bin nicht eitel genug," hatte er nach seiner Wahl als Vizepräsident der Bürgerschaft geschrieben, „um mir viel aus der Ehre zu machen, aber der Fortschritt der allgemeinen Gesinnung, der darin liegt und der sich überhaupt bei dem Gange der ganzen Sache bewährt hat, ist mir erfreulich." Und nach seiner Wahl ins Obergericht „steigert sich seine Freude über einen so überaus günstigen und ehrenvollen und vor noch gar nicht langer Zeit für unmöglich gehaltenen Erfolg bis zu wahrem Jubel." Die allgemeine Teilnahme, die ihm entgegengebracht wird, glaubt er nicht nur dem herzlichsten Wohlwollen zuschreiben zu müssen, sondern auch der Überzeugung, „daß die große Sache der Religionsfreiheit durch diesen Vorgang gefördert werde." Freilich hatte er durch Übernahme

Gabriel Riesser im Alter

der beiden hohen Würden einen großen Teil seiner früheren Unabhängigkeit verloren, aber er freute sich der neuen Tätigkeit und oblag ihr mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Pflichttreue. Die freie Zeit, die ihm sein verantwortungsvolles Amt ließ, widmete er edler Geselligkeit und immer wieder anregenden Erholungsreisen, von denen er stets körperlich erfrischt und mit neuer Schaffenslust zurückkehrte. Wie in früheren Jahren steckte er auch jetzt noch das Reiseziel möglichst weit, indem er neben Ausflügen zu seinen Verwandten und Freunden größere Reisen nach der Schweiz, England und Irland unternahm. Allmählich aber verschlechterte sich sein Befinden, da die Atembeschwerden und Hustenanfälle, die ihn schon früher geplagt, immer häufiger und stärker kamen, sodaß sie ihm bei Tage die Berufsgeschäfte erschwerten und nachts seinen Schlaf störten, den er nach angestrengter Tagesarbeit doppelt nötig hatte. Dazu bildete sich anfangs April an seiner rechten Wange eine Geschwulst, der er zuerst wenig Bedeutung beimaß, die aber immer größer wurde und ihm ernstliches Unbehagen bereitete. Bald kam Fieber dazu und die asthmatischen Beschwerden quälten ihn immer mehr. Die Pflege, in die sich bis jetzt sein alter Aufwärter und dessen Frau geteilt hatten, übernahm nun seine langjährige Freundin, Frau Bürgermeister Haller, die auch für die nötigsten Krankenerfordernisse sorgte und Lehnstuhl, Schemel und Schlafrock, die der schlichte Mann nicht besaß, herbeischaffen ließ. Nun ging es rasch dem Ende zu. Seine Sprache wurde undeutlich, heftige Fieberstürme schüttelten den schweren Körper, sodaß ihn 3 Männer nur mühsam auf dem Schmerzenslager halten konnten. Am 22. April schwand das Bewußtsein und wenige Stunden später verschied er friedlich und still mit einem letzten, schweren Atemzug. Schnell durcheilte die Todeskunde die teilnehmende Stadt, die sich nun zu einer großartigen Leichenfeier rüstete, wie sie Hamburg kaum jemals zuvor ge-

sehen hatte. Am 26. fand die Beerdigung unter Teilnahme der Behörden und Schulen und einer unübersehbaren Menge von Leidtragenden statt. „Die große Anzahl von Wagen — 126 —", schrieb eine Hamburger Tageszeitung, „repräsentierte die obere Schichte der Bevölkerung, aber die Volksmasse, welche sich in wehmütigem Schweigen dem Leichenzug anschloß, als dieser das Dammtor passierte, sprach es aus, daß dieser Israelit wie einst Moses Mendelssohn, ebensoviele Anhänger unter den Christen zählte, wie unter seinen Glaubensgenossen." In den am Grabe gesprochenen Nachrufen kam noch einmal die ganze Bedeutung des Entschlafenen und die allgemeine Liebe und Verehrung, die man ihm gezollt, zu rührendem Ausdruck, am tiefsten und ergreifendsten in der Rede des christlichen Sprechers, des Prof. Aegidi vom akademischen Gymnasium, weshalb sie im Wortlaut hier folgen möge:

„Das Herz der Menschheit hat in Kämpfen um das Heiligtum des Glaubens und Gewissens jahrhundertelang geblutet. Aber über das entwölkte Firmament spannt sich nun ein seliger Friedensbogen. Die Wunden heilen. Das gleiche Recht für alle, wes Glaubens sie seien, bürgert sich immer heimischer ein. Die Stimme der Leidenschaft verhallt und das Gewissen eines jeden darf in der Stille zu Rate gehen mit seinem Gotte. Ist es doch ein einiger Gott, der da gerecht macht alle durch den Glauben. Und angesichts des Unsichtbaren, an den wir hier, in getrenntem Bekenntnis, einmütig alle glauben, treten wir an das Grab des teuren Mannes, den Christen und Juden beweinen, und einem der unzähligen treuen Freunde aus der christlichen Gemeinde ist es durch ausdrücklichen Auftrag vergönnt, ehe die Gruft sich über der irdischen Hülle des vielgeliebten Bruders schließt, der Verehrung, die uns alle erfüllt, Worte zu leihen.

„Das gleiche Recht für alle!" Wer fände dafür wieder den volltönenden Ausdruck, welcher dem beredten Munde des

Verstorbenen, dessen Verstummen alle, die ihm einmal in atemlosem Entzücken gelauscht, ewig schmerzen wird, überreich zu entströmen pflegte?

Wo das Recht zu seinem Recht kommt, ja da ist es frei von Beschränktheit, da ist seine Härte gemildert, da ist es herzgewinnend und liebenswert. Denn Gabriel Riesser wahrlich — ich wage es zu behaupten — hat durchgeschaut in das vollkommene Gesetz der Freiheit und darinnen beharrt und ist nicht ein vergeßlicher Hörer gewesen, sondern ein Täter, ein Mann des echten Rechts und gerechter Richter.

Wie es nicht nur das Privatleben beherrscht sondern auch das öffentliche Leben, so hat Riesser das Recht erkannt, und er faßte es ins Auge für Vaterstadt und Vaterland. Ihm war es das ewig Werdende und Flüssige, nicht eine tote Überlieferung, nein, das Recht, das mit uns geboren ist und sich fortentwickelt mit den fortschreitenden Mächten der Zeit in den sich fortpflanzenden Geschlechtern. Dem Einzelnen und dem Ganzen wollte er es gönnen, für die vom Recht Ausgeschlossenen wirkte er erfolgreich zeitlebens, gleichviel, ob es ihnen staatlicher Absolutismus oder religiöses Vorurteil versagte. Das werdende Recht unseres Hamburg, das werdende Recht unseres Deutschland hatte an ihm den rastlosen Seelsorger.

Das Bemühen um Recht und Gerechtigkeit entsprang bei Riesser nicht kalter Erwägung, sondern dem lebendigen Gefühl in seiner Brust; wie Rechtlichkeit, Rechtschaffenheit, Gerechtigkeitsliebe ihn erfüllten, so drängte es ihn, Recht schaffen zu helfen. Und wie erglühte sein funkelnder Zorn über Unrecht und Gewaltiat!

O, wie wenig versteht der vom Wesen des Rechts, der nur festhält am bestehenden Recht in dessen unerbittlicher Starrheit und rauher Sprödigkeit; denn das wahre Recht beruht auf sittlichem Fundamente. Doch unserm Riesser war der sittliche Zweck und der sittliche Grund des Rechts in

tiefster Seele eingeprägt. So war er nicht im gewöhnlichen Sinne Jurist: er war durch Anlage, allgemeine Bildung und Lebensberuf der Gerechte. Und seine Beredsamkeit, die verdientermaßen vielbewunderte, war darum so mächtig, so hinreißend, weil die Gerechtigkeit ihre Seele war. Sie schöpfte aus vollem Born des pectus, aus kindlich reinem, warmem Mannesherzen; die Worte quollen aus echtem, edlem Manneswillen; seine Rede mahnte stürmisch, feurig zu ausgleichendem, für alle gerechtem Manneswerk. In Riesser war das Recht Gemüt geworden.

Darin offenbarte sich, wie er im besten Sinne des Wortes ein Deutscher, so ganz der Unsere war und doch in allen Treuen einer, von welchem der droben, wenn er ihn zu sich kommen sieht, sagen wird: Siehe, ein rechter Israelit, in welchem kein Falsch ist.

Ein Deutscher war er in allem, was den Deutschen auszeichnet, vor allem darin, daß er das Allgemeinmenschliche in anziehender, fesselnder, wohltuender, liebenswürdiger Erscheinung Freunden und Feinden vergegenwärtigt hat.

Wohl darf ich das Wort des christlichen Dichters, eines der größten Deutschen, das er einem Juden in den Mund legt, auf Gabriel Riesser anwenden:

„Ich höre ja, der rechte Ring
Besitzt die Wunderkraft, beliebt zu machen,
Vor Gott und Menschen angenehm."

Ja, in meiner Gemeinde stehe ich mit glaubensvoller Zuversicht, ich zweifle nicht an meinem Ringe. Aber vor dieser Gruft hat Lessings Wort einen wunderbaren Klang:

„So glaube jeder sicher seinen Ring
Den echten! — Wohlan;
Es eifre jeder seiner unbestochenen,
Von Vorurteilen freien Liebe nach!

Es strebe von euch jeder um die Wette,
Die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag
Zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut,
Mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun,
Mit innigster Ergebenheit in Gott
Zu Hilfe —."

Und während ich die goldnen Worte wiederhole, da steht unser Freund leibhaftig vor mir.

So möge dem teuren Dahingeschiedenen das christliche Freundeswort, das in sanfter Eintracht mit den innigen Gebeten seiner Glaubensgenossen aufwärts dringt, ein letzter Zoll des Dankes und der Liebe sein, ein letzter hienieden!"

Auch in ganz Deutschland weckte Gabriel Riessers Hinscheiden schmerzliches Bedauern. Ein Hoheprieſter im heiligen Tempel der Vaterlandsliebe, ein Prediger des Rechts am Hochaltar der Menschlichkeit war in seine himmlische Heimat zurückgekehrt. Mutter Germania durfte trauernd ihr Haupt verhüllen, sie hatte einen ihrer besten und treuesten Söhne verloren.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Sammelmappe Stanislaus Bender

enthaltend 12 Bilder aus dem jüdischen Leben in Vielfarbendruck, mit einem Geleitworte von Fritz von Ostini. — Blattgröße 32 × 44 cm — Bildgröße 24 × 33 cm.

Verzeichnis der Bilder:

Rabbi — Studienkopf — Stilles Gebet — Heilige Arbeit — Bar-mizwoh — Schwere Zeit — Der Eltern Stütze — Synagogengang — Flucht — Mondgebet — Disput — Kabbala.

Preis einschl. eleganter Mappe 60 M., zuz. 10% Teuerungszuschlag.

Diese Mappe sollte in keinem Hause fehlen, in dem das Interesse für jüdisches Leben noch nicht erloschen ist.

Aus dem Geleitworte: „... Wenn Bender das Ghetto malt, Synagogenszenen oder Szenen der Armut aus polnischen Judenvierteln oder auch Bilder aus der intimeren religiösen Häuslichkeit, liegt immer ein Akzent von Schwermut über dem Ganzen; er sieht nichts von dem Geschilderten in bunter Farbigkeit, das meiste in einem grauen Halbdunkel, in der Farbe des Leides und der Sorge. Er schildert wohl gern die Frommgläubigkeit, die religiöse Inbrunst seiner jüdischen Landsleute, aber etwas wie das bleierne Gewicht der Sorge lastet auch dann immer auf den Menschen, die er malt. Tiefgefurcht sind die schmutzigen Züge seiner Betenden, Studierenden, Disputierenden oder sonstwie mit rituellen Dingen beschäftigten Juden — auf ihnen liegt der Bann jahrhundertelanger Verfolgung und Not ..."

— Prospekt zu Diensten. —

„Der Israelit", Frankfurt a. M., schreibt:

„... Es sind zwölf meisterhaft ausgeführte farbige Lithographien, die in ihrer Gesamtheit ein ganzes Epos von der Tiefe und Innigkeit jüdischen Alltags und jüdischen Pflichtlebens erzählen. Bender vereinigt die individualisierende Charakterkunst des Modernen mit einer solchen Anmut der Linienführung und einer so packenden Handhabung des Lichtes und der Farbe, daß seine Bilder geradezu auf Popularität Anspruch machen können. ... Wir können nur wünschen, daß die Bender-Mappe in alle künstlerisch interessierten jüdischen Kreise dringt und daß der Erfolg seines Schaffens den Künstler zu weiteren Schöpfungen auf dem gleichen Gebiete anregt."

Frankfurt a. M.
Schillerstraße 19.

J. Kauffmann
Verlag.

J. Kauffmann, Verlag, Frankfurt a. M.

Germania Judaica

Herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums

von

M. Brann und A. Freimann

Band I, 1. Hälfte

Preis Mark 6.—

Die „Germania Judaica" hat die Aufgabe, alle Landschaften und Orte des Deutschen Reiches, in welchen von den ältesten Zeiten bis zu den Wiener Verträgen jüdische Ansiedelungen bestanden oder hervorragende Juden gelebt haben, zu verzeichnen und deren Geschichte und Leistungen auf Grund der Quellen in gemeinverständlicher Sprache und einer auch den Nichtfachmann fesselnden Form darzustellen. Von diesem Werke, dessen Bearbeitung die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums alsbald nach ihrer Gründung in Angriff nahm und an dem die hervorragendsten Forscher auf dem Gebiete der Geschichte der deutschen Juden mitgearbeitet haben, erscheint jetzt die erste Hälfte des ersten Bandes, ein rühmendes Zeugnis deutschen Gelehrtenfleißes. Das Werk, von dem allseitig mit Beifall aufgenommene Proben bereits vor einiger Zeit in der „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" veröffentlicht wurden, ist des Interesses und der Anerkennung aller wissenschaftlichen und gebildeten Kreise sicher.

Soziale Ethik im Judentum

Herausgegeben vom Verband der deutschen Juden

Vierte Auflage

Preis Mark 3.—

Inhalt: Rabb. Dr. Leo Baeck: Die Schöpfung des Mitmenschen. — Dr. S. Bernfeld: Staat und Gesellschaft. — Justizrat B. Breslauer: Recht und Rechtspflege. — Rabb. Dr. Bergmann: Mildtätigkeit. — Rabb. Dr. Eschelbacher: Die Frau im Judentum. — Oberrabb. Dr. M. Güdemann: Erziehung und Schule. — Rabb. Prof. Dr. Ph Bloch: Volksbildung. — Rabb. Dr. N. A. Nobel: Der Sabbat. — Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Cohen: Das Gottesreich.

Auf sämtliche Preise kommt ein Teuerungszuschlag von 10%.

Judentum und Christentum

von

Rabbiner Dr. Max Dienemann

Zweite Auflage

Preis Mark 2.50 zuzüglich 10% Teuerungszuschlag

Aus der Einleitung: Von Unterschieden zwischen Judentum und Christentum soll auf den folgenden Blättern die Rede sein. Zu welchem Zwecke? Nicht in der Absicht anzugreifen. Es sei uns fern, eine Kritik des Christentums zu geben, Glaubenssätzen nahe zu treten, in denen Millionen Menschen Beseligung und innere Ruhe finden. Worauf es uns ankommt, ist einzig und allein, zu zeigen, welche Lehren dem Judentum eigentümlich sind, was die Juden von altersher von dem Eintritt in das Christentum abhielt und auch in aller Zukunft abhalten muß . . . Ihre Bedeutung in der Reihe der Unterschiede zwischen Judentum und Christentum ist noch immer die alte, aber sie sind so allgemein bekannt, daß sie nicht mehr besonders erwähnt zu werden brauchen. Uns muß es sich um den einen Punkt handeln, der hüben und drüben das Charakteristische ist, der in den alten Tagen der Ausgangspunkt aller Unterschiede war und auch heute, und heute mehr denn je, der wesentliche ist, an dem gleichsam alles andere hängt. Und dieser Punkt ist die Lehre vom Menschen, die Anschauung über Art und Wesen des Menschen. Zu schildern, wie Judentum und Christentum über den Menschen, sein Wesen und Können urteilen, wie daraus alle Unterschiede zwischen den beiden Religionen hervorwachsen, das und nur das sei die Aufgabe dieser Schrift.

Judentum und Zionismus

von

Eduard Strauß

Preis Mark 1.80 zuzüglich 10% Teuerungszuschlag

Aus der „Jüdischen Rundschau", Berlin:

Die vorliegende Schrift ist ein wertvoller Beitrag zur Entstehung, zur Geschichte und zum Wesen des Zionismus. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß der Zionismus eine innere Krisis birgt, die sich ganz besonders nach ihrer zeitlichen Bedingtheit in ihrem ausgesprochenen romantischen Charakter ausdrückt. Das wesentlich Neue ist, daß er Judentum und Judenheit völkisch und kulturell in Eins zu setzen versucht.

NOV 17 1983

BOOK:
Gabriel Riesser, ein deutscher Mann jüdischen Glaubens
DUE:
01/20/1997